

stadt_ formen

**Wie gestaltet Urbane Praxis
den Stadtraum?**

**Ein Dossier des
Berliner Projektfonds
Urbane Praxis**

stadt_ formen

Wie gestaltet Urbane Praxis den Stadtraum?

mit Beiträgen von

Adela Taleb, Berliner Projektfonds Urbane Praxis (Hany Trần Hoàng, Larissa Krause, Mandana Nazeri, Dr. Yann Kersaint), Dr. Birte Jung, Carolin Huth, Clubcommission (Elena Pitscheider, Rosa Räthel), Dr. Dörte Martens, Dr. Friederike Landau-Donnelly, MINCE e.V. (Vanessa Houndji, Prince Ofori), Karame e.V. (Momo), HÄRTING Rechtsanwälte (Tjade Elix), Initiative Barrierefrei Feiern (Franziska Lammers, Martin Schienbein), Kristin Lazarova, Lynhan Balatbat-Helbock, Dr. Mary Dellenbaugh-Losse, Prof.'in Dr. Renée Tribble, Urbane Praxis e.V. (Dana Schneider, Elisabeth Knoblich, Merve Değirmenci, Sharmila Sharma)



Inhalt

Einleitung <i>Berliner Projektfonds Urbane Praxis</i>	8	Barrierefreiheit in Urbaner Praxis – Perspektiven am Beispiel der Modellfläche TXL <i>Ein Interview vom Berliner Projektfonds Urbane Praxis mit der Initiative Barrierefrei Feiern</i>	91
5 Jahre Berliner Projektfonds Urbane Praxis (BPUP) <i>Dr. Yann Kersaint und Larissa Krause</i>	13	Berliner Kulturkürzungen – ein inklusiver Kulturbetrieb unter Druck <i>Caroline Huth</i>	98
Urbane Praxis und Quartiersentwicklung: ein Blick auf Spezifika und Qualitäten <i>Prof.'in Dr. Renée Tribble</i>	24	Die Urbane Praxis und Dekoloniale Ansätze – eine kurze Einführung <i>Berliner Projektfonds Urbane Praxis</i>	103
Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung als Suchbewegung <i>Dana Schneider, Elisabeth Knoblich, Merve Değirmenci, Sharmila Sharma</i>	34	Der Amo Salon Berlin: Dekoloniale Infrastruktur durch universitäre Räume? <i>Adela Taleb</i>	105
Urbane Praktiken des Gemeinschaftens <i>Kristin Lazarova</i>	43	Monumental Shadows – Koloniales Erbe neu denken <i>Lynhan Balatbat-Helbock</i>	112
Über den Tellerrand – Was Berlin von der Urbanen Praxis anderer Städte lernen kann <i>Dr. Mary Dellenbaugh-Losse</i>	50	Let's claim space – together Free Open Airs als kollektive Planungspraxis <i>Zwischen Clubkultur und Stadtpolitik Elena Pitscheider und Rosa Räthel</i>	121
Vorstellung von 10 BPUP Projekten <i>Berliner Projektfonds Urbane Praxis</i>	56	Juristische Situation für Draußenkulturveranstalter*innen <i>Was ist zu beachten? Tjade Elix</i>	125
Rückblick auf die stadt_formen Konferenz 2025 <i>Berliner Projektfonds Urbane Praxis</i>	63	Kreislaufwirtschaft und Urbane Praxis – Wie zirkuläres Handeln Stadt, Kultur und Gesellschaft verbindet <i>Dr. Birte Jung</i>	133
Ideen und Forderungen von Teilnehmenden bei der stadt_formen Konferenz	66	Gemeinsam die Stadt gestalten – alle sind gefragt <i>Dr. Dörte Martens</i>	142
Impressionen stadt_formen Konferenz 2025	72	Impressum	146
Zwischen Jugendplatz und Tanzfläche – Wie junge BIPOC-Communitys Berlin mitgestalten <i>Interview mit MINCE e.V. und Karame e.V.</i>	79		
Wollen wir uns den Rand noch teilen? <i>Dr. Friederike Landau-Donnelly</i>	86		

Einleitung

Berliner Projektfonds Urbane Praxis

Urbane Praxis beginnt oft dort, wo das Offizielle endet, und zwar an den Übergängen zwischen Routinen, Regeln und städtischen Strukturen, die den Alltag prägen. Sie entsteht, wenn Menschen Räume infrage stellen, Verantwortung neu aushandeln, Beziehungen zwischen unterschiedlichen Akteur*innen knüpfen und Stadt nicht nur als Verwaltungsaufgabe, sondern als gemeinschaftlich gestaltbaren Prozess begreifen. Urbane Praxis ist damit weniger ein klar umrissenes Feld als vielmehr ein offener Möglichkeitsraum, in dem Experimente, Initiativen und Begegnungen entstehen können. Gerade in Berlin, wo städtische Entwicklungen stets von sozialen, kulturellen und politischen Spannungen begleitet werden, hat sich Urbane Praxis zu einem wichtigen Motor für gesellschaftliche Aushandlungen und kollektive Gestaltungskraft entwickelt.

Wir vom **Berliner Projektfonds Urbane Praxis (BPUP)** haben in den letzten fünf Jahren zahlreiche dieser Prozesse in Berlin unterstützt, begleitet und sichtbar gemacht. Diese sind in ganz Berlin verteilt: von Kreuzberg, Mitte und Neukölln über Buch, Marzahn, Pankow, Reinickendorf und vielen weiteren Bezirken. In dieser Zeit konnten wir gemeinsam mit Projekten, Communitys, Orten und Zusammenschlüssen ein stadtweites Netzwerk aufbauen. Es hat uns gezeigt, wie stark und unterschiedlich die Bedürfnisse, Perspektiven und Formen urbaner Mitgestaltung sind.

Dieses Dossier vereint Eindrücke aus unserer Förderpraxis, fachliche Beiträge von Expert*innen sowie Reflexionen der **stadt_formen**-Konferenz, die wir gemeinsam mit einer Vielzahl von Partner*innen am 12. November 2025 veranstaltet haben. Gemeinsam eröffnen sie einen vielschichtigen Blick auf Urbane Praxis in Berlin, im Spannungsfeld zwischen künstlerischem Handeln, sozialem Engagement, politischer Auseinandersetzung und stadtgesellschaftlicher Verantwortung.

Der erste Themenschwerpunkt widmet sich **grundlegenden Fragen Urbaner Praxis**. Er umfasst Beiträge zu 5 Jahren BPUP, zur Rolle Urbaner Praxis in der Quartiersentwicklung, zu gemeinwohlorientierten Suchbewegungen sowie zu kollektiven urbanen Praktiken. Ergänzt wird der Schwerpunkt durch einen Blick „über den Tellerrand“ auf internationale Erfahrungen und durch Eindrücke von zehn geförderten BPUP-Projekten aus den Jahren 2021 bis 2024.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung zu **Teilhabe und Barriereabbau** beleuchtet Projekte, in denen junge BIPOC-Communitys, queer-feministische Initiativen oder Gruppen mit einem Fokus auf Barrieren im urbanen Raum aktiv Stadt mitgestalten. Die Beiträge zeigen, welche strukturellen Hindernisse bestehen, aber auch, welches Potenzial sich entfaltet, wenn marginalisierte Stimmen Raum erhalten – und wie verwundbar diese Räume angesichts aktueller Kürzungen im Kulturbereich geworden sind.

Dekoloniale Perspektiven fragen, wessen Geschichten, Körper und Erinnerungen im Stadtraum sichtbar sind und welche kolonialen Kontinuitäten sich in Namen, Orten und Praktiken fortschreiben – gerade in einer Stadt wie Berlin, die in besonderer Weise mit kolonialer Geschichte verbunden ist. Urbane Praxis wird hier als Möglichkeit verstanden, dominante Narrative aufzubrechen und neue Formen des Erinnerns und Sichtbarmachens zu erproben. Zwei vom BPUP geförderte Projekte stellen in diesem Kontext vor, wie künstlerische und community-basierte Ansätze koloniale Spuren im Berliner Stadtraum hinterfragen und alternative Formen des Umgangs mit Erinnerung entwickeln.

Ein weiterer Schwerpunkt widmet sich der **Draußenkultur**, die ein zentraler Bestandteil der Urbanen Praxis ist. Open Air-Formate schaffen niedrigschwellige Räume, in denen Kunst, Nachbarschaft und kollektives Handeln zusammenkommen. Gleichzeitig stehen sie vor rechtlichen, organisatorischen und infrastrukturellen Herausforderungen, die im Beitrag differenziert betrachtet werden.

Schließlich richtet das Dossier den Blick auf **Umwelt und Nachhaltigkeit**: auf zirkuläre Praktiken, gemeinschaftliche Verantwortung und die Frage, wie ökologische Ansätze in urbane Transformationsprozesse eingebettet werden können. Projekte aus der Förderung zeigen unterschiedliche Wege, Nachhaltigkeit nicht nur als Ziel, sondern als alltägliche Praxis zu verstehen.

Dieses Dossier versteht sich nicht als abschließende Analyse und deckt bei weitem nicht alle Schnittstellenfelder und Themen der Urbanen Praxis ab. Vielmehr ist es eine Sammlung von Impulsen, Erfahrungen und Perspektiven, die sichtbar macht, wie vielfältig, widersprüchlich und lebendig Urbane Praxis sein kann. Indem es Projekte, Stimmen und Fragestellungen nebeneinanderstellt, lädt es dazu ein, Stadt als gemeinsame Aufgabe zu betrachten. Urbane Praxis, so zeigt sich, ist kein Projekt mit zeitlicher Begrenzung, sondern ein fortwährender Prozess, der ständig verhandelt, ausprobiert und weiterentwickelt wird. Im Dossier werden Projekte vorgestellt, die vom BPUP gefördert wurden. Eine Auflistung aller geförderten Projekte findet ihr auf der Webseite www.projektfonds-urbane-praxis.berlin./de/projekte/

An dieser Stelle möchten wir uns auch ganz herzlich bei allen bisher geförderten Projekten und unseren Projektpartner*innen bedanken. Besonderer Dank gilt auch unseren Kolleg*innen aus der **Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung (SKWK)** und unseren ehemaligen Teammitgliedern, die diesen Fonds maßgeblich mitgeprägt haben.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen! Kontaktiert uns gerne, wenn ihr Anregungen oder sonstige Rückmeldungen habt. Wir freuen uns über euer Feedback.

Euer Team vom Berliner Projektfonds Urbane Praxis: Franziska Münz, Hany Trần Hoàng, Jennifer Meiser, Larissa Krause, Mandana Nazeri, Yann Kersaint und Zora Günther



Urbane Praxis in den Bezirken (2023) © Raquel Gómez Delgado



5 Jahre Berliner Projektfonds Urbane Praxis (BPUP)

Dr. Yann Kersaint und Larissa Krause

5 Jahre BPUP – 392 geförderte Projekte¹, 2903 Projektanträge, 13 Modellflächen, über 9,5 Mio. Euro, die als Fördermittel ausgeschüttet wurden.

5 Jahre BPUP – bedeutet auch 5 Jahre Netzwerkveranstaltungen organisieren, Paneldiskussionen moderieren, Team Check-ins meistern, Kosten- und Finanzierungspläne prüfen, Verdolmetschung anfragen, Jurysitzungen leiten und viele weitere Aufgaben.

5 Jahre BPUP – bedeutet Urbane Praktiker*innen in ihren Fähigkeiten und Strukturen zu unterstützen, Partner*innenschaften aufzubauen und Orte der Urbanen Praxis zu fördern.

1 120 geförderte Projekte beim BPUP, 272 geförderte Veranstaltungen beim DRAUSSENSTADT-Call for Action

Nach 5 Jahren – heute, im Jahr 2025 – und pünktlich zum Jubiläumsjahr, ist der Berliner Projektfonds Urbane Praxis zum ersten Mal nun aber ohne Projektfonds. Aufgrund der Haushaltskürzungen ist es momentan unklar, wie es zukünftig weiter geht mit dem BPUP und den vielen geförderten Projekten. Eine Verstärkung des Förderinstrumentes und Anerkennung der Szene und Sparte, die eine vordergründig gemeinwohlorientierte Funktion hat, ist aktuell nicht angedacht.

Aber zunächst zurück an den Anfang.

Die Urbane Praxis in Berlin? – Ein Rückblick

Nachdem Berlin in den 1990er Jahren durch endlosen Leerstand und bürokratische Freiheiten zu einer immer attraktiveren Kulturhauptstadt wurde, kam in den 2000er Jahren der Ausverkauf der Stadt. Immer mehr öffentliche Flächen und Gebäude wurden privatisiert, um die Haushaltslöcher zu stopfen. „Arm, aber sexy“ und nichts wurde neu gemacht, vieles recycelt, die Mieten wurden teurer, Raum wurde weniger und auch Genehmigungsfragen wurde immer relevanter. Stadtpolitisch wurde viel diskutiert: **Media-sprees versenken, 100% Tempelhofer Feld**, Parklets auf der Bergmannstraße, A100 verhindern. Die Berliner*innen wollten ihre Stadt selbst gestalten und besonders die 2000er Jahre waren von Überlegungen geprägt, wie Partizipationsprozesse besser in die Stadtentwicklung integriert werden könnten. Und irgendwo zwischen den letzten Tagen des **Tacheles**, den Pionierprojekten auf dem Tempelhofer Feld und der Entstehung des **Klunkerkranichs**, als eins der ersten für Berlin so typischen Projekte (ein Parkdeck wird umgenutzt für Kultur und Gartenfläche), formierte sich aus einer seit langem bestehenden Tradition der kulturellen Raumaaneignung eine Urbane Praxis in Berlin. Sie ist ebenso im kulturhistorischen Kontext der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzusiedeln, in der Raumeroberung der 1980er und 1990er Jahre, wie im stadtpolitischen Beteiligungsdiskurs der 2000er Jahre. Sie steht an der Schnittstelle zwischen Kunst, Kultur und Stadt und wird durch ihre Macher*innen aus der Bildenden Kunst (Kunst im Raum), Architektur, Open-Air Kultur, aber auch aus stadtpolitischen Initiativen, Gruppen und nachbarschaftlicher Kiezarbeit beeinflusst. Im Kontext von Sozialer Stadt und mit Blick auf verschiedene Gentrifizierungsprozesse wurde viel über die Aufwertung und Verdrängung der Stadtentwicklung Berlins diskutiert. Bis heute fragt sich die Urbane Praxis dementsprechend auch: Wie kann Kunst und Kultur die Sichtbarkeit der Stadtbewohner*innen stärken und abbilden? Und wie können Stimmen und Perspektiven von marginalisierten Gruppen mitgedacht werden?



Begehung der Modellfläche TXL (2023) © Larissa Krause

Und so ist es auch die ständige Mission des BPUP, die Frage zu stellen: Wer ist sichtbar? Wer wird gehört und repräsentiert? Und welche Geschichten der Stadt werden bereits gesehen und niedergeschrieben? Es geht also um die Frage von Zugang zu Stadt und wie wir die Stadt gemeinsam gestalten können.

Seit 2018 hatten sich im **Berliner Rat für die Künste** zuvor Stadtentwickler*innen und Kulturakteur*innen zusammengeschlossen, um die Notwendigkeit einer langfristig finanziellen Ausstattung der Urbanen Praxis deutlich zu machen und einzufordern. Unter der rot-rot-grünen Regierung wurde dann der Berliner Projektfonds Urbane Praxis bei der **Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung (SKWK)** angesiedelt. Finanziert wurde der Fonds von der damaligen **Senatsverwaltung für Kultur und Europa**. Im Kontext der Corona-Pandemie und dem Bedarf, mehr Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel stattfinden zu lassen, entstand auch der zweite Fonds, der **DRAUSSENSTADT-Call for Action (CfA)**.

Eigenschaften der Urbanen Praxis

Die Urbane Praxis hat das Subversive in sich stecken. Das Machen von Unten. Das Arbeiten mit dem, was da ist. Das Improvisierte und Selbstgebastelte. Das, was wenig kostet. Das, was recycelt wird. Das, was im Alltag dieser Stadt steckt und Veränderungen und Transformationen abbildet. Prozesse, die von den Stadtbewohner*innen selbst entlang ihrer Bedürfnisse organisiert werden und sich in Formaten und Formen ausdrücken, die in ihrem Ergebnis offen sind.

Folgende Eigenschaften haben viele Aktivitäten gemeinsam:

1. Sie arbeiten interdisziplinär und an der Schnittstelle zwischen Kultur, Stadt, Umwelt, Sozialem, Stadtpolitik und vielen weiteren Unterthemen.
2. Sie arbeiten spartenübergreifend und sind frei in der Ausdrucksform: von Installationen, Interventionen, mobilen Bauten, über Bilder, Geschichten, Musik und Workshops – dem künstlerischen Ausdruck und Prozess sind keine Grenzen gesetzt.
3. Urbane Praxis Projekte bespielen besondere Orte des Alltags und der Stadt: Brachen, Parkplätze, Friedhöfe, Parkdächer, Bahngleise, Schwimmbäder, Grünflächen, und viele mehr.
4. Sie arbeiten gemeinwohlorientiert und ohne Verwertungslogik. Das heißt, sie arbeiten nicht gewinnorientiert und können sich, um Zugänglichkeit und Partizipationsmöglichkeiten zu gewährleisten, häufig nicht durch Eintritte oder Verkäufe finanzieren. Die Projekte erfüllen einen gesellschaftlichen Nutzen und verfolgen gemeinnützige Ziele. Sie sind besonders förderwürdig, weil sie zum Gemeinwohl und zur Daseinsvorsorge beisteuern und Teilhabe zum kulturellen/städtischen/demokratischen Leben herstellen.



Urbane Praxis in den Bezirken (2023) © Raquel Gómez Delgado

Mit beiden Fonds war es der Geschäftsstelle des BPUP möglich, mithilfe von externen Jurys eine Auswahl von Urbane Praxis Projekten zu fördern. Insgesamt wurden in den Jahren 2021-2024 durch den BPUP 120 Projekte gefördert, und 272 Projekte durch den CfA.

Parallel dazu haben sich Orte der Urbanen Praxis gebildet, wie beispielsweise das **Haus der Statistik**, das **Zentrum für Kunst und Urbanistik**, die **Floating University** und die **Modellfläche TXL**. So waren in den letzten Jahren einige Urbane Praxis Aktivitäten von kurzer Dauer, manche waren als Zwischennutzungen geplant, und andere sind auf langfristigen Strukturen und Organisationen gebaut.



PANKOW

LICHTENBERG

MARZAHN-HELLERSDORF

MITTE

FHAIN-XBERG

TREPTOW-KÖPENICK



Radio Kohli, Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

Wirkungen der Urbanen Praxis

Urbane Praxis trägt also einen maßgeblichen Teil zur Demokratisierung des öffentlichen Raums bei. Gleichzeitig konfrontiert Kunst im öffentlichen Raum mit neuen Perspektiven, bricht mit einem durch (Care)Arbeit und Konsum gesteuerten Alltag und lädt zu Reflexion, Diskussion und Austausch ein. So entsteht lebendige und kritische Stadtkultur. Beim Erleben von Musik, Theater oder Tanz – der Auseinandersetzung mit ungewohnten Farben und Formen, kommen Menschen miteinander ins Gespräch. Kultur im Freien ist also nicht nur ein ästhetisches, sondern allem voran ein soziales Ereignis, das Verbindungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt

schaft. Darüber hinaus steht Urbane Praxis für städtische Innovation. Das Recycling von Orten, die Umnutzung von Räumen zu neuen, anderen, gemeinwohlorientierten Zwecken, zeigt der Stadt und ihren Entscheider*innen und Politik und Verwaltung Möglichkeiten auf, die sie sich häufig selbst nie hätten ausdenken können. An diesen Orten entstehen nicht nur Gemeinschaft, lokale Identität und künstlerischer Ausdruck. Es entsteht auch kulturelles Kapital. Berlin als Stadt und verschiedene Wirtschaftszweige profitieren von diesen Ideen. Für die Stadtbewohner*innen trägt Urbane Praxis zum guten Leben für alle bei.

Die Förderprogramme: BPUP und CfA

Die Ausschreibungen des BPUPs im April 2021 und dann des CfA im Mai 2021, wurden erstmalig inmitten der andauernden Corona-Pandemie ausgeschrieben.

Über den DRAUSSENSTADT-Call for Action wurden spartenoffene Kulturveranstaltungen oder Veranstaltungsserien unter freiem Himmel gefördert. Dazu gehörten Straßen- und Kulturfeste, Open-Air Konzerte, Lesungen im Park, Fashion- und Audiowalks (während der Pandemie sehr beliebt), vereinzelt auch Partys und vieles andere mehr.

Bei der BPUP Förderung hingegen ging es immer um eine tiefere Auseinandersetzung mit einem Thema oder einem Ort. Über einen längeren Zeitraum sollten mit Workshops, künstlerischen Praktiken und meist auch mit einer öffentlichen Veranstaltung Sozialräume und Gemeinschaften aufgebaut oder gestärkt werden. Durch die gemeinschaftliche Arbeit konnten sich Anwohner*innen näher kennenlernen und gemeinsam und ergebnisoffen überlegen, wie sie die Projekte und Räume um die es ging, gestalten wollten. Diese Möglichkeit, Experimentierphasen zu beantragen, war eine der besonderen Qualitäten des BPUP. Denn durch das gemeinsame ergebnisoffene Erarbeiten des Projekts entstehen Innovationen. Darüber hinaus fördert der gemeinsame Prozess Teilhabe und trägt zu einer erfolgreichen Umsetzung bei.

Obwohl die beiden Fonds unterschiedliche Formate fördern sollten, kam es im Rahmen der Organisation und Durchführung zu ertragreichen Synergien. Diese führte dazu, dass Kulturschaffende, die bspw. im Jahr 2021 eine CfA Veranstaltungsförderung erhalten hatten, die Effekte ihrer Veranstaltung nutzen wollten, um die begonnene Arbeit in einem größeren Projekt weiterzuentwickeln. So kam es häufig zu Folgebewerbungen auf den BPUP im darauffolgenden Jahr und beide Förderprogramme konnten dazu beitragen, ein ganzes Netzwerk an Projekten der Urbanen Praxis aufzubauen.

Generell konnten über die Programme, dezentral und in der Breite, viele verschiedene Kulturformate umgesetzt werden. Zum einen, da über das Programm viele verschiedene Kulturakteur*innen spartenoffen und übergreifend Produktionen durchführen konnten und in allen Bezirken auf verschiedenen Ebenen wirken konnten. Andererseits wurde mit dem vielfältigen und dezentralen Programm unter einer Marke ein breites Publikum erreicht.

Das Programm war aber nicht nur in Bezug auf den Aspekt der „Publikumswirksamkeit“ erfolgreich. Durch die Kulturveranstaltungen und vor allem durch die kollaborative Auseinandersetzung mit der Stadt, wurde diese zu einem gemeinschaftlich genutzten Raum. Insbesondere der BPUP hat die gemeinschaftliche Entwicklung Berlins als Lebensraum durch seine Bewohner*innen gefördert. Die Förderung war dadurch nicht nur eine Kulturförderung im klassischen Sinn, sondern wirkte ebenso auf die soziale und häufig auch auf die materielle Ebene der Stadtentwicklung. So wurden in den Projekten nicht nur die Identität und der Zusammenhalt zwischen den Anwohner*innen, sondern auch das Bewusstsein für gemeinschaftliche Verantwortung und Mitgestaltung gestärkt. Im Zuge der Ausschreibung zum CfA wurde schnell klar, dass Kulturakteur*innen neben Geld auch die entsprechenden Genehmigungen brauchen, um Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel durchzuführen. Insbesondere, wenn es sich um öffentliche Orte wie Stadtplätze, Straßen oder Grünflächen handelt. So wurde 2021 zunächst ein temporäres Modellflächenprojekt gemeinsam mit der **Clubcommission e.V.** an zwölf verschiedenen Standorten in Berlin angestoßen.

In diesem Rahmen wurde schnell deutlich, dass es für eine nachhaltige Arbeit langfristig angedachte Modellflächen braucht. Daher arbeitete der BPUP weiter am Thema Modellflächen für Kulturveranstaltungen. Ende 2021 kam es zu einem ersten Treffen zwischen der **Kulturraum Berlin gGmbH** und der Geschäftsstelle des BPUP, da die Möglichkeit im Raum stand, die Außenfläche des Gebäude I am ehemaligen Flughafen

Tegel anzumieten. Aufgrund der vorherigen gemeinsamen Arbeit wurde dann gemeinsam mit der Clubcommission e.V. und der Kulturraum Berlin gGmbH ein Konzept entwickelt, um im Kontext des DRAUSSENSTADT-CfA eine (club)kulturelle Veranstaltungsfläche mit vereinfachter Genehmigungslage zu schaffen. Vor dem Hintergrund des ökonomischen Drucks, unter dem Veranstalter*innen in Berlin stehen, sollte die Modellfläche TXL vor allem jungen Kulturtätigen die Möglichkeit geben, aufgrund der Förderung ohne große finanzielle Risiken Veranstaltungen durchzuführen. Gleichzeitig sollten sie durch ein gezieltes Schulungsprogramm in wesentlichen Grundlagen des Veranstaltungsbetriebs unterstützt und weitergebildet werden. Angedacht war, das wechselnde Veranstaltungskollektive die Fläche jeweils für 1-2 Jahre bespielen und weitere Kulturtätigen den Zugang ermöglichen. Ab 2023 war das Projekt dann auch mit finanziellen Mitteln ausgestattet. In einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren wurde das Hostkollektiv „**Turbulence**“ gefunden. Diese organisierten bis Ende 2024 verschiedene Kulturveranstaltungen auf der Fläche. Seit August 2025 ist „**Khisdapaze e.V.**“ das neue Betreiberkollektiv der Modellfläche TXL und wird auch zukünftig die Modellfläche TXL bespielen.

Die Arbeit der Geschäftsstelle

Als Geschäftsstelle des BPUP ist es unsere Hauptaufgabe für eine erfolgreiche Umsetzung der Förderung zu sorgen. Diese Aufgabe ist, wie wir feststellen konnten, vielseitig und komplex. Angefangen bei der Programmierung einer Website und eines verständlichen und barrierearmen Formulars. Dieses muss nicht nur Antragstellende logisch durch den Antrag führen, sondern, am Ende auch notwendige Informationen für die Jury ausgeben, damit diese die Anträge sinnvoll bewerten kann. Damit sich aber überhaupt Menschen auf den Fonds bewerben können, bedarf es einer engagierten und einladenden Kommunikation und zielgerichtetem Community-Outreach: Von analogen und digitalen Infoveranstaltungen, Fragen beantworten

bis hin zur sogenannten „Antrags- und Abrechnungsfitness“, wo wir mit interessierten Bewerbenden die Formulare und bei erfolgreicher Antragstellung auch die Abrechnung durchgehen. Insbesondere bei der Abrechnung und Prüfung braucht es angemessene Beratung und Hilfestellung, genauso wie Geduld und Ausdauer für und mit den Projektmacher*innen.

Als Geschäftsstelle des BPUP in der SKWK haben wir Förderung niemals nur quantitativ verstanden, sondern vor allem qualitativ. Um transparent, sparten- und bezirksübergreifend und diversitätssensibel zu fördern, braucht es auch eine breit aufgestellte Jury und einen Jurierungsprozess, der es ermöglicht, innerhalb von kürzester Zeit, die zu fördernden Projekte auszuwählen. Das bedeutet für uns als Geschäftsstelle die Auswahl der Jurymitglieder, die Aufarbeitung der Anträge aber auch die Erstellung von Informationsmaterialien für die Jury und die Organisation und Moderation der Sitzungen, um am Ende der dreitägigen Jurysitzung aus im Schnitt 300 Anträgen, ca. 28-30 auszuwählen. Das alles im Wissen, dass mindestens dreiviertel der Anträge gute und förderwürdige Ideen beinhalten und Menschen viel unbezahlte Arbeit in diese Anträge gesteckt haben. Mit der Auswahl der Projekte beginnt die Begleitung der Projekte, die für sinnvolle und qualitativ gute Förderung relevant ist. Seien es Schulungen zu Barriereabbau oder Community-Outreach, Hilfestellungen bei Fragen von Genehmigungen und die Vernetzung mit anderen Projekten oder Verantwortlichen aus Bezirken und Verwaltung, und am Jahresende, die Unterstützung bei der LHO¹konformen Abrechnung.

Neben dieser ganz konkreten Arbeit mit den Projekten spielt aber auch Evaluations-, Netzwerk- und Diskursarbeit eine zentrale Rolle. Wie kann die Wirksamkeit der Projekte und ihrer Aktivitäten ausgewertet werden? Wie können Ressourcen, Räume und Wissen innerhalb der Stadt geteilt werden? Wie kann die Situation für Vorhaben der Urbanen Praxis in der Stadt verbessert werden?

1 Landeshaushaltsordnung



Netzwerkevent DRAUSSENSTADT-Call for Action (2023) © Larissa Krause

Das heißt, wie können Gesetzeslagen angepasst, politische Akteure informiert und beraten werden? Und wie können Ressorts und auch andere Schnittstellen an denen sich die Urbane Praxis bewegt zusammengebracht werden? Als Teil der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung sind wir Teil der öffentlichen Hand, die sich mit genau diesen Fragen auseinandersetzt und sie bearbeitet und somit nicht nur kooperative Stadtentwicklung vorantreibt, sondern auch dafür Sorge trägt, dass staatliche Verpflichtungen wie Barriereabbau, Inklusion und Klimaschutz in der Vergabe öffentlicher Mittel beachtet werden. Denn obwohl es gesetzliche Vorgaben wie das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, die UN-Behindertenrechtskonvention oder das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz gibt, werden deren Zielstellung bei weitem nicht erreicht.

Durch die Existenz des BPUP, aber auch durch den Aufbau des Vereins Urbane Praxis und die Netzwerkstelle, die die zivilgesellschaftliche Vertretung der Praktiker*innen darstellt, konnte sich die Urbane Praxis in den vergangenen Jahren strukturell neu aufstellen und organisieren. Dieses Zusammenspiel der vielen dezentralen Akteur*innen führte dazu, dass all diese Aktivitäten des kooperativen, künstlerischen Stadtmachens benannt und dadurch sichtbar gemacht werden konnten. Nicht nur innerhalb der Kulturszene, sondern auch darüber hinaus in den (Bezirks-)verwaltungen und der Politik. Projekte wurden ausgewertet und wissenschaftlich begleitet, der BPUP wurde zwei Mal auf verschiedenen Ebenen durch Forscher*innen evaluiert und so auch Daten und Erkenntnisse gesammelt. Die Ergebnisse zeigen, dass Projekte der Urbanen Praxis viel Wissen aufgebaut haben und zur städtischen Gemein-



Just Add People, Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

schaft beitragen.² Trotz der vielen strukturellen Herausforderungen, wie geringen Mitteln und kurzen Förderzeiträumen, trägt die Förderung zur Stärkung von Communitys und Nachbarschaften bei und führt zu Professionalisierung und Lerneffekten innerhalb der Projekte. Gleichzeitig kommt es zu Maßnahmen des Barriereabbaus und der Inklusion, wenn auch nicht immer dauerhaft oder in einem absoluten Umfang, dann führt es doch immerhin zu einer Sensibilisierung bei allen Beteiligten. Kurz gesagt: Projekte der Urbane Praxis, insbesondere wenn sie qualitativ begleitet werden, führen zu Innovationen im Kulturbetrieb, zu nachbarschaftlichen Begegnungsorten und damit zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In einer Stadt, die immer stärker durch Renditedruck und Kapitalisierung geprägt ist, in der Bevölkerungszahlen wachsen und Wohnraum schrumpft und teurer wird, ist es

besonders wichtig Gemeingüter zu schaffen: Räume, die mehrfach und vor allem von verschiedenen Menschen nutzbar sind. Die Stadt als Lebensraum unzähliger Lebensentwürfe und Realitäten muss auch von den Menschen, die in ihr wohnen, mitgestaltet werden (können). Urbane Praxis als Methode des Commoning – also das gemeinschaftliche Schaffen solcher Räume in der Stadt, bei dem die Praxis selbst mit der Stadt und dem, was sie vorgibt, arbeitet, ist über Jahre quasi organisch entstanden.

Mit dem Berliner Projektfonds Urbane Praxis hat sich das Land Berlin ein Förderinstrument geschaffen, das nachweislich auf vielen Ebenen der Gesellschaft wirkt und die Kulturlandschaft stärkt.

Wir möchten an dieser Stelle daran appellieren, den Rückbau dieser Orte, Strukturen und Netzwerke entgegenzuwirken, Urbane Praxis zu fördern und Urbane Praxis als wichtiges Werkzeug der kooperativen und kulturellen Stadtentwicklung anzuerkennen.

² Evaluationen des BPUP durch stadtstatstrand und das Hidden Institute, 2025 und 2024, www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/infos-download/



MINCE e.V., Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

”

Die Urbane Praxis ist – ebenso wie die Open-Air-Kultur – ein zentraler Bestandteil der Berliner Kulturpolitik im Bereich Kulturelle Stadtentwicklung. Sie denkt unsere Stadt als gemeinschaftliches Projekt, fördert kulturelle Teilhabe und bringt Kunst, Stadtplanung, Nachbarschaftsarbeit und ökologische Ansätze zusammen – lokal verankert, interdisziplinär und gemeinwohlorientiert.“

Cerstin Richter-Kotowski, Staatssekretärin für Kultur

Urbane Praxis und Quartiersentwicklung: ein Blick auf Spezifika und Qualitäten

Prof.'in Dr. Renée Tribble

Der vorliegende Beitrag greift auf meine Beschäftigung zur Definition und Einordnung Urbaner Praxis seit etwa 2012 im Rahmen meiner Dissertation (Tribble 2021) zurück. Eine Motivation von mir ist und bleibt, Wege in der Stadt- und Quartiersentwicklung aufzuzeigen, die lokal-spezifisch, partizipativ und gemeinwohlorientiert agieren. Urbane Praxis verstehe ich als legitime und relevante Quartiersentwicklung aufgrund ihrer spezifischen Eigenarten und ihrer künstlerischen Ursprünge. Mitunter findet diese parallel, häufig auch im Vorfeld zu kommunaler Quartiersentwicklung statt, jedoch nicht immer von dieser bemerkt oder anerkannt, aber immer im selben Raum, mit denselben Menschen.



Frank Eckardt beschreibt Urbane Praxis 2013 wie folgt: Urbane Praxis ist intentionales Handeln in einem städtischen Kontext nach einem ästhetischen Konzept, welches sich kritisch mit der Stadtentwicklung und ihren Prozessen der Aneignung und Nutzung von Raum, der (sozialen) Raumproduktion und mit den die Raumproduktion beeinflussenden oder bedingenden Strukturen auseinandersetzt.

Ein häufiges Mittel urbaner Praxis sind urbane Interventionen. Künstler*innen, Architekt*innen und Planer*innen, die mit Urbanen Interventionen arbeiten, verbindet zumeist die Absicht, eine Möglichkeit für Raumaneignung und damit Raumproduktion zu entwickeln. Sie beziehen sich dabei auf ein Verständnis von Raumproduktion im Sinne von Lefebvres (1901-1991) Das Recht auf Stadt (1968) und seinen Ausführungen in The Production of Space (1974). Für die Betrachtungen sind hier besonders zwei Aussagen interessant: Die Entscheidung, über die Bestimmung eines Raumes (also wie sieht der Raum aus und wie sollte er genutzt werden) und die Nutzung eines Raumes. Wie kann und wie wird er genutzt?

Werden im Raum bestimmte Nutzungen vordefiniert und andere ausgeschlossen? Kann der Raum entsprechend dem Belieben seiner Nutzer*innen, welche die Stadtbewohner*innen sind, benutzt, und somit selbstbestimmt angeeignet und gestaltet werden? Diese zwei Kernaussagen liegen temporären, partizipativ gebauten und genutzten Interventionen zugrunde, mit denen gleichzeitig Problemlagen vor Ort wie Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Dadurch werden Urbane Interventionen zu einem Instrument, um Handlungsfreiräume zu erwirken, die auch auf Seite kommunaler Stadtplanung erlauben, dynamische Prozesse zu gestalten, eine flexible Planung zu ermöglichen und ergebnisoffen zu agieren. Zugleich betreiben sie eine lokal verortete und emanzipative Quartiersentwicklungsstrategie. Urbane Interventionen dienen dazu, das Recht auf Stadt umzusetzen und Raum zu produzieren. **Urbane Interventionen sind eine Methode und ein Instrument Urbaner Praxis.**



Eigenarten und Legitimation

Ich möchte nun einige Prinzipien Urbaner Praxis (Tribble 2018) herausarbeiten, die in der Geschichte und Theorie künstlerischer urbaner Praxis angelegt sind, um aufzuzeigen, was Urbane Praxis als alternative Möglichkeit der Quartiersentwicklung qualifiziert und gleichzeitig Urbane Praxis gegenüber Stadtplanung legitimieren kann:

I. Alternative Realitäten aufzeigen

Kunst kommt in der Gesellschaft eine besondere Rolle zu, die sie von anderen menschlichen Praktiken differenziert. Zumeist wird dies mit dem Selbstzweck von Kunst begründet. Kunst habe keinen anderen Zweck außer sich selbst. Zwar ist diese Zuschreibung erforderlich, damit Kunst die für sie notwendige Freiheit erhält – gleichzeitig ist Kunst aber auch eine „hochproduktive reflexive Praxis“ (Bertram 2013). Luhmann erklärt die Selbstreferenzialität so: Kunst schafft ein eigenes Wertesystem, indem sie eigene Bedingungen schafft, die für sie gelten. Durch die konsequente Umsetzung und Verfolgung dieser Bedingungen schaffen Künstler*innen Kunstwerke, die nur diesen, ihren eigenen Gesetzen unterliegen. Dadurch entsteht eine Realität parallel zur Alltagsrealität. Die Realität des Alltags kann dadurch reflektiert werden, dass man durch die Betrachtung des Kunstwerks nicht nur die für das Kunstwerk selbst geltende Realität des Kunstwerkes erkennt, sondern auch das durch das Erkennen einer anderen Realität die eigene Realität plötzlich auch abstrakt gesehen und als eine von verschiedenen Möglichkeiten gelesen werden kann. Kunst produziert so alternative Möglichkeiten zur Realität und zeigt auf, welche gesellschaftlichen Bedingungen herrschen. Durch die künstlerische Bearbeitung werden die Bedingungen sichtbar – und durch das Sichtbarmachen können diese infrage gestellt werden.

Urbane Interventionen als Methodik Urbaner Praxis zeigen ebenfalls eine alternative Realität auf, indem sie für einen bestimmten Zeitraum neue Räume anbieten, andere Nutzungen erlauben und durch ihre Intervention

im Raum auch andere Nutzungen und damit eine andere Codierung des Raums ermöglichen. Dieser Raum erzählt von nun an eine alternative Geschichte, in dem andere Dinge möglich waren und sind. Urbane Interventionen ermöglichen diese alternative Realität nicht nur durch Reflexion, wie dies bei Kunstwerken in z.B. Museen ist, sondern machen diese direkt erleb- und gestaltbar. Dadurch sind die Interventionen nicht nur eine Hülle oder ein Objekt, sondern sie werden zu einem Möglichkeitsraum. Dadurch, dass Urbane Interventionen partizipativ sind, d.h. notwendig gemeinsam entwickelt werden, schaffen sie einen aktiven Raum – also einen Ort der Raumproduktion. **Urbane Interventionen sind eine Methode Urbaner Praxis, um Raum zu produzieren. Und sie dienen als Instrument, um partizipativ zu gestalten.**

II. Positiver Moment

Die alternative Realität wird nicht nur reflektiert, sie wird auch antizipiert. Der Moment der Antizipation ermöglicht die Übertragung der Interessen zu einem gemeinsamen Erleben – und durch das gemeinsame Erleben und Beleben, entsteht ein Ort des Austauschs, eine Plattform, die es ermöglicht, dass man sich über das „Was“ austauschen kann: Was soll unsere Nachbarschaft, was soll unser Ort eigentlich sein? Ausgehend von dem temporären Gedankenexperiment: „Dieser Ort könnte ...“, ermöglicht die plötzliche Denkbare und das Erleben des Möglichen, über die (normalen) Beschränkungen des Alltags hinauszudenken, und motiviert die potenziellen Nutzer*innen für eine andere Alltagsrealität. Gelingt dieser Moment der Aneignung, d.h. das Interesse am Thema bewegt eine größere Gruppe der Quartiersbewohner*innen und diese nehmen sich des Themas an, dann gelingt das von David Harvey (2011) beschriebene positive Moment. Dabei bezieht er sich auf das Konzept des „Militant particularism“ von Raymond Williams: Grundlegende Werte werden in bestimmten Kämpfen entdeckt und können dann auf breitere gesellschaftliche Konflikte übertragen werden. Gemeinschaft kann in diesem Sinne ein wichtiger Bestandteil eines politischen Prozesses sein, solange sie

”

Engagement wird verstanden als die fortwährende Produktion innovativer Mikro-Lösungen – sogenannter ›pocket revolutions‹ – für die realen Alltagsprobleme, mit denen Menschen in ihrer unmittelbaren Lebenswelt konfrontiert sind. Das bedeutet eine fundamentale Abkehr von jeder Tiefenkritik ... und die Hinwendung zu einer Praxis, die sich der Bereitstellung von Antworten, Lösungen, Werkzeugkästen und DIY Manualen für aktuelle Probleme verschrieben hat, nicht selten in enger Kooperation mit großen Marktteilnehmern.“

(Wilson 2012)

nicht als endgültige Lösung verstanden wird, sondern als ein Schritt hin zu einer breiteren Diskussion über universelle Werte, die die Zukunft der Stadt betreffen.

Urbane Praxis vermag mittels Urbanen Interventionen Möglichkeitsräume aufzuzeigen, Fragen zur Gestaltung der Realität verständlich und niedrigschwellig zu adressieren, und diese vom Denkbaren zum Sprechbaren zum Machbaren hin zu transformieren. Aus einem singulär adressierten Problem kann ein **gemeinsames Verständnis über die Entwicklungsziele des Quartiers angestoßen** werden und die am Ort lebenden Menschen, im Planungsjargon ‚Betroffene‘ nicht nur frühzeitig in grundlegende Fragen der Entwicklung zu unterrichten (§3 Bau GB), sondern tatsächlich aktiv und selbstgestaltend einzubeziehen.

III. Lokale Spezifität

Frank Eckardt (2013) nennt die „Struktur des Materiellen“ als Bedingung Urbaner Praxis, welche er als autochthon beschreibt. Die Bezeichnung autochthon stammt ursprünglich aus der Ethnologie und bezeichnet das „am Fundort Gefundene“ bzw. „am Fundort

Entstandene“ (ebd.). Die Auseinandersetzung mit dem vor Ort gefundenen bzw. aufgefundenen ist eine zentrale Eigenschaft Urbaner Praxis. In Urbanen Interventionen bestimmt das vor Ort gefundene die Improvisation. Das Spontane und Improvisierte ist nicht beliebig, sondern entsteht, indem es auf die Spezifität des Lokalen, auf vorhandene lokale Materialien und die vor Ort herrschenden Bedingungen reagiert. Die Intervention erlangt somit Authentizität, welche die örtlichen Bedingungen sichtbar macht und ausstrahlt. Diese Wahrnehmung erlaubt neue Interpretationen der geschaffenen Strukturen, die den Prozess erzählen. Die Urbane Intervention wird in Narrative eingebettet. Dies wird umso mehr unterstützt als das zu dem vor Ort gefunden auch die Einbettung lokalen Wissens der Bewohner*innen zählt. Durch die Erzählungen ändern sich die jeweiligen Sichtweisen auf den Ort – und diese verändern die ursprüngliche Erzählungen. Eckardt beschreibt dies als „Bedeutungs- und Umdeutungsproduktion im Ästhetischen, Emotionalen sowie Funktionalen zugleich.“ Diese Umdeutungsproduktion erfolgt zeitlich und linear als eine Art Chronologie Urbaner Praxis aus Idee – Experiment – Erfahrung – Wissen. Es

entsteht ein subjektiviertes, lokalisierendes und räumliches Wissen, das durch den ständigen Kreislauf der Improvisation in der Intervention angereichert wird und seinen Ausgang bei dem inhärenten Wissen des Lokalen (dem Wissen der Bewohner*innen) und dem gestalterisch, räumlichen Wissen des Urban Practitioners nimmt. Barbara Holub (Holub, Rajakovics 2013) führt für Künstler*innen und andere, die Urbane Praxis betreiben, den Begriff „Urban Practitioner“ mit ihrem Forschungsprojekt *Planning Unplanned: Towards a New Positioning of Art in the Context of Urban Development* an der TU Wien (2010-2013) auch im Deutschen ein. Diese beziehen sich in ihrer Praxis auf die Theorien Lefebvres – unabhängig von ihrem disziplinären Hintergrund. Urbane Praxis lässt sich daher nicht disziplinär scharf abgrenzen, sondern umfasst beispielsweise auch Architekt*innen, Landschaftsarchitekt*innen und Stadtplaner*innen, die künstlerische Strategien der Raumanneignungen und Raumtransformationen in ihrer Praxis professionalisiert haben (Bader et al. 2017). Verbindendes Element ist ein gemeinsames Verständnis von Kunst im öffentlichen Interesse (Kwon 1997) oder Öffentlicher Kunst (Babias 1998).

IV. Produzent*innen statt Rezipient*innen

Durch die veränderten Sehgewohnheiten und Kunstauffassungen ausgelöst von Duchamps *Bicycle Wheel* 1913 ist die Auseinandersetzung mit den Betrachtenden ein Thema in der Kunst. Duchamp forderte mit seinen *Readymades* die Museumsbesucher*innen heraus, indem er Alltagsgegenstände in den Räumen eines Museums kontextualisierte, die Wahrnehmung von Kunst allein durch die Betrachtung eines Gegenstandes als solchen erlernen zu müssen. Die nächste Herausforderung der Kunstrezipient*innen erfolgte mit der *Concept Art*, in der die Beziehung zwischen Rezipient*innen und Künstler*innen weiter thematisiert wird. Timm Ulrichs (*1940) spricht vom *Mit-Produzenten*, denn die Kunst entstehe im Kopf. Im Zuge der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Werten und Verständnissen von Demokratie der 1960/70er Jahre wird Partizipation auch Gegenstand in der Kunst. Die Kunst-richtungen *Happenings* und *Environments*

sind weitere Formen des Einbezugs der Betrachter*innen in die Kunstproduktion. Durch gesellschaftliche Umbrüche der 1970er Jahre rücken aber auch städtische Aufwertungsprozesse in den Fokus künstlerischer urbaner Praktiken (Trisha Brown *Roof Piece Performance*, 1973, Gordon Matta Clark, *Cuttings*, 1974/75). In den folgenden Jahren spielt vor allem die Auseinandersetzung mit der Stadt und den gesellschaftlichen Bedingungen eine gewichtige Rolle. Suzanne Lacy führt für die sogenannte Kunst im Öffentlichen Interesse (neben Kunst im Öffentlichen Raum und Kunst als öffentlicher Raum) den Begriff *New Genre Public Art* (NGPA) ein (Mapping the Terrain, 1994). Die Hildebrandt (2012) als „sozialengagierte, partizipative, relationale, dialogische, situative und kollaborative Kunstpraxis“ umschreibt und die mit der Politisierung der Kunst einhergeht. Die langjährige Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle als auch mit der Rolle der Betrachter*innen führt zu einem Intervenieren auf Augenhöhe bzw. zu einem Gegenübertreten als Akteur*innen mit gleichberechtigten Interessen. Das eigene Interesse des Urban Practitioners zählt nicht mehr als das Interesse anderer (informeller) Raumnutzer*innen. Dies ist nicht nur wichtig für die Glaubwürdigkeit des Urban Practitioners, sondern auch als Ausgangsposition für die Art und Weise, wie dem Lokalen gegenübergetreten wird und worauf die Zusammenarbeit beruht. Urbane Praxis prägt den Stadtraum und damit seine Gestalt, indem sie – und das ist ein wertvoller Aspekt für die Relevanz Urbaner Praxis für Quartiersentwicklung – die Bewohner*innen eines Quartiers als gleichberechtigt Gestaltende in den Quartiersentwicklungsprozess und damit in die Stadtentwicklung einbindet. Das dies bisweilen ein schmaler Grad ist, zeigt die Kritik an *Urbaner Praxis*: So wird die nomadische Praxis (Kwon 2002) kritisiert, die ohnehin ambivalente Instrumentalisierung künstlerischer Projekte in Gentrifizierungsprozessen benannt (z.B. Deutsche 1996), oder der Beitrag zur Verschleierung rückgebauter sozialstaatlicher Strukturen (Babias/Könneke 1998; Rollig/Sturm 2002; Bishop 2006) angemahnt. Zusammengefasst lässt sich festhalten: Urbane Praxis erwirkt Handlungsfreiräume,

die aus Perspektive kommunaler Planung dynamische Prozesse gestalten, eine flexible Planung ermöglichen und ergebnisoffen agieren – und zugleich eine lokal verankerte und emanzipative Stadtentwicklungsstrategie betreiben.

Urbane Praxis wirkt zumeist kleinräumig auf Quartiersebene und zeigt alternative Entwicklungsmöglichkeiten parallel zu kommunaler Stadtplanung auf. Urbane Praxis nutzt die Handlungsfreiräume von Stadtplanung taktisch als „Gestaltungsräume“ – häufig agiert sie in den Lücken und Löchern von Gesetzestexten und Verwaltungszuständigkeiten. Gerade in einer von Unsicherheiten geprägten Gegenwart können sich solche Freiräume jedoch auch verschließen (z.B. aufgrund von mehr Reglementierungen). Bei *Urbaner Praxis* als Quartiersentwicklung geht es wechselseitig darum, Verantwortung abzugeben und anzunehmen. Im eingeübten Fall können Urbane Praxis und kommunale Planung Hand in Hand, also partnerschaftlich agieren. Anders gesagt, die Notwendigkeit dazu wird vor dem Hintergrund vermehrter Governance bedeutender, um Aufgaben bisweilen besser, bisweilen überhaupt bewerkstelligen zu können.

Prof.‘in. Dr. Renée Tribble leitet das Fachgebiet Städtebau, Bauleitplanung und Stadtgestaltungsprozesse an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund. Sie ist selbständige Planerin sowie Gründerin und Gesellschafterin der *PlanBude* Hamburg und von *Projektbüro* in Hamburg. Ihr Fokus liegt auf partizipativer und kooperativer Stadtentwicklung, Prozessgestaltung, *Urbaner Praxis* sowie nachhaltigem Städtebau. Sie studierte Architektur an der Bauhaus-Universität Weimar und promovierte 2021 an der HCU Hamburg.

Quellen

Babias, M. (1998). *Die Kunst des Öffentlichen. Projekte / Ideen / Stadtplanungsprozesse im politischen / sozialen / öffentlichen Raum*. Verlag der Kunst.

Bader, M., Assmann, K., Talevi, R., Shipwright, F., Leyton-Grant, J., Theodor, J. S., & Raumlaborberlin. (2017). *Erkundungen urbaner Praxis = Explorations in Urban Practice*. In: K. Aßmann, M. Bader, F. Shipwright, & R. Talevi (Eds.). *dpr-barcelona*.

Bertram, G. (2013). *Kunst als menschliche Praxis: eine Ästhetik*. Suhrkamp.

Eckardt, F. (2013). *Urbane Praxis Vokabeln für eine kreative Wissenschaft – für eine reflektierte Gestaltung*. In: 2G13. http://www.uni-weimar.de/projekte/2G13/2g13/debatte-symposium-panel-eckardt/Symposium_anlässlich_20_Jahre_Fakultät_Gestaltung_an_der_Bauhaus_Universität_Weimar_siehe_auch:https://youtu.be/l24tiM08a-0?si=xii49Mqg8PQLahWv.

Harvey, D. (1996). *Contested Cities: Social Process and Spatial Form*. In F. LeGates, Richard T.; Stout (Ed.), *The City Reader* (5th ed., S. 230-237). Routledge.

Hildebrandt, P.-M. (2012). *Urbane Kunst*. In: F. Eckardt (Ed.), *Handbuch Stadtsoziologie* (pp. 721–744). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holub B., Rajakovics, P. (2013). *Direkter Urbanismus*. Verlag für Moderne Kunst.

Kwon, M. (1997). *Public Art und städtische Identitäten*. In: Christian Philipp Müller (Hg.), *Kunst auf Schritt und Tritt*. Kellner Verlag.

Kwon, M. (2002). *One place after another site-specific art and locational identity*. MIT Press.

Lefebvre, H. (1991). *The Production of Space*. In: D. Nicholson-Smith (Ed.), *Production* (Vol. 9, Issue 2). Blackwell.

Lefebvre, H. aus dem F. von B. Althaler mit einem Vorwort von C. Schäfer (2016). *Das Recht auf Stadt*. In: *Nautilus Flugschrift*. Nautilus.

Tribble, R. (2018). *From Urban Interventions to Urban Practice: An Alternative Way of Urban Neighbourhood Development*. In: U. Blanché & I. Hoppe (Eds.), *Urban Art: Creating the Urban with Art*, 15.-16 July 2016, HU Berlin (pp. 155–163).

Tribble, R. (2021). *Reizungen und Reaktionen: Kunst und Planung*. HafenCity Universität Hamburg.

Wilson, M. In: Tuesday, D., Hollein, L., Masson-Zanussi, Y., Ambach, M., Fitz, R. A., Baldauf, A., Kester, G. (2012). *Symposium Planning Unplanned; Exploring the New Role of the Urban Practitioner*, Begleitheft. In: B. Holub (Ed.), *Institut für Kunst und Gestaltung 1*, Prof. C. Hohenbüchler, Fakultät für Architektur und Raumplanung, TU Wien, Wien.



Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung als Suchbewegung

Dana Schneider, Elisabeth Knoblich, Merve Değirmenci, Sharmila Sharma

Im Zentrum der Urbanen Praxis steht die Stadt als Gemeingut – eine geteilte Ressource, die von vielen aktiv gestaltet werden kann. Sie entsteht dort, wo Menschen selbst Zugänge zu Räumen, Wissen und Mitbestimmung schaffen und praxisnah auf lokale Bedürfnisse reagieren. Selbstorganisierte kulturelle Freiräume dienen als Motor urbaner Transformationen, die auf Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und Klimaresistenz abzielen. Eine gerechtere Stadt fördert Teilhabe, hinterfragt Machtgefälle, erkennt Fürsorgearbeit als zentral an und ermöglicht allen Generationen, aber auch prekären Gruppen eine selbstbestimmte Mitgestaltung ihrer Umwelt.

Wir, die **Netzwerkstelle Urbane Praxis**, vertreten als intermediäre Struktur die Anliegen und Erfahrungen der Urbanen Praktiker*innen, bündeln ihre Stimmen und machen sichtbar, welche politischen, sozialen und strukturellen Herausforderungen im Feld bestehen. Unsere Rolle ist es, zwischen Initiativen, Communitys, Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik zu vermitteln und damit die Grundlage für die folgenden Einordnungen und Praxisstimmen zu schaffen. Die nachfolgenden Analysen und Beispiele spiegeln somit die Sicht derjenigen wider, die tagtäglich selbstorganisierte Räume aufbauen, verteidigen und weiterentwickeln.



Fachtag Urbane Praxis (2025) © Raquel Gómez Delgado

Urbane Praxis zwischen Reaktion und Experiment

Die Idee der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung bildet den politischen Kern vieler urbaner Praktiken. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Stadt als kollektives Gut gestaltet werden kann – jenseits privater Verwertungsinteressen, aber auch abseits rein administrativer Steuerung. Gemeinwohlorientierung bedeutet dabei nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern auch geteilte Verantwortung zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft, und Nachbarschaften. Aus bestehenden Problemen und Bedarfen entstehen zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, die gemeinsam an Lösungen arbeiten, experimentieren und neue Ideen erproben. Die Expertise für eine bedarfsorientierte Umsetzung liegt dabei direkt bei den Betroffenen selbst, also den Nachbarschaften vor Ort, Communitys oder aktiven Akteur*innen und Initiativen. Probleme werden sichtbar gemacht, benannt

und aktiv bearbeitet, um gesamtgesellschaftliche Interessen zu vertreten.

Viele Initiativen agieren unter prekären Bedingungen aus eigenem aktivistischen Handlungswillen. Dabei sind besonders staatliche Förderungen begrenzt und unter einer zunehmend rechtskonservativen Regierung sehen sich Organisationen und Vereine mit drastischen Kürzungen ihres Kunst- und Kulturbudgets konfrontiert, was oftmals als erste Grundlage einer urbanen Praxis dient. Kunst- und Kulturorganisationen sind stark von externen Rahmenbedingungen wie politischen Entscheidungen, Fördermitteln oder gesellschaftlichen Veränderungen abhängig, ihre Handlungsmöglichkeiten werden dadurch maßgeblich beeinflusst. Gleichzeitig sind sie Begegnungsorte, an denen gesellschaftliche Werte, Narrative und Aushandlungsprozesse sichtbar werden. Resilienz geht hier über bloße Anpassungsfähigkeit hinaus und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Initiativen der urbanen Praxis bewegen sich

oftmals zwischen Aktivismus aus prekären Notsituationen und dem Versuch, bestehende Probleme zu lösen – oft ohne ausreichende finanzielle oder materielle Unterstützung. Urbane Praktiker*innen setzen sich dabei nicht freiwillig prekären Bedingungen aus, sondern reagieren auf erkannte Missstände und persönliche Betroffenheit. Ihr Handlungsspielraum ist begrenzt, lässt sich jedoch durch experimentelle Ansätze erweitern, die flexible Reaktionen auf äußere Einflüsse ermöglichen und resilientere Strukturen aufbauen.

Stimmen aus der Praxis

Unser Fachtag und Tag der offenen Tür der Urbanen Praxis (26.09.-27.09.2025) haben gezeigt, wie direkte Begegnungen zwischen Initiativen, Projekten und politischen Akteur*innen wirkungsvoll als Strategie für solidarische Stadtgestaltung genutzt werden können. Zahlreiche Initiativen, die im Bereich Urbaner Praxis aktiv sind, nutzten die Gelegenheit, ihre Perspektiven, Erfahrungen und politischen Forderungen sichtbar zu machen. Im Zentrum stand dabei nicht nur der Austausch, sondern die Bündelung von Forderungen, die sich auf Themen, wie die Sicherung selbstorganisierter Räume, Partizipation, soziale Gerechtigkeit, Kulturförderung und Klimaresilienz beziehen. Der Tag der offenen Tür soll mehr als ein einmaliges Ereignis sein: Er ist Teil einer strategischen Praxis, die Sichtbarkeit, Vernetzung und politische Wirkung der Urbanen Praxis langfristig stärkt. Die folgenden Stimmen stammen aus Befragungen und Gesprächen des Fachtags sowie des Tags der offenen Tür. Sie repräsentieren die Perspektiven, Initiativen und aktiven Akteur*innen der Urbanen Praxis. Ihre Beiträge zeigen eindrücklich, wie stark politische Rahmenbedingungen, strukturelle Hürden und soziale Ungleichheiten die alltägliche Arbeit im Feld prägen.

Grenzgänge e.V. arbeitet zum Feld Bildung im Stadtraum und seit über zehn Jahren zu Migration, Flucht und kolonialer Geschichte. Mit vielfältigen, partizipativen Bildungsformaten für Kinder und Jugendliche fördert die Organisation kulturelle Sensibilisierung, kritisches Bewusstsein und empowernde Zugänge zur Stadt. Im Rahmen des Fachtags teilte sie ihre Position zu den Themen Repression, öffentlicher Raum und urbaner Sicherheit. Die Aussagen zeigen die Dringlichkeit, mit der viele junge, migrantsch geprägte Initiativen über Ausschlüsse und Kontrolle im öffentlichen Raum sprechen:



”

Wir fordern ein Ende der Repressionen, die tagtäglich auf den Straßen Berlins stattfinden – insbesondere gegenüber migrantischen Jugendlichen. Wir stellen uns entschieden gegen die Zensur von Kulturschaffenden, gegen die Remilitarisierung und Aufrüstung, und gegen die Politik des Kaputtsparens, die öffentliche Infrastruktur zerstört, während immer mehr Geld in Polizeiausrüstung fließt.

Wir kritisieren die Verengung und den Verlust öffentlicher Räume, sei es durch politisch motivierte Angriffe auf Orte wie Oyoun oder durch finanzielle Interessen, die den Ausverkauf der Stadt vorantreiben. Berlin braucht Räume, die frei, solidarisch und für alle zugänglich sind – nicht nur für diejenigen, die sie kaufen können.

Wir fordern eine Stadtpolitik, die öffentliche Gelder in Bildung, Kultur, sozialen Zusammenhalt und Klimagerechtigkeit investiert, anstatt in Gewalt, Abschreckung und Privatisierung. Unsere Stadt muss ein Ort bleiben, wo kritische Stimmen gehört und nicht zum Schweigen gebracht werden, und wo sich alle frei bewegen können.“

Grenzgänge e.V.

Das **Feminist Spaces Collective** – ein unabhängiges Berliner Forschungskollektiv an der Schnittstelle von Umweltgerechtigkeit und Feminismus im urbanen Raum – fordert echte Beteiligung in der Stadtplanung: Öffentliche Räume sollten gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden, die sie nutzen. „Wenn es eine Volksentscheidung zum Erhalt des Tempelhofer Feldes gab, dann sollte dieser respektiert werden“, heißt es. Ebenso müsse auf den Widerstand gegen die nächtliche Schließung des Görlitzer Parks gehört werden. Beteiligung dürfe sich dabei nicht allein an Quantität messen: Entscheidend seien die Stimmen jener, „die von den Machtstrukturen der Gesellschaft unterdrückt werden“. Diese Perspektive gelte auch im Kleinen – etwa beim Design eines Calisthenics-Parks: An welche Körper werde gedacht? „Sind unterschiedliche Körper wichtig – klein, dick, nicht sportlich, behindert? Oder gilt immer noch der weiße, sportliche cis Mann als Maßstab?“

Für Claire Chaulet vom **Artistania e.V.**, ein selbstorganisierter Kunst- und Kulturort in Neukölln, der seit vielen Jahren Räume für kollektives Arbeiten, soziale Teilhabe und künstlerische Selbstermächtigung schafft, bedeutet Kulturabbau immer auch Demokratieabbau. Sie kritisiert eine Politik, die wirtschaftliche Interessen über gesellschaftliche, ökologische und bildungspolitische Anliegen stellt. „Der Rückbau von Kulturförderung und sozialer Unterstützung zeigt eine Gesellschaftsvision, die auf Effizienz und Profit statt auf Solidarität, Vielfalt und Teilhabe setzt“, so Chaulet. Kultur sei jedoch ein Grundpfeiler demokratischer Partizipation – wenn kulturelle Strukturen verschwinden, schwinde auch die Möglichkeit, Missstände zu benennen und gesellschaftlichen Dialog zu führen. Besonders Förderprogramme für marginalisierte Gruppen seien entscheidend, um Ungleichheiten auszugleichen und Repräsentation zu sichern. Hoffnung sieht sie in den vielen Orten, Initiativen und Kollektiven, „die bereits heute vorwegnehmen, wie eine andere Welt aussehen kann – eine Welt, in der Kultur nicht Ware, sondern verbindendes Element einer freien Gesellschaft ist.“

Strategien der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung

Kernelement einer kollektiv gestaltbaren Stadt ist das Neudenken, Erproben und Aus-testen von Utopien. In dieser experimentellen Auseinandersetzung werden gemeinwohlorientiertes Zusammenleben, die Öffnung urbaner Räume und solidarische Strukturen praktisch erprobt und gelebt. Bereits existierende Ideen, Modelle und Lösungsstrategien müssen sichtbar gemacht, diskutiert und verstetigt werden. So können Initiativen voneinander lernen, sich verbünden und bestehende Machtgefälle herausfordern, um Ressourcen gerechter zu verteilen und gesellschaftliche Konflikte gemeinsam zu bewältigen.

Beispiele wie **Ciudad Migrante**, die **Floating University** und die **Kiezwerkstatt** zeigen, wie Urbane Praxis konkret wirkt und alternative Zugänge zur Stadt schafft. Ciudad Migrante unterstützt migrantische Communities beim Umgang mit Exklusion, bürokratischen Hürden und prekärem Wohnraum und entwickelt transformative, kollektive Strategien, die Teilhabe und Empowerment ermöglichen. Floating University eröffnet experimentelle Lern- und Handlungsräume, in denen Bildung, Ökologie und Nachbarschaft ineinandergreifen, während die Kiezwerkstatt durch gemeinsames Erinnern, Erzählen und Gestalten lokale Selbstermächtigung erprobt.

” Sind unterschiedliche Körper wichtig – klein, dick, nicht sportlich, behindert? Oder gilt immer noch der weiße, sportliche cis Mann als Maßstab?“

Feminist Spaces Collective



”

Zwar gibt es in der Stadt mehrere selbstorganisierte Gruppen, doch kann es schwierig sein, eine zu finden oder einschüchternd, sich einer anzuschließen. Auch die Kommunikation und der Austausch zwischen den Gruppen können kompliziert sein. Praktische Gründe, gemischt mit identitären Zwängen und vertikalen Strukturen, können den Prozess der gemeinsamen Rückeroberung eines Raumes ebenfalls verlangsamen. Projekte im öffentlichen Raum, wie KIEZWERKSTATT können auch eine Antwort auf diese Schwierigkeiten sein. Die gesamte Stadt ist der Raum, den es zurückzuerobern gilt, und die ganze Welt ist voller Möglichkeiten des Wissens und Handelns außerhalb des eurozentrischen, imperialistischen Drehbuchs.“

KIEZWERKSTATT

Trotz dieser kreativen Ansätze stehen alle Initiativen vor ähnlichen strukturellen Herausforderungen: begrenzte Ressourcen, unsichere Förderlagen und politische Widerstände. Die Frage nach dem Zugang zu städtischen Räumen ist dabei zentral: Wer darf Stadt gestalten, unter welchen Bedingungen und auf welcher Grundlage werden Entscheidungen getroffen? Materielle Barrieren wie hohe Mieten oder fehlende Infrastruktur, aber auch symbolische Ausschlüsse, etwa von migrantischen, queeren oder sozial marginalisierten Communitys, zeigen, dass Stadtgestaltung immer auch eine Machtfrage ist.

Partizipation und Sichtbarkeit: Netzwerke für eine solidarische Stadt

Die Macht, mitzureden ist auch eine Frage der Struktur – inwieweit Organisationsformen dies begünstigen, fördern und ermöglichen, ist hierbei zentral. Als mögliche Form kann hierbei die Public Civic Partnership herangezogen werden. Als Beispiel hierfür lässt sich

das **Haus der Statistik** nennen, die sich als solches bezeichnen. Hierbei ist Public Civic Partnership eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Parteien von Staat und Zivilgesellschaft. Beim Haus der Statistik betrifft das die sogenannte „Koop5“, bestehend aus 5 Kooperationspartner*innen, wozu die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen gehören, aber auch der Bezirk Mitte, WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH, die BIM GmbH und ZUSAMMENKUNFT Berlin eG (ZKB). Dabei steht die Zusammenarbeit im Vordergrund. Allerdings kann herausgearbeitet werden, dass die beteiligten Initiativen bei der Public Civic Partnership nicht wirklich ein eigenständiges Recht auf Selbstverwaltung haben. Sie sind Teil des Projekts, bleiben aber abhängig von den Entscheidungen staatlicher Stellen.

Eine fortführende Form einer Struktur zur Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung kann auch eine Commons Public Partnership (CPP) sein. Die Übergänge der unterschiedlichen Strukturen sind fließend, ermöglichen aber einen wichtigen Prozess:



Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

Bei CPPs geht es um die langfristige Selbstorganisation der Commonizer*innen. Sie entscheiden über Ziele, Bedarfe, Werte und Umsetzung, aber auch Grenzen und Maßnahmen, wie Sanktionen oder dergleichen.

CPPs sind eine noch junge Form der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Zusammenschlüssen aus der Zivilgesellschaft, den sogenannten Commonizer*innen. Sie bauen auf dem Prinzip der Commons auf und bewegen sich jenseits der klassischen Trennung von privatem und öffentlichem Recht, die das deutsche Rechtssystem bislang stark prägt. Statt sich strikt in eine dieser Kategorien einordnen zu lassen, eröffnen sie einen weiteren Weg. Dadurch unterscheiden sich CPPs von bekannten Rechtsformen wie Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH, AG). Sie schaffen einen Rahmen, in dem Kooperationen nicht nur formell, sondern auch auf Augenhöhe stattfinden können.

Eine zentrale Stärke von CPPs liegt darin, die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und staatlichen Institutionen nicht nur zu institutionalisieren, sondern auf eine gleichberechtigte Ebene zu stellen. CPPs werden als organisatorisches Element verstanden, das die zivilgesellschaftliche

Motivation für Veränderung sowie den Taten- drang sozialer Bewegungen in bestehende öffentliche Programme integriert. Anders als bei herkömmlichen Förderinstrumenten oder ausgelagerten Projekten wird hier ein dauerhafter institutioneller Rahmen geschaffen, der die Selbstorganisation und Mitbestimmung der Commons-Akteur*innen rechtlich absichert. Für die Umsetzung der Commons Public Partnership setzt sich die **Union für Cultural Commons** ein (<https://culturalcommons.de/>).

Eine intermediäre Stelle kann ebenfalls als ein Kooperationsmodell fungieren und kann im aktuellen bestehenden System eine vermittelnde Rolle einnehmen. Mit dem Blick auf die aktuelle politische Situationslage kann dies ein erster Schritt Richtung Public Civic Partnership und Commons Public Partnership sein.

Intermediäre Strukturen sind kein neues Phänomen. Strukturen wie Stadtbau oder Stern waren prägende Akteur*innen der partizipativen Stadterneuerung der 1980er Jahre. Im Spannungsfeld zwischen Protest und Befriedung vermittelten sie zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verwaltung und Politik.



Fachtag Urbane Praxis (2025) © Raquel Gómez Delgado

In dieser Tradition stehen auch die **AKS Gemeinwohl, Raumagenten** und viele weitere. Auch die Netzwerkstelle Urbane Praxis knüpft an diese Tradition intermediärer Strukturen an.

Stadt als gemeinsame Aufgabe!

Urbane Praxis ist kein Randphänomen, sondern das Fundament für ein solidarisches, kreatives und demokratisches Berlin. Es liegt an uns allen, die Stadt als Gemeingut zu verteidigen, neue Zugänge zu suchen und bestehende Machtstrukturen herauszufordern – nur so wird Berlin zu einem Ort, den wirklich alle mitgestalten können. Es ist Zeit, dass die Stadt dies spürt – laut und unüberhörbar – und die Forderungen nach einer kollektiv und solidarisch gestalteten Stadt Wirklichkeit werden, in einer Bewegung, die die Vielfalt lebt.

Der **Urbane Praxis e.V.** ist ein Verein, der sich für die Belange der Urbanen Praktiker*innen einsetzt. Er baut Netzwerke auf und verbindet zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Verwaltung und Politik, um lebendige und nachhaltige Städte zu gestalten. Der Verein repräsentiert die Urbanen Praktiker*innen und vermittelt Wissen, um ressortübergreifende Themen der Stadt sichtbar zu machen.

Auf Initiative des **Rats für die Künste** haben sich 2020 Künstler*innen, Stadtaktivist*innen und Akteur*innen aus Kultur, Architektur und Soziokultur zu einem Verbund zusammengeschlossen – in der **Initiative Urbane Praxis**. Diese wurde 2020-2021 von SenKE im Rahmen der Initiative DRAUSENSTADT-Call for Action gefördert – 12 Standorte, sowie das Projektbüro Urbane Praxis, wurden in dem Zeitraum unterstützt. Dazu wurde der Berliner Projektfonds Urbane Praxis, getragen von der Stiftung für kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung, ins Leben gerufen, der seitdem künstlerische Projekte im Bereich Urbane Praxis fördert.

Aus der Initiative Urbane Praxis und dem wachsenden Netzwerk wurde im Jahr 2022 der gemeinnützige Urbane Praxis e.V. gegründet.

Urbane Praktiken des Gemeinschaftens

Kristin Lazarova

In den Nischen Berlins entstehen zwischen zunehmender Profitorientierung und Immobilienspekulation *transformative Räume*¹. Gemeinschaftlich, selbstorganisiert, gemeinwohlorientiert, sozialökologisch. Dort erproben zivilgesellschaftliche Nachbarschaftsinitiativen neue Formen des urbanen Zusammenlebens. Sie reagieren auf gemeinschaftliche Bedürfnisse, gestalten ihren direkten sozialen und physischen Lebensraum und schaffen Mikroutopien² in einer zunehmend von Ressourcenknappheit, Flächenkonkurrenz und sozialer Ungerechtigkeit geprägten Stadt³.

Zivilgesellschaftlich getragene Stadtentwicklung zwischen öffentlicher Planung und privater Marktwirtschaft

Es ist die Aufgabe der öffentlichen Planung, Ressourcen und Zugänge gerecht zu verteilen und soziale wie ökologische Herausforderungen zu bewältigen. Die **Neue Leipzig Charta**, das strategische Rahmenwerk zeitgenössischer europäischer Stadtentwicklung⁴, identifiziert die transformative Kraft einer gerechten Stadt, in der alle Zugang zu Daseinsvorsorge, sozialer Teilhabe und einer gesunden Umwelt haben. Für Berlin ist der Weg dahin noch lang, denn ein beachtlicher Teil der Stadt wird von privatwirtschaftlichen Akteur*innen entwickelt, deren Handeln vom Renditedruck bestimmt ist. Gleichzeitig sind öffentliche und gemeinwohlorientierte Infrastrukturen chronisch unterfinanziert und überlastet. Bezahlbare Räume werden immer knapper, steigende Mieten führen zu Verdrängungsprozessen (die nicht abnehmen wollen), dichte und einkommensschwache Quartiere sind stärker von mehrfachen

Umweltbelastungen betroffen⁵ und ein Leben innerhalb der planetaren Grenzen scheint sowieso utopisch.

In diesem Spannungsfeld zwischen öffentlicher Planung und privater Immobilienentwicklung entstehen jedoch auch urbane Praktiken des Gemeinschaftens (commoning). Zivilgesellschaftliche Initiativen schaffen und bewirtschaften materielle und immaterielle kollektive Ressourcen und Räume und bilden dadurch die Grundlage demokratischer Teilhabe⁶. Die Wirtschafts-nobelpreisträgerin Elinor Ostrom prägte den Begriff der Commons als „selbstorganisierte soziale Systeme, in denen Gemeinschaften Ressourcen mit minimaler oder keiner Abhängigkeit von Markt oder Staat verwalten“⁷. Urbane Praktiken des Gemeinschaftens finden eine theoretische Verankerung in Stavros Stavrides Konzept der Stadt als Gemeingut⁸ und in Henri Lefebvres Verständnis von Stadt als kollektives Werk, das von seinen Bewohnenden produziert wird und damit einhergehend das Recht auf Stadt: die Forderung nach Zugang zu städtischen Ressourcen und Teilhabe an der urbanen Entwicklung⁹. Commons folgen somit einer Tradition sozialer Bewegungen in den Städten seit den 1970ern.



Commoning als selbstorganisierte Fürsorge

Urbane Praktiken schaffen gemeinschaftlich verwaltete Freiräume mit dem Ziel einer sozialökologischen Transformation. Sie reagieren auf gemeinschaftliche Bedürfnisse und konkrete Herausforderungen und entwickeln alltägliche, provisorische, experimentelle Formen von selbstorganisierten Infrastrukturen der Fürsorge. Dazu gehören in Berlin viele verschiedene Initiativen: Von solidarischen Ökonomien wie **Foodsharing Fairteiler**,

SuperCoop Berlin oder **SoLaWis** (Solidarische Landwirtschaften), Orten für klimaschonende Ressourcennutzung wie **Haus der Materialisierung** oder offenen DIY-Repair Werkstätten, über Gemeinschaftsgärten wie **Allmende-Kontor** oder der Heilkräutergarten **Hevrin Xelef**, Lernorte für Naturkultur wie **Floating University**, Mobilitätswendeinitiativen wie **Kiezblocks**, Wasserzugangsinitiativen wie **Flussbad Berlin** oder **Spree:publik**.

Auch dekolonialen Initiativen wie **amo collective**, queerfeministische Aneignung öffentlicher Räume wie von **Feminist Spaces Collective** oder **Softer Hards**, bis hin zu community-basierten Kulturzentren wie dem **SiNEMA TRANSTOPIA**, Kultur- und Gewerbezentren wie das **Vollgut Areal** oder **ExRotaprint**, Hausprojekten wie **RuT Wohnen** oder **Lause10**, community-basierten Gesundheitszentren wie das Stadtteil-Gesundheits-Zentrum des **Gesundheitskollektivs Berlin** oder **Casa Kua** zählen dazu.

Solche Orte schaffen Gegenentwürfe zur zunehmenden Verwertungslogik der Stadt, halten Raum für marginalisierte Communities, für Teilhabe an der Gestaltung des eigenen Umfelds und hinterfragen etablierte Machtverhältnisse. Sie schaffen Zugänge und Zugehörigkeiten, fördern demokratische Mitbestimmung und zielen auf soziale und Umweltgerechtigkeit ab.



Bordando Memorias Residency (2023) © Raquel Gomez Delgado

Zivilgesellschaftliche Initiativen als neue Akteur*innen in der Stadtentwicklung

Auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene wird die Bedeutung von zivilgesellschaftlich organisierten Akteur*innen für die Stadtentwicklung erkannt. Neben der Neuen Leipzig Charta, die eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung betont, in der die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielt, findet auch die Nationale Stadtentwicklungspolitik in sogenannten Stadtmacher*innen eine Schlüsselrolle für die kooperative Stadtentwicklung. Dies wird deutlich durch die Auswahl geförderter Projekte der nationalen Stadtentwicklung, durch den Bundespreis für kooperative Stadt (Koop.Stadt) oder durch das vom BMWBS und BBSR initiierte und im Rahmen der Städtebauförderung geförderte Projekt **Urbane Liga**. Das Bündnis junger Stadtmacher*innen unterstützt das Mitwirken junger Erwachsener an der Stadtentwicklungspolitik und Stadtforschung des Bundes¹⁰. Mit dem Stadtmacher-Portal stellt die Nationale Stadtentwicklungspolitik Informationen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen zur Verfügung, die von bundesweiten und

lokalen Netzwerken, über Wissenssammlungen und Hilfestellungen, bis zu Fördermöglichkeiten reichen¹¹.

Auch die Städte und Kommunen unterstützen zivilgesellschaftliche Stadtmacher*innen. In Berlin hat die Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt von 2020 bis 2024 über 120 Projekte durch den Berliner Projektfonds Urbane Praxis gefördert, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen unterstützt die Vernetzung und Wissensvermittlung zwischen Initiativen durch die Finanzierung der zivilgesellschaftlich organisierten Netzwerkstelle Urbane Praxis. Das Berliner Gemeinschaftsgarten-Programm unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement. Auch auf Bezirks- und Quartiersebene finden sich Förderungsmöglichkeiten urbaner Praktiken.

Durch knapper werdende Haushalte und politische Veränderungen scheint sich das Fenster der Möglichkeiten aber wieder zu schließen. So wurde die Projektförderung durch den Berliner Projektfonds Urbane Praxis 2025¹² im Zuge eines um 12,5 % gekürzten Kulturetats gestrichen¹³. Ebenso Mittel für mobile Stadtteilarbeit, **ReachOut** oder dem **Sonntags-Club**¹⁴. Initiativen wie der **Runde Tisch Liegenschaftspolitik** ringen jährlich ums Überleben. Gleichzeitig verschlimmert sich der Mietmarkt, es gibt wieder mehr Ladenleerstand, der Verwertungsdruck steigt und steigt. Umso wichtiger ist die Forderung nach einer Stadtentwicklungspolitik, die dem Gemeinwohl dient.¹⁵

Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik

Damit Praktiken des Gemeinschaftens langfristig wirken können, braucht es eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik, die auf strukturelle Förderung und dauerhafte Absicherung setzt. Eine aktive Bodenpolitik gilt dabei als Schlüssel: Um Verwertungsdruck und Spekulation entgegenzuwirken, müssen Grundstücke und Liegenschaften von der öffentlichen Hand angekauft, gesichert und in eine gemeinwohlorientierte Nutzung überführt werden. Initiativen wie das Bündnis Bodenwende oder das Netzwerk Immovielen

zeigen Wege auf, wie dies möglich gemacht werden kann^{16 17}. Gemeinwohlorientierte Bodenfonds und Stiftungen können zudem Flächen dauerhaft sichern¹⁸. Ergänzend kann das Konzeptvergabeverfahren öffentlicher Grundstücke sicherstellen, dass soziale, ökologische und kulturelle Kriterien Vorrang vor finanziellen Interessen haben.

Ein weiterer Baustein wäre die Einführung eines Quartier-Gemeinwohl-Index – nach dem Beispiel des **Hansa-Forums** in Münster – als kollektiv erarbeitetes Instrument, das die Bedürfnisse der Bewohnenden im Quartier sichtbar macht. Ergänzt durch ein Gemeinwohl-Gremium, das Verwaltungen in Planungsprozessen berät, können so neue Maßstäbe für urbane Lebensqualität entstehen.

Soziale Gewerbetrieben für soziale, kulturelle und zivilgesellschaftliche Organisationen würden Commoning-Projekte, die nicht selten von Ehrenamt getragen werden, erleichtern. Ebenso sollen selbstverwaltete Dritte Orte¹⁹ als Räume der Begegnung und des Austauschs langfristig institutionell gefördert werden. Und es sollten wieder Projektförderungen für Urbane Praxis ermöglicht werden, um soziale urbane Innovationen und Impulse zu fördern.

Das Transformationswissen, das durch das Prototyping selbstorganisierter Infrastrukturen entsteht, gehört systematisch in öffentliche Planungsprozesse. Die sogenannte Phase 0 in der Planung²⁰, bei der relevante Stakeholder von Anfang an im Planungsprozess einbezogen werden und die in der Urbanen Praxis verankert ist, ermöglicht es, durch lokales Wissen und Teilhabe die tatsächlichen Bedürfnisse vor Ort zu erkennen und legt damit die Grundlage für öffentliche Planungsvorhaben, die von Anfang an gemeinwohlorientiert, sozial gerecht und nutzer*innenzentriert gedacht sind. Analog zur Kunst am Bau, soll Urbane Praxis als fester Bestandteil in öffentliche Bauvorhaben integriert und anteilig aus Projektbudgets finanziert werden. So könnte Commoning zur verbindlichen Praxis einer lebendigen Stadt werden.

Eine Politik, die Gemeinwohl ernst nimmt, müsste dauerhaft Flächen für gemeinschaftliche Nutzung sichern, Boden in öffentliche oder genossenschaftliche Trägerschaft überführen, Zwischennutzungen ermöglichen und verstetigen und gemeinwohlorientierte Bau- und Nutzungskonzepte priorisieren. Stadtentwicklung würde so zum demokratischeren Prozess. Urbane Praktiken des Gemeinschaftens eröffnen neue Blickwinkel und ermöglichen unmittelbare Formen der Aneignung, Gestaltung und Teilhabe. Wenn Menschen Räume gemeinsam nutzen, gestalten und transformieren, entsteht Stadt als kollektiver Prozess: lebenswert, vielfältig und zukunftsfähig.

Kristin Lazarova studierte Architektur und Stadtplanung in Stuttgart sowie Urbanism and Societal Change in Kopenhagen. Kristin gestaltet und erforscht urbane Freiräume. Zurzeit arbeitet Kristin am Climate Future Lab OpenCultures an der TU Braunschweig. In der Vergangenheit hat Kristin für und mit Planungsbüros in Stuttgart, Zürich und Berlin gearbeitet. Von 2021 bis 2024 baute Kristin den Urbane Praxis e.V. und die Netzwerkstelle mit auf. Kristin ist Teil von Urbane Liga, Floating, Tramdepot und Critical Entries.



Bustour Urbane Praxis e.V. (2023) © Raquel Gomez Delgado



Quellen

- 1 Pereira et al. (2018): *Creating transformative spaces for sustainability in social-ecological systems*. *Ecology & Society*, 23(4).
- 2 Mareis, Sandra (2020): *Mikro-Utopien der Architektur*. Bielefeld: transcript.
- 3 Kemper, Jan (2018): *Ungleichheit in Städten. Stadtentwicklung und soziale Ungleichheit*. In Bundeszentrale für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216890/ungleichheit-in-den-staedten/>, Zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 4 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2020): *Neue Leipzig Charta*. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2021/neue-leipzig-charta-pocket-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt abgerufen am 2.11.2025.
- 5 Umweltgerechtigkeitsatlas Berlin. <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/umweltgerechtigkeitsatlas/>, zuletzt abgerufen am 3.11.2025.
- 6 ARCH+ (2018): *An Atlas of Commoning: Orte des Gemeinschaftens*. Berlin: ARCH+
- 7 Ostrom, Elinor (1990): *Governing the commons*. Cambridge University Press.
- 8 Stavrides, Stavros (2016): *Common Space: The City as Commons*. London: Zed Books.
- 8 Stavrides, Stavros (2016): *Common Space: The City as Commons*. London: Zed Books.
- 9 Lefebvre, Henri (1968): *Le Droit à la ville*. Paris: Anthropos.
- 10 Urbane Liga, <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/staedtebauforderung/Forschungsprogramme/Programmuebergreifend/Projekte/urbane-liga/01-start.html>, zuletzt abgerufen am 2.11.2025.
- 11 Stadtmacher-Portal, <https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/DE/Plattform/Netzwerke/Stadtmacher-Portal/stadtmacher-portal-node.html>, zuletzt abgerufen am 2.11.2025.
- 12 <https://www.urbanepaxis.berlin/other/streichung-der-mittel-des-berliner-projektfonds-urbane-praxis-eine-bedrohung-fuer-die-kulturelle-und-soziale-stadtentwicklung/> Zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 13 <https://www.bbk-berlin.de/news/11012025-sparmassnahmen-treffen-das-berliner-kulturlebenshart#:~:text=Kultur%C3%BCrzungen%20in%20Berlin,freie%20Kulturszene%20in%20Berlin%20betroffen>, zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 14 <https://jacobin.de/artikel/unkuerzbar-berlin-senat-haushalt-austeritaet>, zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 15 <https://taz.de/Ausschluss-von-Migrantinnen!/6048699/>.
- 16 *Forderungen des Bündnis Bodenwende* https://www.srl.de/dateien/dokumente/de/BUENDNIS_BODENWENDE_Forderungen_210621.pdf, zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 17 *Gemeinwohl bauen*, Montag Stiftung Urbane Räume, <https://www.montag-stiftungen.de/montag-stiftung-urbane-raeume/publikationen/buchreihe-gemeinwohl-bauen>, zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 18 *Stadtbodenstiftung*, <https://www.stadtbodenstiftung.de/>, zuletzt abgerufen am 4.11.2025.
- 19 Oldenburg, Ray (2023): *The great good place: cafes, coffee shops, bookstores, bars, hair salons, and other hangouts at the heart of a community* (2nd ed.). Great Barrington, Massachusetts: Berkshire Publishing Group LLC.
- 20 *Baukultur Nordrhein-Westfalen: Magazin Phase 0* <https://baukultur.nrw/publikationen/magazin-phase-0/> Zuletzt abgerufen am 4.11.2025.

Über den Tellerrand – Was Berlin von der Urbanen Praxis anderer Städte lernen kann

Dr. Mary Dellenbaugh-Losse

Berlin steckt in einer Krise. Kürzungen im Kulturbereich, steigende Mieten und schrumpfende Freiräume setzen der Stadt zu. Über Jahrzehnte konnte sie sich darauf verlassen, dass ihr Ruf als experimentelle Hauptstadt automatisch kreative Energie anzieht. Diese Zeit droht nun zu Ende zu gehen.

Während die Berliner Szene mit knapper werdenden Ressourcen ringt, experimentieren andere Städte längst mit neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft. Bologna, Buenos Aires und viele Städte im deutschsprachigen Raum zeigen, dass gerade Krisen die besten Ausgangspunkte für Innovation sein können – sowohl im kulturellen Sektor als auch in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Vielleicht ist jetzt der Moment, in dem auch Berlin diese Chance nutzt, um von anderen zu lernen, Offenheit mit Struktur zu verbinden und so die kreative Energie der Stadt in dauerhafte Formen der Kooperation zu übersetzen.

Wenn Innovation auf Verwaltungsgrenzen stößt

Viele Beispiele verdeutlichen, dass kulturelle Innovation oft dort beginnt, wo Verwaltungslogik an ihre Grenzen kommt. In Bologna etwa stieß der Wunsch von Bürger*innen, Verantwortung für öffentliche Plätze und Räume zu übernehmen, zunächst auf Irritation. Es gab keine Zuständigkeit, keine Ansprechpartner*innen, und das Verwaltungssystem war auf solche Formen zivilgesellschaftlicher Initiative schlicht nicht vorbereitet. Doch anstatt den Impuls zu blockieren, begann

die Stadt, daraus zu lernen – und verabschiedete 2014 ein Gesetz, das Kooperationen zwischen Verwaltung und Bürger*innen ermöglicht. Die Regulation for the Care and Regeneration of the Urban Commons wurde seither zu einem internationalen Vorbild für urbane Co-Governance.¹

In Buenos Aires hat der **Club Cultural Matienzo**, ein Ort, der von über 80 Menschen selbstorganisiert betrieben wird und zugleich Kulturzentrum, Nachbarschaftshaus und Labor ist, über Jahre hinweg die Grenzen des bestehenden Systems ausgetestet. Durch kontinuierlichen Dialog und rechtliche Auseinandersetzungen schuf das Kollektiv gemeinsam mit der Verwaltung eine neue Kategorie kultureller Organisation, die nicht-kommerzielle Kulturproduktion jenseits klassischer Institutionen ermöglicht. Der Prozess war lang, aber er veränderte dauerhaft die institutionellen Rahmenbedingungen für unabhängige Kultur. Heute gilt Matienzo als Modell dafür, wie Beharrlichkeit und Kooperation zu strukturellem Wandel führen können.

¹ Mehr dazu: <https://urban-policy.com/administrative-umstrukturierung-regionale-wachstum-beteiligung-erleichtern/>



Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

In Todmorden, einer Kleinstadt im Norden Englands, begann die Initiative **Incredible Edible** ebenfalls mit einem einfachen Wunsch: Verantwortung für den öffentlichen Raum zu übernehmen. Was als spontanes Bepflanzen von Verkehrsinseln und Grünstreifen durch Anwohner*innen begann, entwickelte sich zu einem Stadtprojekt mit weitreichender Wirkung. Die Beteiligten schufen neue Formen von Gemeinschaft, Ernährungssouveränität und lokaler Identität – und überzeugten die Verwaltung durch sichtbare Ergebnisse. Erst nachdem der Nutzen offensichtlich wurde, erhielt das Projekt offizielle Unterstützung. Todmorden zeigt, dass Innovation manchmal entsteht, weil es schlicht keine passenden Strukturen gibt. Statt auf ein Genehmigungsverfahren zu warten, das für ihre Idee gar nicht existierte, handelten die Initiator*innen einfach. Daraus entstand eine Initiative, auf die die Stadt erst reagieren musste.

Erfolgreiche Modelle im deutschsprachigen Raum

Auch in Berlin wächst das Bewusstsein, dass kulturelle Innovation nur möglich ist, wenn sich die Verwaltung selbst erneuert. Das Berliner **Model Space Project**², das 2018–2019 von der Clubcommission durchgeführt wurde, ging auf einen politischen Auftrag zurück, der im Koalitionsvertrag 2016–2021 festgehalten wurde: „Die Entwicklung von Orten im öffentlichen Raum [...] unbürokratisch für nichtkommerzielle Musik- und Partyveranstaltungen unter freiem Himmel“ zu ermöglichen. Dieser Passus war ein deutliches Bekenntnis dazu, dass die Stadt verstanden hat, wie wichtig kulturelle Freiräume für eine lebendige Urbanität sind – und damit ein erster Schritt in Richtung struktureller Innovation.

² Mehr dazu auf der Projektwebseite: <https://modelspaceproject.de/>

Das Projekt untersuchte unter anderem, wie Städte europaweit mit Genehmigungsverfahren für nichtkommerzielle, gemeinwohlorientierte Nutzungen umgehen – und was Berlin daraus lernen kann.

Der Abschlussbericht zeigte eine Reihe von Lösungsansätzen auf, an denen sich die Berliner Verwaltung orientieren könnte:

In **Bremen** wurde beispielsweise ein Ortsgesetz verabschiedet, das nichtkommerzielle spontane Freiluftpartys ausdrücklich erlaubt – unter klaren, aber pragmatischen Regeln. Statt pauschaler Verbote schafft die Stadt Rechtssicherheit für selbstorganisierte Kultur.

Halle (Saale) ging einen ähnlichen Weg: Eine „Spontanparty-Regelung“ erlaubt zivilgesellschaftliche Feiern im öffentlichen Raum unter vereinfachten Bedingungen.

Zürich wiederum nutzt flexible Zwischennutzungsverträge als Instrument der Stadtentwicklung. Leerstehende Gebäude werden gezielt an gemeinwohlorientierte Akteur*innen vergeben; Verwaltung und Zivilgesellschaft verhandeln auf Augenhöhe und mit Blick auf langfristigen Nutzen.

Das Model Space Project zog daraus eine zentrale Lehre: Berlin hat weniger ein Flächen- als ein Strukturproblem – zu viele Schnittstellen, unklare Zuständigkeiten, zu wenig ressortübergreifende Zusammenarbeit. Gleichzeitig zeigte sich, dass viele Verwaltungsmitarbeitende grundsätzlich kooperationsbereit sind, aber an strukturellen Hürden scheitern: fehlende rechtliche Klarheit, personelle Engpässe und keine zentrale Ansprechstelle.

Darauf aufbauend wurden 2021 im Rahmen des Projekts DRAUSSENSTADT-Call for

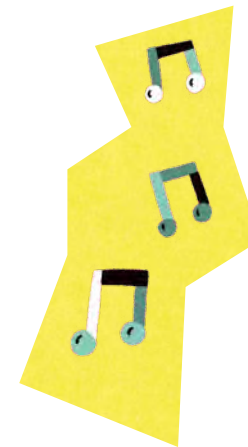


Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

Action der Kulturverwaltung zwölf temporäre Modellflächen vom BPUP und der Clubcommission geschaffen, um die Durchführung von Open-Air Veranstaltungen zu erleichtern. Aus diesen Erfahrungen ging 2023 dann auch die **Modellfläche TXL** hervor, als langfristiges Kooperationsprojekt von Clubcommission, Kulturraum Berlin gGmbH und dem Berliner Projektfonds Urbane Praxis.

Was Berlin von der Welt lernen kann

Was Berlin aus diesen Beispielen lernen kann, richtet sich nicht nur an die Verwaltung, sondern ebenso an die Kulturszene selbst. Denn eine Kooperation entsteht immer zwischen zwei Seiten. Für Akteur*innen der Urbanen Praxis bedeutet das, die Logik der Verwaltung zu verstehen – und in ihrer Sprache zu argumentieren. Wer zeigen kann, dass kulturelle Projekte Kosten sparen, Risiken mindern oder sozialen Nutzen schaffen,



macht deutlich, dass Gemeinwohlarbeit kein Zusatz, sondern ein zentraler Bestandteil der städtischen Infrastruktur ist.

Gleichzeitig gilt es, politische Gelegenheitsfenster bewusst zu nutzen. Wahljahre, Koalitionsverhandlungen oder neue Förderperioden bieten Momente, in denen Strukturen neu verhandelt werden können. Wenn sich Initiativen in solchen Phasen koordinieren, gemeinsame Forderungen formulieren und solidarisch auftreten, können sie Veränderung anstoßen, bevor Verwaltungsroutinen sie wieder einholen.

Ebenso wichtig ist es, die Bereitschaft innerhalb der Verwaltung wahrzunehmen und zu stärken. Viele Mitarbeitende möchten unterstützen, stoßen jedoch auf interne Hürden oder Überlastung. Wer ihre Perspektiven ernst nimmt, ihre Herausforderungen versteht und gemeinsam pragmatische Lösungen entwickelt, baut Vertrauen auf und verwandelt Gegnerschaft in Zusammenarbeit. Damit das gelingt, braucht die Szene eigene Hilfsstrukturen – Netzwerke, die Erfahrungen teilen, bei Genehmigungen unterstützen, Öffentlichkeitsarbeit bündeln und gemeinsame Strategien entwickeln. Solche solidarischen Räume entlasten nicht nur Einzelne, sondern schaffen auch neue Formen gegenseitigen Lernens.

Im Kern aber bleibt Vertrauen der wichtigste Hebel. Erfolgreiche Zusammenarbeit basiert nicht auf Forderungen, sondern auf Verlässlichkeit. Wer der Verwaltung zeigt, dass kulturelle Initiativen Verantwortung übernehmen und Prozesse erleichtern können, öffnet Handlungsspielräume – für beide Seiten. Urbane Praxis bedeutet in diesem Sinn nicht nur, Stadt zu gestalten, sondern auch, das Miteinander im urbanen Gefüge immer wieder neu zu lernen.

Fazit – Lernen als Haltung

Berlin steht an einem Wendepunkt. Die Stadt, die einst Synonym für kulturelle Offenheit war, riskiert, an ihren eigenen Erfolgen zu scheitern. Doch die Beispiele aus Bologna, Buenos Aires, Todmorden, Bremen, Halle und Zürich zeigen: Veränderung ist möglich – wenn Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft lernen, einander zuzuhören. Doch Berlin kann auch aus eigenem Erfolg lernen. Bestehende Strukturen wie die Kulturraum Berlin gGmbH, der Atelierbeauftragte oder das Haus der Statistik – Projekte, die im internationalen Vergleich als Good Practices gelten – beweisen, dass Innovation hier bereits möglich ist. Zu verstehen, welche Erfolgsfaktoren diese Projekte getragen haben, kann neue Öffnungsmöglichkeiten schaffen – für eine Stadt, die wieder lernt, gemeinsam zu handeln.

Dr. Mary Dellenbaugh-Losse ist Stadtforscherin, Beraterin und Autorin mit den Schwerpunkten soziale Inklusion, Partizipation und Gender. Sie ist Gründerin und Geschäftsführerin des Berliner Beratungsbüros urban.policy. Seit April 2025 hat sie zudem eine Gastprofessur für nachhaltige Städte und Gemeinden am Fachbereich 06 (Architektur – Stadtplanung – Landschaftsplanung) der Universität Kassel inne. Als validierte Lead- und Ad-hoc-Expertin des EU-Programms **URBACT IV** ist sie regelmäßig in europäischen Städtenetzwerken zu Themen wie Gleichstellung, partizipativer Governance und sozialer Innovation tätig.



SPOILER

FEED THE RICH

THE RIC

Vorstellung von 10 BPUP Projekten

Berliner Projektfonds Urbane Praxis

Auf den kommenden Seiten stellen wir eine kleine Auswahl von bisher geförderten BPUP Projekten vor. Eine Übersicht aller Projekte ist auf der Website des BPUP zu finden: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/>

Gecekondu Plus / Das Gecekondu als Medium

Kotti & Co, Kotti-Coop e.V. und image-shift
Kottbusser Tor, Kreuzberg
2021

Das Gecekondu, eine 2012 im Rahmen einer mietenpolitischen Besetzungsaktion von **Kotti & Co** errichtete Holzhütte am Kottbusser Tor, ist ein zentraler Ort der Nachbarschaft. Als täglich frequentierter Lern-, Begegnungs- und Erinnerungsort vermittelt es die Geschichte eines rebellischen, migrantischen Kreuzbergs und stand symbolisch für solidarischen Widerstand gegen Verdrängung und Rassismus. **Gecekondu Plus** erweiterte dieses Symbol gezielt: Am Gecekondu und im öffentlichen Raum entstanden neue, partizipativ entwickelte Ausstellungsfächen mit künstlerischen, politischen und kreativen Beiträgen. Nach Projektende wurden diese Flächen Initiativen, Künstler*innen und gemeinwohlorientierten Gruppen als dauerhaftes Sprachrohr im öffentlichen Raum überlassen.



Gecekondu Plus (2021) © Kotti & Co / Sandy Kaltenborn



Gute Aussichten: Operation Himmelblick von Stadtgewitter e.V. (2024) © Operation Himmelblick

Operation Himmelblick: Hochgarage

Stadtgewitter e.V.
Mitte und Wedding
2021 und 2024

Bereits 2021 erforschte **Stadtgewitter e.V.** die Plattenbaudächer der Leipziger Straße für gemeinschaftliche Nutzungen. **HOCHGARAGE** von **Operation Himmelblick** machte den sonst privaten und verborgenen Raum der Garage für die Öffentlichkeit zugänglich und hob ihn symbolisch auf ein leerstehendes Parkdeck am **Cittipoint** in der Müllerstraße. Auf über 2000 m² ungenutzter Fläche entstand im Sommer 2024 ein offener Treffpunkt für den Kiez. Gemeinsam mit der Nachbarschaft wurden unter freiem Himmel Projekte umgesetzt und das Potenzial gemeinschaftlich genutzter Dachflächen erforscht. Mit Blick auf weitere leerstehende Parkdecks bot die HOCHGARAGE Raum für Visionen, Austausch sowie ein vielfältiges Programm aus kreativen, kulturellen und sozialen Aktivitäten, das von Initiativen und Bewohner*innen aktiv mitgestaltet wurde.



Freiraumlabor von KUKO Kollektiv für Kulturökologie (2021) © Freiraumlabor

Freiraumlabor

KUKO Kollektiv für Kulturökologie
Dammweg, Neukölln
2021 und 2022

Mit der Öffnung des ehemaligen Schulgartens am **Dammweg** schuf die **Berlin Mondiale** temporär einen neuen öffentlichen Grünraum für die Nachbarschaft. Das **Freiraumlabor** begleitete diesen Prozess partizipativ vor Ort und dokumentierte die kollektive Aushandlung von Nutzung und Bedürfnissen. Herzstück war eine multisensorische, mobile Bibliothek als Archiv, Begegnungs- und Rechercheraum zu Fragen der Kulturökologie. Das barrierearme Angebot förderte kulturelle Produktionen der Anwohner*innen, demokratisierte Wissen und verband formales und informelles Lernen.



Kiosk Of Solidarity von Constructlab e.V. (2023) © Monika Keiler

Kiosk Of Solidarity

Constructlab e.V.
Mehrere Orte in Berlin
2023 und 2024

Der **Kiosk of Solidarity** wurde 2023 und 2024 gefördert und intervenierte in die umkämpften gesellschaftlichen Felder: Arbeit, Gesundheit und Wohnen in Berlin. Über 20 Initiativen nutzten ihn temporär an unterschiedlichen Orten, um solidarische Praxis sichtbar zu machen. In vielfältigen Formaten brachte der Kiosk Initiativen, Nachbar*innen, Mitstreitende und Wissenschaftler*innen zusammen. Das Projektteam und Studierende der Technische Universität Berlin unterstützten bei Gestaltung, Logistik, Genehmigungen, Dokumentation und Finanzierung. Ziel war es, marginalisierte Gruppen zu stärken, Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu schaffen und Vernetzung zu fördern. Der Kiosk ist weiterhin in ganz Berlin unterwegs.



Pool Potentials Projektwerkstatt von Genua e.V. (2023) © Izqjerdo

Pool Potentials

Genua e.V.
Berliner Freibäder
2021 und 2023

Pool Potentials setzt sich als Interessenvertretung für Wechselnutzungen der Berliner Freibäder ein. Im Fokus stand der erhebliche saisonale Leerstand der Berliner Sommerbäder, die im Durchschnitt bis zu 8,5 Monate im Jahr ungenutzt blieben. Durch multimethodische Recherchen, einen öffentlichen Ideenaufwurf, Gesprächsformate, einen Dokumentarfilm sowie Aktionen vor Ort, wurden die Potenziale dieser rund 500.000 m² großen Flächen untersucht und öffentlich diskutiert. Aufbauend auf breitere Resonanz wurde ein konkretes Pilotkonzept für saisonale Mehrfachnutzungen im **Sommerbad Kreuzberg** gemeinsam mit lokalen Akteur*innen entwickelt und präsentiert.



African Street Games Festival von Mayibuye e.V. (2023) © Thabo Thindi

African Street Games Festival

Mayibuye e.V.
Lausitzer Platz, Kreuzberg
2023

African Street Games Festival brachte traditionelle Straßenspiele aus verschiedenen afrikanischen Ländern nach Berlin und machte sie einem breiten Publikum zugänglich. An mehreren interaktiven Spielstationen lernten die Besucher*innen Spiele kennen, die gemeinschaftlich gespielt wurden und unterschiedliche Menschen zusammenbrachten. Die Spiele basierten überwiegend auf natürlichen Materialien wie Steinen, gegrabenen Löchern oder Linien im Boden, ergänzt durch Spielgeräte aus recycelten Materialien wie alten Fahrradreifen, Draht oder Stoffresten. Das Festival förderte interkulturellen Austausch, Nachhaltigkeit und niedrigschwellige Begegnungen im öffentlichen Raum.



Tour 2024: Stimmen im öffentlichen Raum von Mestizx (2024) © Lucila Guichón

MEHR-SPRACH-ICH (2023) und Tour im Öffentlichen Raum (2024)

Mestizx Berlin Kollektiv
Buch, Pankow
2023 und 2024

Mehr-Sprach-Ich entwickelte neue Narrative über das Leben in Berlin-Buch und Karow. Gemeinsam mit lokalen Akteur*innen, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln – darunter Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, Willkommensklassen und Expert*innen aus Migrant*innenorganisationen – wurden Stimmen aus dem Stadtteil sichtbar und hörbar gemacht. In Workshops an Schulen, Kultur- und Nachbarschaftsorten, Multiplikator*innen-Laboren sowie öffentlichen Aktionen entstanden Soundinstallationen, mehrsprachige Poetry- und Rap-Sessions, Konzerte, Tanz und partizipative Performances. Die Perspektiven der Teilnehmenden wurden in persönlichen Audiobeiträgen gesammelt und im **AUDIO-THEKA RAUM**, einer mobilen aufblasbaren Installation, sowie in der Bibliothek Buch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



Walden Memory Beach von Künstlerhof Frohnau e.V. (2023) © Karam Ghossein

Walden: Memory Beach

Künstlerhof Frohnau e.V
Frohnau
2023

Walden: Memory Beach war ein eintägiges Festival für zeitgenössische Musik und Performance im Frohnauer Wald am ehemaligen Grenzstreifen. Der historisch verletzte Ort, seit über 100 Jahren Rückzugsraum für Ausgegrenzte, wurde zu einem Erfahrungs- und Begegnungsraum für Anwohner*innen, Künstler*innen und Besucher*innen. Performances, Konzerte, Gespräche und geführte Spaziergänge näherten sich der Geschichte und Gegenwart des Ortes und fragten nach Gemeinschaft im geteilten, verwundeten Raum. Partizipative Formate und eine performative Führung verbanden die Beiträge poetisch. Kuratiert von SHIN Hyo Jin, Otto Oscar Hernández Ruiz, Katja Hock und Kaya Behkalam.

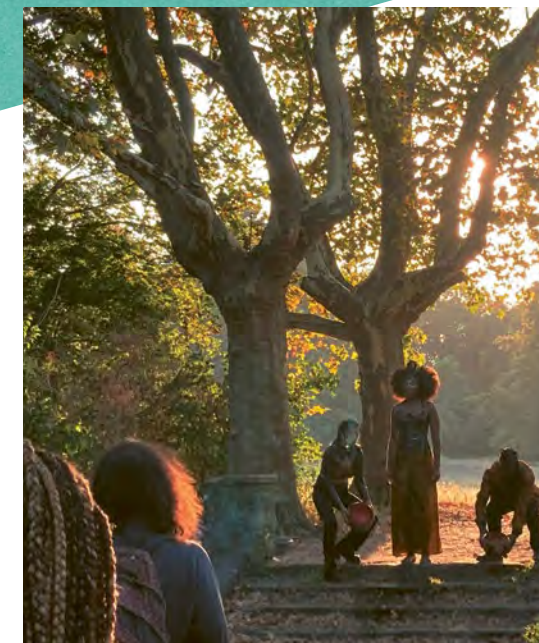


5 Elements von Korea Town Berlin (2024)
© Minkyung Choi

5 Elements – Treppenkonzerte mit und für die Nachbarschaft

KTB – Korea Town Berlin
Kindl-Treppe, Neckarstraße, Neukölln
2024

KTB ist eine Community von Künstler*innen, Aktivist*innen und Unternehmer*innen mit Bezug zu Korea. Mit **5 Elements** legten sie den Grundstein für eine zukünftige koreanische Community-Markthalle auf dem Kindl-Areal. Ziel war es, der koreanischen Diaspora einen sicheren Ort zu geben und Brücken zwischen unterschiedlichen Lebenswelten zu schlagen. Die vernachlässigte Treppe am **Kindl-Areal** wurde gemeinsam mit der Nachbarschaft mit einem großformatigen koreanischen Mural gestaltet. Anschließend verwandelte sich der Ort in eine öffentliche Freiraumbühne für fünf Nachbarschaftskonzerte, bei denen jeweils eine koreanische und ein*e lokale*r Musiker*in auftraten. Das letzte Konzert fand anlässlich der Hangawee-Feiertage statt (koreanisches Erntedankfest). Das Projekt machte marginalisierte Künstler*innen sichtbar. Es verband Berlin und Seoul, Subkultur und Mainstream.



Djabama Land von Liquid Mountain und Avant-Scène (2024) © Liquid Mountain

Djabama Land

Liquid Mountain und Avant-Scène
Berlin und Yaoundé
2024

Das kollaborative Kunstprojekt **Djabama Land** (Land des Willkommens) thematisierte persönliche Geschichten des Ankommens und Lebens zwischen Berlin und Yaoundé, Kamerun. Im Fokus standen migrantische Perspektiven: Kameruner*innen in Berlin und Deutsche in Yaoundé. Herzstück war eine öffentliche Veranstaltung am 7. September 2024 mit einem performativen Stadtspaziergang durch das Afrikanische Viertel Berlins, sowie einem kulinarischen Workshop mit Live-Schaltung nach Yaoundé. In Zusammenarbeit mit Akteur*innen mit Kamerun-Bezug und Berliner*innen mit Migrationserfahrung förderte das Projekt interkulturellen Dialog und würdigte lokale Vielfalt.



Rückblick auf die stadt_formen Konferenz 2025

Berliner Projektfonds Urbane Praxis

Bereits zum zweiten Mal fand am 12. November 2025 die **stadt_formen** Konferenz des Berliner Projektfonds Urbane Praxis statt. Über 200 Teilnehmende kamen aus den verschiedenen Themenfeldern der Urbanen Praxis zusammen, um über Herausforderungen und Strategien in der Urbanen Praxis zu diskutieren, sich zu vernetzen und auszutauschen. Ziel der Konferenz war das vielfältige Wissen von Expert*innen der Urbanen Praxis zu bündeln, Erfahrungen aus unterschiedlichen Kontexten zusammenzuführen und neue Perspektiven sichtbar zu machen.

Mary Dellenbaugh-Losse gab mit ihrer Keynote einen Einblick zu Beispielen der Urbanen Praxis im internationalen Kontext, Lynhan Balatbat-Helbock stellte das Projekt **Colonial Neighbours** vor und brachte hiermit die Perspektive von dekolonialen Ansätzen mit ein. Auch Peter Fox, der 2024 mehrere eintrittsfreie Open-Air Konzerte im öffentlichen Raum organisierte und somit auch die Herausforderung von Kulturveranstalter*innen und Genehmigungspraxis kennt, appellierte in seinem Grußwort bei den Behörden und Verwaltungen für einen Wandel von Verhinderungskultur zur Ermöglichungskultur. Angesprochen wurde auch, wie wichtig vor allem Nachwuchs- und Jugendförderung im Kulturbereich sei und dass es Flächen für Urbane Praxis braucht.

In insgesamt 13 Workshops wurden Inputs gegeben, Wissen vermittelt, Forderungen gestellt und Kontakte ausgetauscht. Auf dem Panel diskutierten Daniel Wesener (Bündnis 90/Die Grünen), Mathias Schulz (SPD), Tobias Schmidt-Pathenheimer (Senatsverwaltung

für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt) und Prince Ofori (**MINCE e.V.**) über die Zukunft der Urbanen Praxis und die aktuelle Situation der Haushaltskürzungen im Kulturbereich.

Im Zentrum der Konferenz stand die Frage, wie Urbane Praxis in all ihren Facetten gedacht, sichtbar und erfahrbar werden kann. Dazu wurde gemeinsam erkundet, wie Draußenkultur neue Räume eröffnet, von städtischen Freiflächen bis hin zu Wasserflächen, und welche gesetzlichen Rahmenbedingungen bzw. Genehmigungsprozesse ihre Umsetzung ermöglichen oder begrenzen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Teilhabe und Barrierefreiheit: Wie können Barrieren in Kulturveranstaltungen abgebaut werden und welche Gruppen werden vom Stadtraum ausgeschlossen?

Auch dekoloniale Ansätze spielten eine wichtige Rolle, so etwa bei der Auseinandersetzung mit kolonialen Spuren im Stadtraum,

beim Kartografieren und bei den unterschiedlichen künstlerischen Formaten, um koloniale Strukturen sichtbar zu machen und machtkritische Strategien einzubeziehen. Außerdem wurde diskutiert, wie die Kulturproduktion von Gastarbeiter*innen und migrantischen Communities in der Vergangenheit und gegenwärtig den Stadtraum prägt und geprägt hat – und warum diese Kulturproduktion noch so wenig in Archiven abgebildet ist und somit unsichtbar bleibt. Grundlegende Fragen der Urbanen Praxis standen dabei immer im Fokus: Wie lassen sich Urbane Praxis Orte definieren? Welche Strukturen braucht es, um ihre Wirkung im Stadtraum messbar und politisch wirksam zu machen? Und welche Strategien und Methoden können Machtstrukturen verschieben und Zugänge zu Kultur, Stadt und Gesellschaft für alle Stadtbewohner*innen schaffen? Wie kann außerdem eine Urbane Praxis nachhaltig etabliert und verankert werden und was brauchen Urbane Praktiker*innen, um in ihrer Arbeit unterstützt zu werden.

Auf den folgenden Seiten werden Stimmen, Fragestellungen und Zitate aus den Workshops der Konferenz abgebildet. Die Geschäftsstelle des BPUP wird die Ergebnisse, Bedarfe und Forderungen in die Arbeit der kommenden Jahre mit einfließen lassen.

“ Es ist demokratiefördernd, wenn Leute, die sich nicht so jeden Tag begegnen, zusammenkommen und ihre Stadt erleben, und jung und alt einfach zusammen feiern und Kultur erleben.“

Peter Fox, Grußwort zur Konferenz



Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch



Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch



Konferenz stadt_formen (2025) © Ivo Hänisch

Ideen und Forderungen von Teilnehmenden bei der stadt_formen Konferenz

12. November 2025

Wir brauchen eine Ermöglicungs-kultur in der Verwaltung.“

Verwaltung und Politik

Wir brauchen Orte, an denen die Diskussion gemeinsam stattfindet – nicht nur getrennt in Verwaltung und Kulturszene.“

Volksvertreter*innen müssen wieder das Gemeinwohl und nicht eigene Politikinteressen vertreten.“

Die Spree fließt heute schon gelegentlich rückwärts.“

Gemeinwohl und Gewässer

Die Spree ist die größte, ungenutzte Brachfläche Berlins. Wir müssen die Spree den Berliner*innen und Berlin zurückgeben.“

Orte der Urbanen Praxis

Es braucht ein langfristiges, vollständiges und aktuelles Liegenschaftskataster, das Kulturorte berücksichtigt.“

Die Genehmigungspraxis ist hochgradig uneinheitlich, intransparent und abhängig von Bezirken, Sachbearbeitenden und Parteibuch.“

Gemeinsame Narrative sollen gestärkt werden.“

Migrationsgeschichte

Wie kann Berlin das Verschwinden migrantischer Orte im öffentlichen Raum sichtbar machen?“

Wer kontrolliert die Archive unserer Erinnerung?“

Wer besitzt die Macht über Stadtgeschichte?“

“ Koloniale Spuren sollen im Berliner Stadtraum sichtbar gemacht werden.“

Dekoloniale Ansätze

“ Interventionen im Stadtraum haben eine besondere Wirkungsweise: Sie erreichen Menschen unmittelbar, oft im Vorbeilaufen und öffnen neue Zugänge zu komplexen Themen.“

“ Lokale Erinnerungspraxis kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss in Beziehung zu den historischen Orten und Communitys gebracht werden, auf die sie sich bezieht.“

“ Es soll ein digitales, transparentes Antragsportal mit klaren Zuständigkeiten und Formularen eingeführt werden für Genehmigungen.“

“ Kultur ist gesetzlich nicht als öffentliches Bedürfnis anerkannt, was Draußenkultur erschwert“

“ Es braucht eine Ausweisung geeigneter Flächen mit festen Nutzungsspielräumen (z.B. alle 5 Wochen beispielbar inkl. Lärmgutachten).“

Draußenkultur

“ Es braucht eine zentrale Anlaufstelle mit Entscheidungskompetenz für nicht-kommerzielle Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum.“



” Schon in der Konzeptionserstellung sollen Taube Personen einbezogen werden.“

” Barrierefreiheit ist kein Add-on.“

” Barrierefreiheit sollte als Grundsatz verankert werden.“

Barrierefreiheit

” Herausforderungen beginnen bereits beim Wettbewerb um Fördertöpfe und bei Machtverhältnissen zwischen Fördergeber*innen und Projekten.“

” Es braucht einen Runden Tisch sowie Räume für Kultur.“

Sichtbarkeit von Urbaner Praxis

” Es sollte mehr Raum für Geschichten und qualitative Daten geschaffen werden, um Komplexität abzubilden.“

Queerfeministische Perspektiven in der Stadtplanung

” In vielen Fällen sind partizipative Prozesse in der Planung oberflächlich und versuchen nicht, unterschiedliche Stimmen zu repräsentieren. Partizipative Prozesse brauchen eine strukturelle Veränderung.“

” Individuelle Erfahrungen im Sinne von Empowerment oder individueller Veränderungen sollten im Hinblick auf Wirkungen von Projekten im Vordergrund stehen, denn nur dadurch können sich dann auch Strukturen verändern, wenn sich die Menschen verändern.“

” Es braucht öffentliche finanzielle Mittel und Planungssicherheit für den Abbau von Barrieren.“

Impressionen stadt_formen Konferenz 2025









Zwischen Jugendplatz und Tanzfläche – Wie junge BIPOC-Communitys Berlin mitgestalten

Ein Gespräch mit Jugendlichen von **Karame e.V.** und **MINCE e.V.** über Selbstorganisation, Sichtbarkeit und urbane Teilhabe und Hany vom BPUP

Berlin ist eine Stadt, die ihre Identität immer wieder neu aushandelt. Sie ist von vielfältigen Migrationsbewegungen, Sprachen und Lebensentwürfen geprägt. Im urbanen Alltag entsteht Stadtleben nicht allein durch Bauwerke und Planung, sondern durch die soziale und kulturelle Praxis jener Menschen, die ihre Nachbarschaften beleben und nachhaltig prägen. Insbesondere BIPOC-Communitys, Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, LSBTIQ+ Personen und Künstler*innen aus aller Welt prägen den Berliner Stadtraum durch vielfältige künstlerische und partizipative Praktiken – etwa durch Aktionen im öffentlichen Raum, Community-Projekte, Performances und neue Formen des Miteinanders. Ihre Beiträge sind häufig subtil, bleiben teils unsichtbar, werden aber zunehmend als urbanes Wissen sicht- und erfahrbar.

In vielen Kiezen sind migrantisch geprägte Orte wie Spätis, Asia-Shops, Imbisse oder Bäckereien zentrale Treffpunkte. Sie verbinden ökonomische und soziale Funktionen, bieten Räume für Austausch und Nachbarschaft und machen Community-Präsenz in der Stadt sichtbar. Doch der Einfluss migrantischer Communitys reicht weit darüber hinaus. In Stadtteilen wie Lichtenberg, Kreuzberg, Neukölln oder Wedding zeigt sich, wie sie Berlins urbane Realität prägen. Hier sind durch migrantische Selbstorganisation Orte entstanden, die ökonomische, soziale und kulturelle Funktionen verbinden – und damit beispielhaft zeigen, wie Stadtentwicklung von unten gelingt.

Auch in der Kunst- und Kulturlandschaft Berlins setzen Künstler*innen aus BIPOC-Communitys seit Jahrzehnten entscheidende Impulse. Festivals, Theatergruppen, Kunstausstellungen und Street-Art-Projekte werden von migrantischen Initiativen ins Leben gerufen, durchbrechen dominante Deutungen und schaffen neue Narrative für Stadt und Zugehörigkeit. Die zweite und dritte Generation wirkt dabei zunehmend gestaltend: Sie organisiert Open Air-Veranstaltungen, Urban Art-Projekte und politische Workshops, kuratiert queer-feministische und intersektionale Räume sowie partizipative Kulturprojekte.



Street Art Activism, MINCE e.V. © Tom Chansiraphet

Exemplarisch zeigt sich dies an Projekten wie **Roots Berlin**, das BIPOC FLINTA*-Personen mit Musik-, Tanz- und Kreativworkshops anspricht und Räume für Empowerment und Vernetzung bietet. Auch die inklusive Radioserie **Mixed Feelings** schafft in Kooperation mit **Refuge Worldwide** künstlerische und nachbarschaftliche Begegnungsräume mit T*tauben Künstler*innen. **Korea Town Berlin (KTB)** gestaltete mit dem 5 Elements-Projekt und der Nachbarschaft ein großflächiges Wandbild (Mural) und organisierte Treppkonzerte, die die Vielfalt im Kiez sichtbar machen. Am Oranienplatz, einem seit Jahren politisch umkämpften Ort, zeigt das **O-Platz FamFest**, wie migrantische Familien Kulturarbeit und Stadtgestaltung als gemeinschaftliche Praxis leben.

Community Outreach setzt genau dort an: Es aktiviert kreative und politische Potenziale, macht marginalisierte Stimmen hörbar und denkt Strukturen der Beteiligung neu. Im Kontext Urbaner Praxis geht es dabei um das Schaffen von Teilhaberräumen – von selbstorganisierter Jugendarbeit über intergenerationalen Lernen bis hin zu künstlerischen Aktionen im öffentlichen Raum. Doch Sichtbarkeit und Teilhabe bleiben umkämpft. Während einige migrantische Praktiken längst als selbstverständlicher Teil des Stadtlebens gelten, werden andere Formen kultureller und politischer Präsenz weiterhin marginalisiert. Community Outreach ist daher immer ein Prozess – ein stetiges Neuverhandeln dessen, wer in der Stadt sichtbar wird und wessen Praktiken Anerkennung finden. Die Frage, wer Zugänge zu Förderung, Ressourcen und öffentlicher Wahrnehmung erhält, bleibt zentral.

Wie können also Community Outreach und kulturelle Stadtentwicklung dazu beitragen, junge BIPOC-Berliner*innen zu stärken und ihre Perspektiven in der Stadt sichtbar zu machen?

Im Gespräch mit Momo (18) vom Verein **Karame e.V.** sowie Vanessa H. (26) und Prince (37) von **MINCE e.V.** erzählen sie, wie sie in der Jugendarbeit aktiv sind, was Beteiligung in der Praxis bedeutet – und wie Empowerment für junge Menschen aus migrantischen Communities konkret gelebt werden kann.

Hany: Wer seid ihr und was hat euch motiviert, euch in euren Vereinen zu engagieren?

Vanessa: Ich bin Vanessa, 26, Tänzerin aus Berlin. Ich habe in Jugendzentren angefangen zu tanzen und über ein Tanzprojekt von MINCE e.V. bin ich in den Verein gekommen. Später war ich Teil des Awareness-Teams und habe bei verschiedenen Projekten mitgearbeitet. Ich finde schön, dass bei MINCE immer viele Perspektiven zusammenkommen und man mitgestalten kann.

Momo: Ich bin Momo, 18, und seit über zehn Jahren bei Karame e.V. Da bin ich praktisch aufgewachsen. Früher war ich einfach nach der Schule hier – spielen, Hausaufgaben machen, Freunde treffen. Mit der Zeit durfte ich dann auch mitarbeiten, kleine Aufgaben übernehmen, ein bisschen Taschengeld verdienen. So ist Karame für mich zu einem zweiten Zuhause geworden.

Prince: Ich bin Prince Ofori, Tänzer und Jugendarbeiter. Ich arbeite seit fast 20 Jahren in Berliner Jugendeinrichtungen und habe 2017 MINCE e.V. gegründet, weil viele Schwarze Jugendliche keinen Ort hatten, an dem sie sich wirklich gehört und gesehen fühlten. Mit MINCE schaffen wir Räume für Sichtbarkeit, Selbstbestimmung und Austausch – oft draußen, in Parks oder offenen Räumen.

Hany: Momo, du hast beim Bau des 21er Tower mitgewirkt. Was war die Idee dahinter?

Momo: Der **21er Tower** ist ein Ort für Jugendliche, die zu alt für Karame geworden sind, aber trotzdem bleiben wollen. Wir wollten einfach einen Platz haben, wo wir chillen, reden oder Musik hören können – ohne gestört zu werden. Wir haben den Tower mitgestaltet und gebaut, mit Unterstützung von Architekt*innen und Gelaal von Karame. Heute ist es ein Treffpunkt, wo auch andere Jugendliche vorbeikommen, und das ist ein tolles Gefühl.

Hany: Prince, bei MINCE gab es das Projekt Street Dance Artivism. Wie ist das entstanden?

Prince: Während der Pandemie hatten Jugendliche keine Räume mehr. Wir haben dann draußen trainiert – in Parks, auf Plätzen – und gemerkt, dass uns die Stadtgeschichte an diesen Orten kaum bekannt war. Street Dance Artivism hat Tanz mit Stadtraumforschung verbunden: Wir haben gelernt, welche kolonialen Spuren und Geschichten in Orten wie Hasenheide, Tempelhofer Feld oder Gleisdreieck stecken. Tanz wurde so auch zu einer Form von Aktivismus und Selbstermächtigung im öffentlichen Raum.

Hany: Vanessa, was unterscheidet MINCE von anderen Jugendangeboten?

Vanessa: Bei MINCE geht es stark um Repräsentation. Schwarze Künstler*innen werden bewusst eingeladen, um kulturelle Vielfalt sichtbar zu machen. Es geht darum, die eigenen Wurzeln kennenzulernen, sich wiederzufinden, aber auch für alle Interessierten offene Räume zu schaffen. Das Bewusstsein dafür, wer teilnimmt, welche Geschichten mitschwingen, ist Teil der Arbeit. Das macht MINCE besonders.

Hany: Was braucht ihr, damit Projekte gut funktionieren?

Momo: Spaß ist das Wichtigste. Wenn man Freude hat, entstehen Ideen und Motivation. Dazu gehört Vertrauen, gute Kommunikation und Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Nur dann kann man Projekte wirklich gemeinsam umsetzen.

Vanessa: Kommunikation ist entscheidend – sich zuhören, Missverständnisse klären, voneinander lernen. Oft merkt man erst im Gespräch, wie ähnlich die Perspektiven eigentlich sind.

Prince: Und Vertrauen – den Jugendlichen etwas zutrauen. Sie können viel mehr, als man denkt. Unsere Aufgabe ist es, sie zu begleiten, nicht zu kontrollieren.

Hany: Was bedeutet es für euch, im öffentlichen Raum sichtbar zu sein?

Vanessa: Sichtbar zu sein heißt, sich Raum zu nehmen und ihn gleichzeitig für andere zu öffnen. Tanz und Kunst sind für mich Formen von Aktivismus – wir zeigen, dass Schwarze und migrantische Communitys Teil dieser Stadt sind und das Recht haben, sich zu repräsentieren.

Momo: Wenn ich am Tower bin und sehe, dass Leute dort sitzen, Musik hören und sagen: „Cool, dass ihr das gemacht habt“,

dann fühlt sich das richtig an. Viele sind überrascht, dass wir Jugendlichen das selbst gebaut haben – und genau das zeigt, wie wichtig Sichtbarkeit ist.

Prince: Sichtbarkeit bedeutet Teilhabe. Wenn bestimmte Menschen oder Gruppen in der Stadtplanung nicht mitgedacht werden, heißt das, dass sie unsichtbar gemacht werden. Es geht darum, Strukturen zu verändern, damit alle dazugehören können.

Hany: Was wünscht ihr euch für die Zukunft?

Vanessa: Ich wünsche mir, dass Tanz- und Kulturprojekte – besonders aus Bereichen wie Hip-Hop oder Afro-Fusion – denselben Stellenwert bekommen wie klassische Künste. Sie verdienen dieselbe Anerkennung und Förderung.

Momo: Ich wünsche mir, dass es wieder mehr Orte gibt, wo junge Menschen zusammenkommen – Parks, Jugendplätze, grüne Flächen. Orte, die kostenlos zugänglich sind und Begegnung ermöglichen.

Prince: Strukturell wünsche ich mir mehr Community-getragene Jugendarbeit. Menschen aus den Communitys sollten die Möglichkeit haben, selbst Träger zu sein und Projekte zu gestalten. Nur so entsteht nachhaltige Veränderung.

Hany: Zum Schluss – in einem Satz: Was bedeutet Empowerment für euch?

Prince: Selbstbestimmt leben.

Vanessa: Sich selbst treu bleiben – und andere dadurch inspirieren.

Momo: Sich selbst akzeptieren – und andere so akzeptieren, wie sie sind.



21 Tower, Karame e.V. © Bezirksamt Mitte



Wollen wir uns den Rand noch teilen?

Queer-feministische Überlegungen zur Zukunft einer diverseren Stadt

Dr. Friederike Landau-Donnelly

Rand liegen lassen
Rand aufheben
Rand in Olivenöl tunken

Das Zentrum definiert den Rand
Der Rand definiert das Zentrum
Wer ist wer? Und wie viele?
Rändern, zentrieren, dezentrieren

Struktur ist Zentrum
Struktur ist Rand
Rand ist Struktur
Rand ist Raum

Viele Ränder verderben den Teig
Zentrum strukturiert den Raum nicht allein
die Macht der Ränder ist groß
Wenn immer mehr im Zentrum stehen, ist es noch ein Zentrum?

Wenn alle an den Rändern stehen, fühlt sich dann das Zentrum allein?

Wollen wir uns doch noch den Rand teilen?



Wer formt die Stadt, und wenn ja, wie viele?

Als interdisziplinäre Stadtforscherin, politische Theoretikerin und Kulturgeographin interessiere ich mich für die vielfältigen Erscheinungsformen von „Politik“ im engeren Sinne (zum Beispiel in Form von Regeln, Gesetzen, Verboten etc.) und „dem Politischen“ im weiteren Sinne. Das Politische umfasst meinem Verständnis nach unterschiedlichste Formen von politischem Ausdruck und Aktion. Das Politische kann sich zum Beispiel zeigen, indem mensch einer Person in der Straßenbahn einen Sitzplatz anbietet oder im Trinkgeld geben. Indem wir uns öfters im geteilten öffentlichen Raum bedanken, oder indem wir rechte/Nazi*-Sticker, die zunehmend in öffentlichen Räumen Sichtbarkeit einnehmen, überkleben. Auch Pfandflaschen für Flaschensammler*innen neben Mülltonnen zu stellen gehört dazu. Das Politische in (groß)städtischen Kontexten kann sich auch als multi-sensorische Fürsorge ausdrücken, zum Beispiel als Rücksichtnahme auf neurodivergente Menschen, die auf städtische, reizvolle, dichte Umgebungen stärker und/oder anders reagieren als sogenannte neurotypische Personen. Fürsorge kann sich dann darin ausdrücken z. B. geräuschärmer zu telefonieren, sich leise(r) zu unterhalten, wenig(er) Parfüm aufzutragen, keine gekochten Eier im öffentlichen Nahverkehr zu verspeisen oder ähnliches.

Im Hinblick auf das Thema dieses Dossiers – stadt_formen – und Zugänge zu einer queer-feministischen Stadt – möchte ich in diesem Essay das Politische als Potenzial vorschlagen, um Städte, Räume und deren Zukünfte diverser zu gestalten. Im Rahmen des Politischen verstehe ich Unterschiede bzw. Ungleichheiten nicht per se als Problem oder etwas Negatives, sondern als wertvolle Chance, Verbindung und Ressource für die gemeinschaftliche Entwicklung einer vielfältigeren Stadtgesellschaft. Das Politische ist eng mit einem konstruktiven Verständnis von Konflikt verbunden, in dem Konflikt nicht kategorisch als Bedrohung, Problem oder Unannehmlichkeit verstanden wird. Statt Konflikte grundsätzlich sofort beenden, auflösen oder überwinden zu wollen, plädiere ich zum einen dafür, sie als konstitutive Grundlage unserer Gesellschaft anzufreunden, und zusätzlich, dass wir uns aktiv für das Offenhalten für Meinungsverschiedenheiten, Differenzen, und eben Konflikten einzusetzen.¹

Ja, Konflikt kann körperlich und psychisch gewaltsam, gar tödlich sein, wie wir anhand andauernder, verschiedener Kriege weltweit aktuell schmerzhaft bezeugen müssen. Harte,

¹ Online verfügbar unter: <https://www.fes.de/themen-portal-geschichte-kultur-medien-netz/artikelseite/kultur-politik-des-konflikts>

aggressive, sogenannte antagonistische Konflikte basieren meist auf der Missachtung, Verletzung und/oder bewussten, systematischen Diskriminierung von menschenrechtsbezogenen Werten (z. B. Schutz von Minderheitspositionen etc.). Um diese menschen(rechts)verachtenden Konflikte geht es mir hier nicht. Stattdessen argumentiere ich für sogenannte agonistische Konflikte – also solche, die die (wenn auch liberalen und in gewissem Sinne westlichen) Spielregeln von Freiheit und Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit für „alle“ einfordern, praktizieren und bei Verstößen auch sanktionieren. Die agonistische Aushandlung von Konflikten kann in diverser städtischer Praxis von Planung und Politikgestaltung Raum einnehmen und mitgestalten, indem verschiedene Stimmen und Positionen zum Sprechen und Handeln kommen. Dies geschähe im Zentrum der Macht, das eigentlich immer nur übergangsweise „besetzt“ bzw. „voll“ ist. Außerdem zählt in einem agonistischen, konfliktfreundlichen Szenario von Stadtgestaltung nicht nur, wer oder was im Zentrum steht, sondern: die Ränder regieren mit. In einer queer-feministischen Stadt braucht es Feminist*innen und Feminismen unter-

schiedlichster Art.² Ich wende den Begriff queer nicht nur als Adjektiv für die Bezeichnung nicht-heterosexueller Lebenswelten und Geschlechteridentitäten und Sexualitäten an, sondern auch als politisches Verb oder Praxis, die binäre Politik- und Machtvorstellungen sowie Entscheidungsmodelle infrage stellt. Eine queer-feministische Stadt ist sich ihrer Ambivalenzen und Konflikte selbst bewusst und beharrt nicht darauf, immer bzw. für immer im Recht zu sein. Stattdessen lädt eine queer-feministische Stadt sich selbst und „alle“ dazu ein, einen Dialog über eigene Grenzen und Möglichkeiten zu entfalten. Lasst uns überlegen, was für eine Rolle Zentren und Ränder in diesem Dialog spielen könnten.

2 In der Diskussion um eine feministische Stadt als urbane Utopie lege ich ein weites Verständnis von Feminismen und Feminist*innen zugrunde. Feminist*innen können Menschen jeglicher Geschlechtsidentitäten und -repräsentationen sein. Wichtig ist, innerhalb der vielfältigen Erscheinungsformen von Feminismus – und für die Vorstellung der feministischen Stadt – anzuerkennen, dass es bei Feminismus um mehr als die schiere Integration von Frau*en oder weiblich*en Perspektiven geht. Nämlich um das Einnehmen von gänzlich neuen Perspektiven, die nicht nur über reduktionistische, diskriminierende binäre Vorstellungen von feministisch/nicht-feministisch, männlich/weiblich etc. hinausgehen, sondern insgesamt Grundannahmen infrage stellen, bzw. immer wieder zur Diskussion stellen. Diese Praxis bezeichne ich als queer(en) im Sinne eines politischen Verbs. Mit dieser Sensibilität möchte ich deutlich machen, dass es große Unterschiede und Mehrfachdiskriminierungen in gelebten Erfahrungen als Frau* oder Mann* in nicht so feministischen Städten gibt. Faktoren wie Kinder- und/oder Care-Arbeit (z. B. Pflege von älteren und/oder eingeschränkten Angehörigen), die eigenen körperlichen und kognitiven Fähigkeiten, Arbeits- und Familienmodelle, sprachliche, ethnische, religiöse, kulturelle Hintergründe etc. beeinflussen das Erleben einer mehr oder weniger feministischen Stadt. Zudem gibt es teils in Spannung stehende (Generationen von) Feminismen, eben im Plural, die auf unterschiedlichen Identitätskonzepten und -annahmen aufbauen. Innerhalb dieser Unterschiedlichkeit lehne ich diskriminierende „Feminismen“ wie TERFS (trans-exclusionary radical feminists) und/oder SWERFS (sex worker-exclusionary radical feminists) vehement als diskriminierend ab und beziehe mich explizit auf einen intersektional-inklusiven Feminismus.

Das Zentrum und die Ränder

Was bedeutet es nun, den Rand oder die Ränder, die ich im Gedicht oben angesprochen habe, als Bestandteil einer queer-feministischen Stadt zu denken? Was kann ein neuer Blick auf Ränder für eine inklusive, gerechtere und queer-feministischere Stadt leisten?

Hierfür liefert Barbara Willecke in der BauNetzwoche „Über gendergerechtes Planen“¹ einen wertvollen Denkanstoß, der sich auch im Eingangsgedicht wiederfindet. Willecke appelliert dafür, viele Ränder zu produzieren. Was ich daran spannend finde, ist der Impuls, in eine „Mehrheit der Ränder“ zu investieren, anstatt immer mehr Menschen und Positionen in die Mitte oder das Zentrum zu holen, oder zu integrieren.² Diese – vielleicht etwas provokative – Überlegung soll uns konstruktiv herausfordern, darüber nachzudenken, wie das mit einer gruppenspezifischen Inklusion realisierbar sein kann. Klar, Inklusion und Integration sind strategisch weiterhin wertvolle Begriffe, um historische Ungleichheiten, Rassismen und Diskriminierungen abzubauen; dem Inklusionsgedanken wohnt aber auch ein durchaus paternalistischer Grundgedanke inne, dass es „Draußen“ – im Zentrum „besser“ als an den Rändern. Im Sinne von Max Czolleks' *Desintegriert euch!*³ schlage ich für eine queer-feministische Stadtgestaltung jedoch vor, die Mehrheitsgesellschaft so infrage zu stellen, dass mehrstimmige, diverse Formen von Gemeinschaft, Nachbar*innenschaft und Öffentlichkeit Anspruch auf das Zentrum erheben können, ohne das Zentrum

1 Judith Jenner (2025): Alle im Blick. Über gendergerechtes Planen. In: BauNetzWoche #672. Online verfügbar unter: https://www.baunetz.de/baunetzwoche/baunetzwoche_ausgabe_9947136.html

2 Diese Gedanken sind zudem von bell hooks' Essay „Choosing the Margin as a Space of Radical Openness“ (1989) geprägt. Online verfügbar unter: https://www.ias.edu/sites/default/files/sss/pdfs/Crisis-and-Critique-2018-19/hooks_choosing_the_margins.pdf

3 Max Czollek, Hanser (2018): *Desintegriert euch!*. Online verfügbar unter: <https://www.hanser-literaturverlage.de/buch/max-czollek-desintegriert-euch-9783446261433-t-2776>

als die einzige Daseinsform von politischer Ausdrucksstärke oder Macht zu zementieren. Ränder nehmen eine wichtige Rolle ein, wenn es um die Diversifizierung von Stadt und Gesellschaft geht, können und dürfen aber nicht komplett das Ruder übernehmen. In Zeiten gesellschaftlicher und politischer Polarisierung erleben wir, wie sich extreme politische Überzeugungen an rechten und linken Rändern des politischen Spektrums sammeln. Dem Rand wohnt also auch eine gewisse Gefahr inne, auch nicht „alle“ im Blick zu haben. Mein Plädoyer ist letztlich, Ränder als diverse Perspektiven, Positionen und Praktiken so zu betrachten, dass den Rändern nicht die Last eines Imperativs zur Inklusion zugrunde liegt. Das Paradigma von mehr Inklusion führt nicht automatisch dazu, dass für alle mehr Zugänge zu Macht entstehen, sondern verschiebt das Problem. Auch wenn mehr und/oder andere im Zentrum stehen und sprechen, haben immer manche Macht inne und andere eben nicht. Auf die ‚additive‘ Logik, also mehr Inklusion als Teil der Lösung, ist in Zeiten, in denen Inklusions- und Diversitätsmaßnahmen von konservativen Regierungen und/oder solchen mit gesichert rechtsextremer Gesinnung weggekürzt und so depriorisiert und (re)marginalisiert werden, also kein Verlass. Egal wie viel Diversitätsförderung es gibt, es fällt immer irgendjemand hinten runter; der Kuchen ist und bleibt klein. Die inkludierende Idee holt zwar vermeintlich immer mehr ins Zentrum – aber den Anspruch zu erheben, selbst mal im Zentrum stehen zu wollen, dürfen oder müssen, verstärkt bestehende Machtungleichheiten und Ausschlüsse im schlimmsten Fall nur. Die queer-feministische Gegenfrage lautet dahingegen: Wollen und können wir das Zentrum der Stadt entgrenzen, dezentrieren und Macht dadurch eher grundsätzlich infrage stellen anstatt uns nur unseren Anteil zu sichern?

Wie Kathrin Wiermer, Svava Riesto und Elena Spatz in der Bauwelt mit dem wichtigen Titel „Care und Share“⁴ sagen: „Wir sollten

4 BAUWELT – Marie Bruun Yde (2025): „Helden nicht durch Heldinnen ersetzen“, Ausgabe 12, 2025 vom 03.06.2025. Online verfügbar unter: <https://www.bauwelt.de/rubriken/interview/careshare.-Women-in-Architecture-Festivals-4251124.html>

Held*en nicht nur Held*innen ersetzen“, also das Problem von Vorherrschaft verrücken. Stattdessen müssen wir Macht und Marginalisierung zusammendenken, denn das eine bedingt das andere. Das Innen bedingt das Außen; das Innen braucht das Außen; das Außen ist nicht automatisch unterdrückt oder unterdrückend, sondern kann auch eine eigene wunderschöne Handlungsmacht haben, um Identitäten zu bilden, für sich selbst zu sprechen und selbstermächtigt Stadt zu gestalten, wie bell hooks in ihrem wichtigen Essay „Choosing the Margin as a Space of Radical Openness“ bereits 1989 (!) angesprochen hat.

Das Zentrum und die Leere(n)

Mein zweiter Vorschlag für die queer-feministische Stadt verbindet das Begriffspaar des „Innen“ und „Außen“ mit der Forderung, im sogenannten Zentrum mehr Platz für Leere zu machen. Inspiriert vom französischen Philosophen Claude Lefort⁵, welcher vom „leeren Ort der Macht“ spricht, macht dieses Bild Raum für ständige (Selbst)Auseinandersetzung und Selbsterneuerung. Das heißt, niemandem gehört „die Macht“ permanent oder per se. Keine demokratisch erlangte Macht, Meinung oder gebaute Umwelt/Stadt kann sich permanent im Zentrum halten – wenn ihr das gelänge, wäre sie nicht mehr demokratisch, und in diesem Sinne auch nicht mehr agonistisch oder konfliktumarmend, sondern antagonistisch und somit unterdrückend. Die Mitte oder das Zentrum sind immer nur temporär gefüllt und brauchen deswegen stets Rückversicherung und Austausch, der im Idealfall wie oben beschrieben agonistisch abläuft. Wenn das Zentrum der Demokratie grundsätzlich als leer empfunden und auch als leer bewahrt wird, muss es immer wieder neu befüllt werden – mit demokratischen Mehrheiten, die Raum für die Rechte von Minder- und

Mehrheiten produzieren und beschützen. Mit Leere im Zentrum entstehen neue Räume für die Aushandlung von bunter Verschiedenheit – und manchmal auch kreativem Konflikt. Abschließend schlage ich also vor, die ständige Auseinandersetzung und temporäre Neubesetzung des leeren Orts der Macht für unvorhergesehene, erfinderische und solidarische Umgangsformen, Kommunikations- und Planungskulturen bereit zu halten. Das Bewusstsein, dass das Zentrum niemandem so richtig gehört, setzt neue gedankliche, räumliche und planerische Ressourcen frei, um Stadtgestaltung demokratischer, handlungsfähiger und weniger starr und binär zu machen. Diese neue urbane Diversität, die ihr sowohl Innen und Außen als leeren Ort der Macht für Konflikte offenhält, macht dann hoffentlich richtig Lust auf eine queer-feministische Stadt.



Dr. Friederike Landau-Donnelly (*1989, sie/they) ist intersektionale Politikwissenschaftlerin, Stadtsoziologin und Kulturgeografin. Sie ist derzeit Gastprofessorin für Sozial- und Kulturgeographie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Weiterhin arbeitet sie an einer Monografie über konfliktuelle Museen in Kanada und Indien. Friederike schreibt über künstlerischen und affektiven Aktivismus, Raumtheorie, Kunst im öffentlichen Raum und umstrittene Kulturpolitik. Außerdem ist sie #PoeticAcademic: <https://friederikelandau.com/poeticacademic/>.

⁵ Accetti, Carlo. Claude Lefort: „Democracy as the Empty Place of Power“. In: *Thinking Radical Democracy: The Return to Politics in Post-War France*, University of Toronto Press, 2015. Online verfügbar unter: <https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.3138/9781442621992-006/html?lang=en>

Barrierefreiheit in Urbaner Praxis – Perspektiven am Beispiel der Modellfläche TXL

Ein Interview vom Berliner Projektfonds Urbane Praxis mit der Initiative Barrierefrei Feiern

BPUP: Habt ihr Lust euch einmal vorzustellen und zu erklären, was ihr macht?

IBF: Wir sind Martin Schienbein und Franziska Lammers von der **Initiative Barrierefrei Feiern (IBF)**, ein bundesweites Kollektiv aus Menschen mit Behinderung und ihren Verbündeten ohne Behinderung. Gemeinsam setzen wir uns für barrierefreie Kulturangebote ein. Über unsere angeschlossene Beratungsagentur **WIR KÜMMERN UNS (WKU)** vermitteln wir geschulte Expert*innen in eigener Sache, die Veranstaltende und Kulturschaffende bei der Entwicklung inklusiver Strategien beraten und begleiten. Unser Ziel ist es, Barrierefreiheit nicht als Zusatz, sondern als festen Bestandteil von Kulturplanung zu verankern: vor, auf und hinter der Bühne. Dabei ist für uns das erste Inklusionsgebot „Nichts über uns ohne uns“ zentral, weil nachhaltige Veränderungen nur gelingen, wenn Menschen mit Behinderung von Anfang an in Planung, Entscheidung und Umsetzung involviert sind.

BPUP: Ihr wart bei der Modellfläche TXL von 2022–2024 für die Prozessbegleitung und Beratung in Bezug auf Barrierefreiheit verantwortlich. Könnt ihr eure Rolle einmal erklären?

IBF: In unserer Verantwortung lag es, das Projekt „**Modellfläche TXL – Frachtkantine**“

in Tegel von Beginn an fachlich zu begleiten, mit dem Ziel, eine Blaupause für barrierefreie Veranstaltungsplanung im öffentlichen Raum zu schaffen. Wir haben den Prozess sowohl hinsichtlich baulicher als auch organisatorischer und kommunikativer Fragestellungen begleitet: durch Bestandsaufnahmen, Begehungen mit Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, Handlungsempfehlungen und Sensibilisierungsworkshops für alle Beteiligten.

Unser Anspruch war es, Barrierefreiheit als strategische Querschnittsaufgabe zu verankern. Nicht als Sonderthema, sondern als grundlegendes Qualitätsmerkmal urbaner Praxis.

BPUP: Welche Erkenntnisse oder offenen Fragen aus dieser Erfahrung nehmt ihr mit, wenn ihr auf die Entwicklungen dort blickt?

IBF: Ein gelungenes Beispiel war die frühe Einbindung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in die Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung auf der Modellfläche TXL. Dadurch wurde deutlich, dass Teilhabe von Anfang an nicht nur Barrieren sichtbar macht, sondern auch die Qualität von Planungsprozessen insgesamt verbessert. Viele Lösungen, etwa bei Geländeübergängen oder beim Zugang zur Bühne, entstanden erst durch die gemeinsame Betrachtung aus verschiedenen individuellen und fachlichen Perspektiven.

Gleichzeitig zeigte sich aber auch: Ohne klare Zuständigkeiten bleibt Barrierefreiheit oft defizitär. Wenn Entscheidungen zu spät oder ohne Rücksprache mit uns als Fachstelle getroffen wurden, entstanden vermeidbare Planungsmängel, die später nur schwer oder gar nicht korrigiert werden konnten. Offen bleibt daher die Frage, wie Projekte, die auf Offenheit und Beteiligung setzen, gleichzeitig genug Struktur und Verbindlichkeit schaffen können, damit Barrierefreiheit nicht zwischen Zuständigkeitsgrenzen verloren geht. Da Barrierefreiheit ein Querschnittsthema ist, sind immer unterschiedliche Gewerke und Stellen für gelingende Inklusion zuständig. Ohne klar festgelegte Verantwortlichkeiten entsteht eine Dynamik, die wir als Verantwortungsdiffusion bezeichnen: wenn zwar alle zuständig sind aber niemand verantwortlich ist, entstehen letztlich immer vermeidbare Barrieren.

BPUP: Welche Barrieren konnten abgebaut werden? Wo gibt es noch Nachholbedarf?

IBF: Einige strukturelle Verbesserungen konnten umgesetzt werden, etwa stufenlose Übergänge zwischen den Geländebereichen oder ein barrierefreies Podest mit Rampenzugang. Diese sichtbaren Fortschritte zeigen, welches Potenzial entsteht, wenn Barrierefreiheit früh mitgedacht wird. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass in der praktischen Umsetzung mehrere Planungsdefizite sichtbar wurden, die im weiteren Verlauf nachjustiert werden mussten. Rampen, die in ungeeigneter Weise errichtet wurden oder Sanitärcontainer ohne sicheren Zugang seien als Beispiele genannt. Das hätte durch eine kontinuierliche und verbindliche fachliche Abstimmung von Beginn an vermieden werden können. Deutlich wurde auch, wie entscheidend ein gutes Community-Management für gelingende Barrierefreiheit ist. Es reicht nicht, Maßnahmen umzusetzen, sie müssen auch verständlich kommuniziert und zugänglich gemacht werden. Ein konsistentes Community-Management schafft hier Vertrauen, ermöglicht Rückmeldungen aus der Praxis und stellt sicher, dass Infor-

mationen über Barrierefreiheitsangebote tatsächlich bei den Menschen ankommen, die sie benötigen. Nur so kann Barrierefreiheit langfristig wirksam werden und zu einem selbstverständlichen Standard in Projekten wie TXL heranwachsen.

BPUP: In vielen Projekten der Urbanen Praxis wird Inklusion befürwortet, aber in der Umsetzung bleiben Barrieren bestehen – räumlich, organisatorisch oder in der Haltung. Woran liegt das eurer Meinung nach und was müsste sich auf struktureller Ebene ändern?

IBF: Inklusion scheitert selten an der Bereitschaft, sondern meist an ihrer fehlenden strukturellen Verankerung. Solange Barrierefreiheit nicht in Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten, Abläufe und Entscheidungsprozesse eingebaut ist, bleibt sie abhängig vom individuellen Engagement einzelner Personen. Die Umsetzung von umfangreicher Barrierefreiheit braucht jedoch mehr als gute Absichten, sie braucht feste Rahmenbedingungen, kontinuierliche Begleitung und die verbindliche Einbindung von Expert*innen in eigener Sache in allen Phasen. Nur so können Maßnahmen sinnvoll priorisiert, überprüft und dauerhaft verankert werden. Entscheidend ist, dass Barrierefreiheit nicht nachträglich ergänzt, sondern als verbindlicher Mindeststandard und selbstverständlicher Teil jeder Planung verstanden wird, auch in den Förderstrukturen. Förderrichtlinien sollten Barrierefreiheit daher nicht als optionales Zusatzmerkmal, sondern als zentrales Förderkriterium definieren.



BPUP: Wie könnte Barriereabbau als stetige Aufgabe in Strukturen und Prozesse integriert werden?

IBF: Sowohl der Barriereabbau als auch die Vermeidung des Barriereaufbaus muss als kontinuierlicher Prozess verstanden werden, der nur gelingt, wenn Menschen mit Behinderung dauerhaft beteiligt sind. Ihre Perspektive ist keine ergänzende, sondern eine zentrale fachliche Kompetenz. Das bedeutet, dass Expert*innen in eigener Sache nicht nur punktuell eingebunden, sondern als fester Teil von Teams und Entscheidungsstrukturen mitgedacht werden müssen, als Projektleitungen, Berater*innen oder Produktionsbeteiligte. Nur so kann Barrierefreiheit in jedem Projekt überprüft, weiterentwickelt und langfristig verankert werden. Vergleichen wir es mit anderen Themen wie Stromversorgung oder Brandschutz: da kommt doch auch niemand auf die Idee, erst am Ende der Planung zu überprüfen, ob notwendige Standards berücksichtigt worden.

BPUP: Ihr sprecht häufig davon, dass Teilhabe nicht nur Beteiligung, sondern auch Machtverschiebung bedeutet. Wie kann das in der Praxis gerade auf einer Fläche wie TXL aussehen, wo planerische und künstlerische Prozesse aufeinandertreffen?

IBF: Teilhabe heißt nicht, dass Menschen mit Behinderung gefragt werden, was sie sich wünschen, sondern dass sie mitentscheiden, was passiert. Auf einer Fläche wie TXL, wo planerische und künstlerische Prozesse ohnehin eng miteinander verwoben sind, muss Barrierefreiheit als verbindendes Prinzip von Beginn an mitgedacht werden. Sie betrifft alle Ebenen einer Veranstaltung, vor, auf und hinter der Bühne und darf nicht als ergän-

zender Aspekt verstanden werden. Menschen mit Behinderung müssen daher in allen Bereichen beteiligt sein: als Besucher*innen, Künstler*innen, Kurator*innen, Planer*innen und Produktionsbeteiligte.

Auf einer Fläche wie TXL heißt das konkret: Wenn über Raum, Programm oder Kommunikation entschieden wird, müssen Menschen mit Behinderung verbindlich eingebunden sein, nicht nachträglich, sondern von Beginn an. Machtverschiebung bedeutet auch, dass die Deutungshoheit über Barrierefreiheit nicht bei der Projektleitung, sondern bei denjenigen liegt, die davon betroffen sind. Nur so kann Inklusion wirklich strukturell verankert werden.

BPUP: Viele Projekte wollen inklusiv arbeiten, wissen aber nicht genau, wie. Welche Formen von Wissenstransfer oder Kooperation würdet ihr euch wünschen, um Barrierefreiheit als gemeinsame Verantwortung zu verankern und nicht als „Expert*innen-Thema“ einzelner Gruppen?

IBF: Barrierefreiheit sollte als Lernprozess verstanden werden, der alle betrifft. Dazu gehören praxisnahe Fortbildungen, begleitende Prozessberatung und verbindliche Austauschformate zwischen Projektverantwortlichen, Menschen mit Behinderung und Verwaltung. Wissenstransfer funktioniert am besten dort, wo Menschen mit Behinderung aktiv als Expert*innen in eigener Sache beteiligt sind, also nicht als Inputgeber*innen, sondern als Teil des Teams. Dafür braucht es bezahlte Strukturen und institutionelle Verankerung, nicht nur freiwilliges Engagement. Echte Teilhabe bedeutet in diesem Zusammenhang auch eine Verschiebung von Macht und Verantwortung: weg von symbolischer Beteiligung hin zu gleichberechtigter Mitbestimmung. Nur wenn Menschen mit

Behinderung nicht nur vertreten, sondern entscheidungsfähig sind, wird Barrierefreiheit zu einem selbstverständlichen Bestandteil von Planung, Produktion und künstlerischer Praxis.

BPUP: Die Modellfläche TXL ist ein Gelände im Übergang. Welche konkreten räumlichen oder gestalterischen Prinzipien wären für euch zentral, um diesen Ort wirklich inklusiv nutzbar zu machen?

IBF: Das Gelände mit seinen offenen Strukturen bietet gute Voraussetzungen, um räumliche, kommunikative und organisatorische Zugänglichkeit von Anfang an zu verbinden. Räumlich heißt das: stufenlose Wege, ausreichend Bewegungsflächen, klare Orientierung und barrierefreie Sanitäranlagen. Kommunikative Barrierefreiheit meint verständliche, leicht zugängliche Informationen und barrierefreie Angebote vor Ort, etwa Gebärdensprachdolmetschung und Leichte Sprache. Organisatorische Barrierefreiheit entsteht durch klare Abläufe, konkret benannte Ansprechpersonen sowie verbindliche Zuständigkeiten in Verbindung mit übergeordneter Verantwortlichkeit.

Gerade weil TXL als Ort im Wandel gedacht ist, müssen auch temporäre Nutzungen und künstlerische Interventionen barrierefrei geplant werden. Ob Bühne, Ausstellung oder Workshop, Barrierefreiheit betrifft immer alle drei Ebenen: räumlich, kommunikativ und organisatorisch.



Eröffnung der Modellfläche TXL (2023) © Larissa Krause

BPUP: Wenn ihr in die Zukunft schaut: Wie müsste eine Urbane Praxis aussehen, die Barrierefreiheit nicht nur „mitdenkt“, sondern von ihr ausgeht? Was würde das für Projekte wie die Modellfläche TXL konkret verändern?

IBF: Eine urbane Praxis, die von Barrierefreiheit ausgeht, würde nicht erst am Ende prüfen, ob ein Raum zugänglich ist, sondern Zugänglichkeit als Ausgangspunkt jeder Planung und Gestaltung begreifen. Barrierefreiheit wäre kein Zusatz, sondern ein gestalterisches und organisatorisches Grundprinzip. Das ermöglicht letztlich erst, auch die ästhetische Komponente in Barrierefreiheitsmaßnahmen zu integrieren und zu wirklich vorbildhaften Lösungen zu kommen. Auf Projekte wie die Modellfläche TXL übertragen, hieße das: Barrierefreiheit wird von Beginn an als Gestaltungsqualität verstanden, die Ästhetik, Funktion und Nutzung miteinander verbindet.

Konkret würde sich das in klar definierten Strukturen zeigen: mit fest verankerten Mindeststandards, verbindlichen Zuständigkeiten und der kontinuierlichen Einbindung von Expert*innen in eigener Sache. Künstlerische und planerische Prozesse würden gemeinsam entwickelt, damit Inklusion nicht nur ermöglicht, sondern sichtbar wird, in der Architektur ebenso wie im Programm. Eine solche urbane Praxis würde zeigen, dass Barrierefreiheit kein Korrektiv ist, sondern eine kreative und soziale Ressource, die die Stadt für alle bereichert.

BPUP: Wo steht Berlin generell aus eurer Perspektive, wenn es um Barrierefreiheit in der Stadt und zu Kulturorten geht? (Gibt es neben den großen baulichen Veränderungen vielleicht ein paar kleine Änderungen, die die Stadt machen könnte, die vielen Menschen gleich mehr Zugänge schaffen würden?)

IBF: Berlin hat eine vielfältige und lebendige Kulturszene, doch Barrierefreiheit hängt noch immer zu stark vom Engagement Einzelner ab. In den letzten Jahren gab es zwar sichtbare Fortschritte, gleichzeitig führen massive Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich dazu, dass Barrierefreiheit vielerorts wieder zur Verhandlungssache wird. Dabei wären es oft kleine, aber entscheidende Maßnahmen, etwa die frühzeitige und barrierefreie Bereitstellung von Informationen, geschultes Personal, zugängliche Wegeführungen und inklusive Kommunikationsformate, die kulturelle Teilhabe spürbar verbessern würden.

Wenn Berlin in Zukunft eine urbane Praxis etablieren will, die Barrierefreiheit nicht nur mitdenkt, sondern von ihr ausgeht, braucht es keine neuen Leuchtturmprojekte, sondern die konsequente Umsetzung bestehender Standards: überall, dauerhaft und mit verbindlichen Strukturen. Barrierefreiheit muss Teil der städtischen Kulturpolitik, der Bauplanung und der Förderstrukturen werden. Erst wenn sie als Grundvoraussetzung verstanden wird und Menschen mit Behinderung in Planung, Umsetzung und Programmgestaltung selbstverständlich beteiligt sind, wird Kultur zu dem, was sie sein sollte: offen, vielfältig und zugänglich für alle.



Berliner Kulturkürzungen – ein inklusiver Kulturbetrieb unter Druck

Caroline Huth

Die Kürzungen des Berliner Kulturetats um 130 Millionen Euro haben die Kulturszene deutlich erschüttert. Auch wenn sie für 2026 voraussichtlich nicht ganz so drastisch ausfallen, werden vulnerable Gruppen von den Kürzungen im besonderen Maße getroffen. In der Debatte sollte der Fokus daher nicht nur auf Kulturinstitutionen, Festivals und der Freien Szene liegen, sondern auch auf Programmen und konkreten Maßnahmen zum Barriereabbau und die Folgen, die Kürzungen für behinderte Kulturtätige haben.

Der sogenannte inklusive Kulturbetrieb, wir nennen ihn hier so, ist mehr Anspruch als Wirklichkeit. Lange Zeit wurde in Berlin lediglich die Förderung einzelner Akteur*innen wie z. B. der zwei Werkstatttheater **Ramba Zamba** und dem **Theater Thikwa** als notwendig erachtet. Selbst die Umsetzung zentraler Teilhabegesetze, wie sie nach der Ratifizierung der **UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)** vorgesehen sind, wurden und werden bis heute nur schleppend umgesetzt.

Das änderte sich unter der rot-rot-grünen Koalition, die das Thema Behinderung und Barrierefreiheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstand. Neben der Förderung von Werkstatttheatern, unterstütze sie auch darin, Infrastruktur für behinderte Kulturtätige bzw. einen inklusiven Kulturbetrieb aufzubauen. Beispielhaft zu nennen sind hier die **IMPACT-Förderung**, **Diversity Arts Culture**, die Fördersäule **Durchstarten**, des **Projektfonds Kulturelle Bildung**, das Mentoring Programm für behinderte Künstler*innen **Making A Difference**, oder der **Berliner Spielplan Audiodeskription**.

Zeitgleich wurden erste Schritte unternommen, um die Angebote des Kultursenates auf Zugänglichkeit und Barrierefreiheit hin zu überprüfen. Hierbei ist die Kulturverwaltung sowohl von Diversity Arts Culture als auch von der Arbeitsgemeinschaft „Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen“ begleitet und beraten worden. Hervorzuheben ist die sukzessive Erarbeitung von barrierefreien Antragssystemen und die Entwicklung und Bereitstellung alternativer Lösungen (Access-Zugänge zu Berliner Kulturförderung erleichtern, unterstützen Personen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen die Hürden bei Förderanträgen haben¹). Ebenso ist die freiwillige Schulung von Jurymitgliedern im Hinblick auf ein besseres Verständnis von Barrierefreiheit und Disability Arts ein wichtiger Meilenstein, für eine Gruppen von Menschen, die oft erfahren musste aussortiert zu werden. Beide Maßnahmen wurden begonnen, jedoch bei weitem noch nicht abgeschlossen.

¹ ACCESS-Zugänge zur Berliner Kulturförderung, in: Performing Arts Programm Berlin, <https://access.pap-berlin.de/de>, zuletzt abgerufen: 19.11.2025



Konferenz *stadt_formen* (2025) © Ivo Hänisch

Zu begrüßen wäre beispielsweise eine verstärkte Repräsentation von behinderten Künstler*innen in Jurys. Die Übernahme von Accesskosten in Förderanträgen, also Barrierefreiheitskosten, die es ermöglichen, ein Projekt für ein Publikum und die Künstler*innen selbst zugänglich zu machen, ist diskutiert, jedoch nur unzureichend umgesetzt worden. Größere Förderprogramme wie der Hauptstadt Kulturfond ermöglichen es zwar, Accesskosten geltend zu machen, allerdings ohne zusätzliches Budget für Barrierefreiheit und nur innerhalb des bereitgestellten künstlerischen Budgets. Damit bietet nach wie vor nur die IMPACT-Förderung Künstler*innen mit Behinderung, chronisch kranken, Tauben oder neurodivergenten Künstler*innen die Möglichkeit, sich auf künstlerische Projekte zu bewerben, die auch gleichzeitig ihre eige-

nen Barrierefreiheitsbedarfe berücksichtigen und damit Teilhabe auf einem künstlerischen Arbeitsmarkt erst möglich machen.

Wenn auch überschaubar, so können diese ersten Infrastrukturmaßnahmen bereits Erfolge verzeichnen und markieren erste Pfeiler für einen inklusiven Kulturbetrieb. Wichtige Künstler*innen wie **Fia Neises**, **Rita Mazza** oder **Inky Lee** konnten sich durch die genannten Förderprogramme und Maßnahmen professionalisieren und auf einem künstlerischen Arbeitsmarkt etablieren. Und sie zeigen: Es sind genau diese Maßnahmen, die Inklusion von den Akteur*innen herdenken, die durch ihre Expertise eine Transformation möglich machen.

Behinderte Künstler*innen haben in den vergangenen Jahren ihre Expertise zu Behinderung, Barrierefreiheit und zu Aesthetics of Access² zunächst in Projekte der freien Szene, kleine Kultureinrichtungen und schließlich größere Kultureinrichtungen hineinbringen können. Es zeigt sich, gerade neue innovative künstlerische Ideen brauchen leicht zugängliche Förderung, um gesellschaftliche Prozesse anzustoßen und für einen Mainstream erfahrbar zu werden. Wenn Budgets gekürzt werden, sind diese aber leichter streichbar als laufende Subventionen für große Häuser. Künstlerische Projekte, die sich mit Behinderung und Barrierefreiheit auseinandersetzen, trifft es folglich häufiger und inklusive Künste werden eingestampft, bevor sie sich überhaupt richtig entfalten konnten. Dauer und Umfang von Förderungen sind wichtige Faktoren, damit sich diese nachhaltig etablieren können.

Ein Einbruch von Förderungen und politischen Interesses bedeutet für behinderte Künstler*innen, dass sie niedrighschwellige Einstiegsmöglichkeiten in den Kulturbetrieb verlieren. Ganz konkret hat das weniger Teilhabe und künstlerische Arbeit für behinderte Kulturtätige zur Folge, für die es häufig einfacher ist, in der freien Kulturszene Fuß zu fassen als in festen Anstellungsverhältnissen in Kulturinstitutionen. Gerade in Kulturinstitutionen sind behinderte Kulturtätige immer noch stark unterrepräsentiert, entweder aufgrund fehlender Barrierefreiheit, mangelnder Bereitschaft oder der ihnen entgegengebrachter Vorurteile. Marginalisierte Kulturtätige sind, wenn sie in regulären Jobs in Kultureinrichtungen arbeiten, oft diejenigen, die als letzte eingestellt wurden und – durch die Kürzungen bedingt – auch als erste wieder gehen müssen.

Infolge der Kürzungen werden viele Kultureinrichtungen befristete Angestellte, die aus

Diversitätsprogrammen oder Sachmitteln finanziert wurden, wieder entlassen. So kann z.B. das **Theater an der Parkaue** seine Referentin für Diversität, welche maßgeblich für die Umsetzung von Barrierefreiheit verantwortlich war, durch den Wegfall der von der Senatsverwaltung geförderten Diversitätsoffensive nicht weiter beschäftigen. Auch die Mittel des Projektfonds Urbane Praxis, der in der Vergangenheit Räume für behinderte Künstler*innen geschaffen und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen hat, wurden stark gekürzt. Zahlreiche Kultureinrichtungen werden zuerst an ihren inklusiven Projekten und barrierefreien Ausstellungen und Veranstaltungen sparen³. Spezielle Zuschüsse für die Herstellung von Barrierefreiheit, wie z.B. Gebärdensprachdolmetschung, taktile Vermittlung und barrierefreie Publikationen sind budgetabhängig – wenn sie wegfallen, entfallen auch die Möglichkeiten zur Teilhabe. Davon ist sowohl ein auf Barrierefreiheit angewiesenes Publikum betroffen, als auch freiberufliche Kulturtätige mit Behinderung, welche diese Projekte umsetzen und beraten.



Die Auswirkungen der Kürzungen verstärken die prekäre Situation, in der sich behinderte und marginalisierte Menschen im Kulturbereich ohnehin schon befinden. Sie verstärken aber auch das Risiko, in alte Muster/Zeiten zurückzufallen. Es wäre fatal, das bisher

3 Vgl. Luise Würth (2025), „In schlechten Zeiten verabschieden wir uns von guten Arbeitsbedingungen. Zu den Auswirkungen der Haushaltskürzungen auf Arbeitsbedingungen, Diversität und Inklusion“. In: THEATER, ARBEIT, TRANSFORMATION. Die Berliner Theaterlandschaft, das Modellprojekt FAIRSTAGE und gute Arbeitsbedingungen 2025.

2 Der Begriff „Aesthetics of Access“ ist Englisch und bedeutet Ästhetiken der Barrierefreiheit. Er bezeichnet eine Praxis in den Darstellenden Künsten: Barrierefreiheit wird in der Kunstproduktion von Anfang an und mit einem künstlerischen Anspruch eingebaut und nicht nachträglich hinzugefügt. Eine Bedingung dabei ist, dass behinderte Künstler*innen mit ihrer Expertise am Prozess beteiligt sind.



Wir sprechen nicht von einem Nice-to-have, sondern von einer rechtlichen und politischen Verpflichtung, der Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 zugestimmt hat.“

Caroline Huth

Erreichte leichtfertig abzubauen und einzureißen, denn es ist mühevoller Arbeit eine gesellschaftliche Transformation herbeizuführen und gegen etablierte ableistische Strukturen zu verteidigen. Arbeit, die in den letzten Jahren Arbeitskräfte, viel Energie und letztlich finanzielle Ressourcen gebunden hat und nun droht zu verpuffen. Das ist weder nachhaltig noch effizient.

Warum muss gesellschaftliche Teilhabe eigentlich noch diskutiert werden? Wir sprechen nicht von einem Nice-to-have, sondern von einer rechtlichen und politischen Verpflichtung, der Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2009 zugestimmt hat. Nicht ohne Grund formuliert der Slogan der Behindertenrechtsbewegung **„Nicht über uns ohne uns“**, einen demokratiepolitischen Anspruch, in der Behinderte Menschen nicht als Betroffene, sondern als Beteiligte anzusprechen sind, und der noch lange nicht eingelöst ist.

„Inklusion braucht Demokratie, aber Demokratie braucht auch Inklusion“, wie der Bundespräsident kürzlich beim Jahresempfang des Bundesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen treffend zusammengefasst hat⁴. Die freiheitliche, pluralistische Beteiligung von marginalisierten Gruppen als wesentlicher Bestandteil von funktionierenden Demokratien ist Konsens. In diesen Zeiten, in denen die Demokratie ausgehöhlt und angegriffen wird, schützt erst politische

4 Vgl. Steinmeyer, F. (2025): Jahresempfang 2025 des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen [Rede] 8. 6.10.2025, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2025/10/251006-Empfang-Beauftragter-Behinderungen.html>, zuletzt abgerufen: 19.11.2025

Partizipation wirkungsvoll gegen autoritäre Einschränkungen und gegen rechtspopulistische Angriffe. Gelebte Inklusion ist auch Widerstand, die unsere Demokratie gegen genau jene Kräfte stärkt, die Menschen gleiche Rechte und das Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe absprechen wollen⁵. Aber wo bleibt die Anerkennung für genau diese Gruppen?

Eine Politik, die hinter unserer Demokratie steht, sollte die Bedeutung eines inklusiven Kulturbetriebs für eine lebendige Demokratie nicht unterschätzen. Auch in Zeiten von schmerzlichen Kulturkürzungen gilt es, Strukturen zu erhalten und Beteiligung wertzuschätzen.

5 Vgl. Merkel, W., & Petring, A. (2012). „Politische Partizipation und demokratische Inklusion.“ In: *Demokratie in Deutschland: Zustand-Herausforderungen-Perspektiven* (pp. 93-119). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.93ff.

Carolin Huth ist studierte Politik- und Kulturwissenschaftlerin mit einem Master of Arts vom Kings College London. Als ehemalige Bühnentänzerin kennt sie den Kulturbetrieb von innen und hat freie Projekte in den darstellenden Künsten in Berlin und London durchgeführt und unterstützt. Bei Diversity Arts Culture war sie von 2018 bis 2025 Referentin für Disability in Kunst und Kultur und hat Fortbildungs- und Empowerment-Programme für behinderte Kulturtätige konzipiert. Seit 2025 ist sie Referentin für Prozessberatung und Barriereabbau und berät verstärkt zu Transformationsprozessen, zu Inklusion, Barriereabbau und Diversitätswicklung. Daneben arbeitet sie freiberuflich als Prozessberaterin, Trainerin und Accessberaterin für Kultur- und zivilgesellschaftliche Organisationen.



Die Urbane Praxis und Dekoloniale Ansätze – eine kurze Einführung

Berliner Projektfonds
Urbane Praxis



Colonial Neighbours © Raisa M. Galofre Cortés

Einer der grundlegenden Aspekte einer kritischen Urbanen Praxis ist das Hinterfragen gesellschaftlicher Strukturen. Eine Stadt ist immer Ausdruck der ökonomischen, sozialen und kulturellen, markt- und auch geschlechterpolitischen Spezifika einer jeweiligen Zeit. Die Stadt reflektiert Macht, Ideologien und Visionen menschlichen Lebens, genauso wie Wohlstand und seine Abwesenheit. Die kritische Auseinandersetzung innerhalb der Urbanen Praxis beginnt meist mit der Sichtbarmachung dieser Aspekte. Aufgrund historischer Strukturen und der diskursiven Dominanz bestimmter Themen, werden diese soweit normalisiert, dass sie von weiten Teilen der Bevölkerung häufig wie „naturgegeben“ angenommen werden. Dazu zählen beispielsweise die Dominanz des Autos auf den Straßen unserer Städte, die Nutzungszuordnung von Grünflächen in der Stadt, aber auch der Umgang mit Geräuschen, die in den urbanen Raum emittiert werden und ihren Quellen. Neben diesen Themen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung und

den sich davon ableitenden Funktionen des städtischen Raums, reflektiert die Stadt aber auch immer ihre eigene Geschichte. Somit hat mittlerweile auch die Auseinandersetzung mit der deutschen kolonialen Vergangenheit, trotz aller Widerstände, langsam aber sicher eine breitere Aufmerksamkeit gewonnen. Zwischen 2020 und 2024 hat sich in Berlin die **Dekoloniale** in einem Pilotprojekt intensiv mit dekolonialer Erinnerungskultur auseinandergesetzt, 2024 wurde ein dekoloniales Denkzeichen am **Global Village** eingeweiht. Außerdem wurde ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept des Landes Berlin erstellt und verabschiedet. All diese Erfolge gehen auf jahrelange Kämpfe von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie **Berlin Postkolonial e.V.**, **EOTO e.V.** oder **ISD-Bund e.V.** und andere zurück. Gleichzeitig bleiben die Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte und die Auseinandersetzung mit ihren Folgen weiterhin ein langer Weg.

Allerdings liest sich der Begriff „dekolonial“ abseits dieser Initiativen mittlerweile manchmal wie ein Schlagwort, ohne das klar wird, was damit eigentlich gemeint ist. Wenn wir von dekolonialer Urbaner Praxis oder dekolonialen Ansätzen sprechen, dann beziehen wir uns weniger auf die reine Thematisierung des deutschen kolonialen Imperialismus. Vielmehr steht dabei die globale Kolonialität im Vordergrund – deren Weltanschauungen und sozialen Hierarchien sich seit dem 16. Jahrhundert parallel zur Moderne gewaltsam von Europa aus über die Welt erstreckt haben und als dominierende Gesellschaftsstruktur wirken. Einhergehend mit Rassismus, Patriarchat und der Ausbeutung von Menschen und Natur drückt sich diese Weltanschauung in diversen sozialen Konstrukten, aber auch im gebauten städtischen Körper aus.

Eine kritische Urbane Praxis kann also einzelne Elemente einer kolonialen Vergangenheit wie auch eine Gesamtheit an Weltbildern und Strukturen hinterfragen. Dies geschieht dabei nicht nur durch explizit adressierte Themen und Inhalte, sondern genauso über die Methoden, Formate und vor allem in der Art und Weise der sozialen Beziehung, die innerhalb der Praxis produziert werden. Über den Berliner Projektfonds Urbane Praxis wurden unterschiedliche Projekte gefördert, die sich kritisch mit kolonialen Aspekten auseinandersetzen, von denen im Folgenden zwei vorgestellt werden.

Zum einen den Amo Salon, als Projekt des Amo Collective als universitäres Kollektiv am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin und zum anderen Monumental Shadows als teil des partizipativen Archivprojekts Colonial Neighbours von SAAVY Contemporary & Various & Gould.

Der Amo Salon Berlin: Dekoloniale Infrastruktur durch universitäre Räume?

Zur Genealogie des Amo Salons Berlin: „Gesellschaft ethnographisch mitgestalten“

Adela Taleb

Universitäten stehen nicht im luftleeren Raum. Sie sind eingebettet in die Geschichte und Infrastruktur einer Stadt – oftmals prägen und formen sie diese auch. Aber was folgt daraus für die Praxis des Lehrens und Lernens? Für mich, wie für viele andere Mitglieder des **Instituts für Europäische Ethnologie (IfEE) der Humboldt-Universität zu Berlin (HU)**, zeigt sich dieses Verwobensein mit der Stadt exemplarisch an den Kämpfen für die Umbenennung der Berliner M*-Straße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße und spiegelt sich auch in dem Leitsatz des Instituts „Gesellschaft ethnographisch mitgestalten“ wider.

Bis August 2025 lautete die offizielle Adresse des IfEE noch **Mohrenstraße 40/41**. Das M*-Wort weist eine komplexe, semantische Geschichte auf. Es kann als eine rassifizierende Kategorisierung gelesen werden, die Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft oft in exotisierender Weise unter einem Label subsumiert. Das M*-Wort ist auch mit einem Denksystem verwoben, das koloniale Gewalt und Ausbeutung ermöglicht hat, weil es Menschen als „anders“ markiert und ihnen basierend auf einem Klassifikationssystem entlang von „Rasse“ oder „Religion“ ihre Gleichwertigkeit zu- oder abspricht. In diesem Text soll es jedoch nicht um den Bedeutungswandel des M*-Worts über die Jahrhunderte hinweg gehen. Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen ist vielmehr der Fakt, dass der Begriff im Berlin des 21. Jahrhunderts eine diskriminierende und ausgrenzende Wirkung für viele Menschen hat.

Diese alltägliche Gewalt die durch Ansagen auf U-Bahnfahrten: „Nächster Halt M*-Straße“, in Stadtplänen, auf Wegweisern und in Adresszeilen ausgeübt wird, wirft wichtige Fragen auf: Wer fühlt sich in öffentlichen Räumen wohl und wer nicht? Wer gestaltet Stadtraum mit und kreiert so persönliche Resonanzräume? Wer hinterlässt sichtbare Spuren im Stadtbild, wird erinnert und wer vergessen? Wohin führen uns diese – auch verschütteten – Spuren in der Stadt? Wie sprechen verschiedene (Ge)schichten der Stadt zueinander? Wie imaginieren wir – als postmigrantische Gesellschaft – unsere Gegenwart und Zukunft? Und wie gestalten wir die Welt um uns herum entsprechend dieser kollektiven Imagination?

Insbesondere Universitäten, als öffentliche Räume der Bildung, müssen diesen Fragen mit größtmöglicher Aufmerksamkeit nachgehen. Aufgrund ihrer eigenen problematischen Fachgeschichte sollte die Europäische Ethnologie besonders für Prozesse der Rassifizierung, Kolonialität und Diskriminierung sensibilisiert sein. Unser Engagement rund um die M*-Straße und die Schaffung des **Amo Salon Berlin**, kann als Versuch verstanden werden, dieser Verpflichtung nachzukommen. Denn es ist das eine, über Rassismus zu schreiben oder zu lehren und etwas ganz anderes, konkret etwas zu tun: Gesellschaft also ethnographisch mitzugestalten im Sinne einer „public Anthropology“. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die seit den 1990er Jahren fordern, dass die M*-Straße umbenannt wird,

hat sich das IfEE seit 2019 geschlossen dafür ausgesprochen, dass seine Heimatadresse Anton Wilhelm Amo gewidmet wird. Somit also den ersten Schwarzen Philosophen ehrt, der an deutschen Universitäten lehrte. Doch neben der Umbenennung war uns auch wichtig, dass in der ehemaligen M*-Straße ein Ort geschaffen wird, der diesen Umbenennungsprozess dokumentiert und die Thematik, die den alten und neuen Straßennamen verbindet, weiterdenkt. Es ging darum, eine Lern- und Erinnerungswerkstatt zu schaffen,

die Raum bietet, sich mit Fragen rund um Kolonialismus, Rassismus, Diskriminierung, kollektivem Erinnern und der Re-imagination von Stadt zu befassen. Daraus ist der Amo Salon Berlin entstanden, der sich im Foyer der heutigen Anton-Wilhelm-Amo-Straße 40/41, dem Sitz des Instituts für Europäische Ethnologie, des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung und dem **Georg-Simmel-Zentrum** für Stadtforschung befindet.



Amo Salon Berlin, Ausstellungsräume © Heike Zappe

Die Berliner Salon-Kultur: Lokale Tradition weiterdenken

Diese Lern- und Erinnerungswerkstatt in der ehemaligen M*-Straße „Amo Salon“ zu nennen, war eine bewusste Entscheidung. Auch wenn der „Salon“-Begriff auf den ersten Blick bourgeois und elitär wirken mag, birgt er bei genauerer Betrachtung ungeahntes subversives Potential – besonders in seiner Berliner Tradition – an das wir anknüpfen und mit Amo weiterdenken. Ganz im Sinne des Ethnographierens und der Anerkennung, dass kulturelle Praktiken immer lokal verortet sind (aber auch transnational verflochten) führt uns das direkte städtische Umfeld der M*-Straße zu einer spannenden Berliner Salon-Figur. In der Jägerstr. 54, zwei Parallelstraßen von der heutigen Anton-Wilhelm-Amo-Straße entfernt, hielt die bekannte Salonnière Rahel Varnhagen von Ense (geborene Levin) im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert ihre Gesprächs- und Kunst-Treffs in ihrem Wohnzimmer ab. Rahel Varnhagen war eine von mehreren bekannten Persönlichkeiten der Aufklärung, die aufgrund ihres Geschlechts und ihrer religiösen Zugehörigkeit von Debatten im öffentlichen Bildungsraum ausgeschlossen wurden.

Rahel durfte nicht an deutschen Universitäten studieren, weil sie eine Frau und weil sie Jüdin war. Also holte sie sich die Universität nach Hause. Sie lud Menschen aus Kunst, Politik und Wissenschaft unterschiedlicher Expertise zu sich ein und ermöglichte so lebhaftige Debatten und Austausch über geschlechtliche, konfessionelle und auch soziale Grenzen hinweg. Ein Novum für diese Zeit. Inwiefern diese Salons im Kontext eines Assimilationsdrucks gegenüber jüdischen Menschen im Gestus einer säkularistischen Aufklärung gelesen werden können, muss weiter erforscht werden. Dennoch dienen uns diese frühen Berliner Salons als Inspiration, da sie Orte schufen, in denen marginalisierte Stimmen einen Resonanzraum fanden, in dem Wissen über Grenzen hinweg ausgetauscht wurde und neue Denkräume entstehen konnten. In diesem Sinne sehe

ich den Amo Salon als eine Intervention in oftmals exkludierende Strukturen, die dazu führen, dass auch heute noch die Tore der Universität nicht Allen offen stehen. Der Amo Salon soll auch produktive Debattenkultur und reale, physische Begegnung – essentiell für unsere akut auseinanderdriftende Gesellschaft – ermöglichen. Dort finden öffentliche Vorträge, Workshops und Lehrveranstaltungen statt, teilweise in ausdrücklich partizipativer und experimenteller Form.

Räumlich erstreckt sich der Amo Salon über große Teile des Erdgeschosses des IfEE, sowie den dahinter liegenden Innenhof. Ein zentraler Bestandteil des Amo Salons ist der Ausstellungsbereich, der in zwei Teile gegliedert ist: Eine Dauerausstellung, die voranging von **Amo Kollektiv Berlin** bespielt wird und integraler Bestandteil des **Amo Living Archives** ist, sowie einem zweiten Bereich, in dem Gastausstellungen zu wechselnden Themen von nationalen und internationalen Künstler*innen und Studierenden stattfinden. Die Rolle, die das Amo Kollektiv in diesem Prozess der Entstehung des Amo Salons gespielt hat (neben anderen Gruppen wie der IfEE Fachschaft, der IfEE **Collective Access AG** und **coopdisco**), ist in diesem Zusammenhang essentiell. Denn dieses Kollektiv, das lose angesiedelt ist am IfEE, verkörpert die Bemühung des Amo Salons, die Wände universitärer Räume durchlässiger zu machen. Das Amo Kollektiv Berlin entstand im Kontext der M*-Straßen-Umbenennung, und auch wenn seine Gründungsmitglieder Teil des IfEE sind oder waren, ist das Kollektiv zwischenzeitlich weit über diese universitäre Institution hinausgewachsen und vereint Akteur*innen aus Kunst, Kultur, Aktivismus und Wissenschaft, die sich transdisziplinär unter anderem mit Erinnerungspraktiken im öffentlichen Raum befassen. Unterschiedliche Arten des Wissens miteinander in Austausch zu bringen ist auch für den Amo Salon eine Leitmaxime. Ein Denken mit und durch Amos Leben und Werk ermöglicht uns all dies. Mit Amo wollen wir die Berliner Salon Kultur weiterdenken und ihr subversives Potential mobilisieren.



Der Amo Salon als experimenteller Raum für dekoloniale Raumpraktiken?

Anton Wilhelm Amos Leben und Werk sind Gegenstand intensiver internationaler Forschung. Seine philosophischen Abhandlungen inspirieren Debatten in den USA, Europa und Afrika und ermöglichen uns eine andere Sicht auf das Körper-Seele-Geist-Verhältnis, sowie Fragen rund um die Rechtsstellung Schwarzer Menschen in Europa im 18. Jahrhundert. Amo rückt zunehmend wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit und es bleibt zu hoffen, dass wir in den kommenden Jahren ein noch umfassenderes Bild seiner Person und seines Denkens zeichnen können. Die genauen Umstände, die dazu führten, dass Amo zu Beginn des 18. Jahrhunderts als Kind vom heutigen Ghana in die Niederlande und später Deutschland kam, sind noch nicht sicher geklärt. Dass er als „Hofm“ am Hof von Braunschweig-Wolfenbüttel arbeitete und sein Leben außerordentliche Wendungen nahm und er an den Universitäten Halle, Jena und Wittenberg als Philosoph lernte und lehrte, gilt als gesichert. Wir wissen auch, dass er als Schwarzer Intellektueller eine absolute Ausnahme in einem sehr Weißen, elitären Umfeld war und rassistische Anfeindungen und Ausgrenzung erfuhr. Als Namensgeber für eine Lern- und Erinnerungswerkstatt an einer deutschen Universität scheint er mehr als passend. Was bedeutet es nun also, mit Amo zu denken und dekoloniale Raumpraktiken zu entwickeln?

Wie eingangs erwähnt war für uns zentral, dass nicht nur diese Straße in Berlin-Mitte nach Anton Wilhelm Amo benannt wird und somit afrodeutsche Geschichte an prominenter Stelle im Stadtraum sichtbar ist, sondern auch, dass diese Umbenennung ein Tor zu einer anderen, intersektionalen Erinnerungspraktik im öffentlichen Raum eröffnet. Exemplarisch möchte ich hier auf das **Dekoloniale Flanieren 2023**, welches Dank der Förderung des Berliner Projektfonds Urbane Praxis realisiert werden konnte, eingehen. Das Dekoloniale Flanieren, ein Format, das ich auch

als ethnographischen Methodenansatz stark gemacht habe, wird seit 2020 durchgeführt. Seither wird es jährlich vom Amo Kollektiv Berlin weiterentwickelt und stellt einen performativen Spaziergang dar, bei dem der Stadtraum gegen den Strich seiner gewaltvollen, sowie kolonialen Einschreibungen gelesen wird. Entlang einer zuvor recherchierten Route flanieren die Teilnehmenden in der imaginären Begleitung von Anton Wilhelm Amo durch den öffentlichen Raum.

Der rote Faden für dieses kollektive Gehen wird durch zwei Storytellerinnen gesponnen, die die Reise mit Amo durch Zeit- und Raum narrativ begleiten. Gemeinsam stellen wir uns vor, wie Amo den Stadtraum erlebt hätte und heute erleben würde. An jeder Haltestation entlang der Route helfen oft künstlerische Inputs dabei, den je spezifischen Ort anders zu lesen und verschüttete Geschichte zu Tage zu fördern und in Beziehung zu anderen (Ge)schichten im Umfeld zu setzen. So entsteht ein multisensorischer, temporärer (durch Imagination getragener) Gegenraum, der die gemeinsam Flanierenden verbindet. 2023 hielten wir beispielsweise in der Jägerstraße 55 an, und imaginierten einen Besuch Amos in Rahel Varnhagens Salon. Auf dem Gehweg der Jägerstraße entstand eine Pop-up-Intervention, bei der Mitglieder des Amo Kollektivs eine Salon Situation nachspielten und dabei unterschiedliche marginalisierte Figuren verkörperten – z.B. Hannah Arendt, Rahel Varnhagen, oder Anton Wilhelm Amo – und aus ihren Werken zitierten. Der Übergang zur nächsten Station wurde durch ein choreografiertes, gemeinsames Gehen mit den Teilnehmenden vollführt, der sie entlang eines blau-weißen Stoffbandes aus Ghana führte, das von einem Frauenkollektiv dort produziert wurde. Dieses Webprojekt in Ghana wurde von Kwame Aidoo, einem Amo Kollektiv Mitglied, ins Leben gerufen. Um Stoffe und die emanzipatorische Kraft des Verwebens von Fäden ging es dann in der Station am Hausvogteiplatz. Dort wurde die Rolle von sogenannten „Heimnähnerinnen“ zur Mitte des 20. Jahrhunderts beleuchtet und das Schicksal jüdischer Modemacher*innen, die ihre an diesem Berliner Platz angesiedelten Geschäfte verloren und

”

Denn es ist das eine, über Rassismus zu schreiben oder zu lehren und etwas ganz anderes, konkret etwas zu tun: Gesellschaft also ethnographisch mitzugestalten im Sinne einer ‚public Anthropology‘.“

Adela Taleb

den Schrecken des Holocaust zum Opfer fielen. Andere Stationen beleuchteten vor dem Rausch Schokoladenhaus die kolonialen Spuren der Kakaoproduktion, oder die Rolle jüdischer Denker*innen? in der frühen Phase der DDR. Seinen Abschluss fand das Dekoloniale Flanieren im Außenbereich des Amo Salons, in dessen Innenhof noch lange gesprochen, getrunken und gemeinsam gegessen wurde, ganz in der Tradition ehemaliger Salons.

Jüdische und Schwarze Geschichte miteinander und gegeneinander zu lesen, findet seine Inspiration auch in Amos eigener Biographie. Trotz dünner Quellenlage lässt sich eine enge Freundschaft und Verbundenheit Amos zu dem jüdischen Gelehrten und späteren Arzt Moses Abraham Wolff vermuten. Beide waren Männer, die aufgrund von Kategorisierungen entlang von „Rasse“ und „Religion“ als Menschen zweiter Klasse galten und keine vollen Rechte als Bürger in Deutschland genossen. Diese jüdisch-Schwarzen Verflechtungen über die Jahrhunderte hinweg zu denken und ins heute zu imaginieren prägte das Dekoloniale Flanieren 2023. Sowohl der Amo Salon Berlin, als auch das Dekoloniale Flanieren zielen darauf ab, relationales Denken zu ermöglichen. Denktraditionen die auf Klassifikation und Teilung zielen und ihr gewaltvolles Potential

Quellen

Garland/ Maier / Taleb (2024): „Sensing the City: Decolonial Flânerie and the Traces of Listening and Remembering in Contested Urban Spaces“. In: Springer & Walch (Eds.): *Owned by Others: A Map to Possession Island*. Berlin: K. Verlag. 175-184

Aidoo/ Garland/ Jacobs/ Maier/ Pavezi/ Pearson/ Römhild/ Staiblin/ Taleb/ Trias (forthcoming): „Decolonial Flânerie: Public City Walking as Collective Ethnography“. In: *Berliner Blätter* Vol 92

auch in kolonialen Kontexten entfaltet haben, sollen überwunden werden. Dinge, Menschen und Geschichten werden zueinander in Beziehung gesetzt. Es werden dekoloniale Gegenräume geschaffen – sei es in der physischen Form des Amo Salons, oder in der performativen Form des gemeinsamen Flanierens im Stadtraum – in denen anderes Wissen frei zirkulieren kann. Obwohl dieses Ideal nicht immer realisiert werden kann, auch aufgrund von strukturellen Herausforderungen, lohnt es sich zu wagen Stadtraum anders zu imaginieren, konkrete Praktiken zu testen und sich öffentlichen Raum anzueignen, um dort Platz zu machen für die Vielstimmigkeit unserer postmigrantischen Realität.

Adela Taleb ist Doktorandin am Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie studierte Europäische Ethnologie, Religions- und Politikwissenschaft in München an der Ludwig-Maximilians-Universität, sowie Near and Middle Eastern Studies in London an der School for Oriental and African Studies (SOAS). Adela ist ausgebildete Storytellerin (UdK Berlin) und Gründungsmitglied des Amo Kollektivs Berlin. Zusammen mit anderen Mitgliedern des Amo Kollektivs führt sie seit 2020 performative Stadtrundgänge unter dem Titel „Decolonial Flânerie“ durch – eine ethnografische Methode, die Adela mitentwickelt hat. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in der Ergründung des „Race – Religion – Säkularismus – Nexus“, Prozessen der Europäisierung und Praktiken der Raumgestaltung. Sie hat zu Themen wie „visueller Orientalismus“ (kuckuck 2017), „Islam und Raum in Europa“ (Routledge 2022) und „Die Stadt spüren“ (K. Verlag 2024) veröffentlicht.

Monumental Shadows – Koloniales Erbe neu denken

Lynhan Balatbat-Helbock

Die Erinnerung ist ein fragiles Konstrukt, die in einem Prozesshaften Zueinander in ständiger Bewegung entsteht oder zerfällt. Mittels Interventionen, Performances und Pädagogischen Formaten versucht das partizipative Archivprojekt **Colonial Neighbours** verschiedene Akteur*innen zu einem Erinnern, einem gemeinsamen Zu- und Miteinander eine fragmentierte Mappe eines kollektiven Gedächtnisses zu erarbeiten. Im ständigen Versuch unsere Gegenwart mittels künstlerischer Interventionen und experimentellen Formaten in Verbindung mit der Vergangenheit zu setzen, ist das Ziel des Projekts keine „vollständige“ Aufarbeitung der kolonialen Verbindungen Deutschlands, vielmehr steht der Prozess und Austausch im Vordergrund. Mit Hilfe von Memorabilia, dem öffentlichen Raum oder auch Verpackungsmaterialien ist die persönliche Geschichte hinter den Objekten die Grundlage von Aushandlungsprozessen. Diese sind nie abgeschlossen, da wir in einem immerwährenden Versuch, Jahrhundertlange Dominanz von eingeschränkter Geschichtsschreibung und unserer Verortung darin zu erkennen und im Kollektiv zu intervenieren, uns nach und nach die Räume erarbeiten müssen.



Colonial Neighbours – ein Projekt von SAVVY Contemporary

Colonial Neighbours ist ein fortlaufendes partizipatives Archiv- und Forschungsprojekt, das sich mit der **Deutsche Kolonialgeschichte** und ihren Nachwirkungen und Kontinuitäten in die Gegenwart auseinandersetzt. Durch den kollektiven Sammlungsprozess werden Lücken und Auslassungen im deutschen kollektiven Gedächtnis adressiert sowie dominante Wissensordnungen und Geschichtsschreibungen hinterfragt. Das Archiv dient darüber hinaus als Plattform für Diskussionen und Austausch und als Ausgangspunkt für Kollaborationen mit Akteur*innen unterschiedlicher Sparten.

Eine „entfernte“ Vergangenheit

Die deutsche koloniale Vergangenheit ist eine Geschichte von Ignoranz und Verslossenheit.¹ Im offiziellen kollektiven Gedächtnis wird sie aktiv verdrängt, verschwiegen und verleugnet oder als fragmentarisch und isoliert von anderen geschichtlichen Entwicklungen dargestellt. Als Folge davon erscheint der deutsche Kolonialismus oft als Teil einer „entfernten“ Vergangenheit. Aber: Der Kolonialismus hat sowohl die „Peripherie“ als auch das „Zentrum“ nachhaltig geprägt. Wie von vielen Seiten angemerkt, kann ein Ver-

1 Vgl. Conrad & Randeri (2002). *Jenseits des Eurozentrismus: postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Campus, S.33.



Colonial Neighbours (2017) © Colonial Neighbours Team Berlin

stehen aktueller politischer Konstellationen in Deutschland und Europa nicht ohne ein Verständnis der Rolle Deutschlands als Kolonialmacht erwachsen. Die Stadt Berlin spielt eine bedeutende Rolle in der Geschichte des Kolonialismus. Die Repräsentanten des Landes luden in den Jahren 1884–1885 zur berühmten „Kongokonferenz“ in die Hauptstadt ein, wo der afrikanische Kontinent zwischen den europäischen Mächten aufgeteilt wurde. Berlin setzte den Prozess der globalen Expansion Europas in Gang, hier wurden politische Regeln für die Kolonialisierung der afrikanischen Territorien ausgehandelt und umgesetzt. Rassismus und Kolonialismus stehen in einem untrennbaren Verhältnis zueinander, dessen Folgen bis in die Gegenwart nachwirken.

Objekte als Mediatoren einer verflochtenen Geschichte

Dem Konzept von „Geschichte als Verflechtung“ (vgl. Conrad & Randeria) folgend zielt das Projekt darauf ab, mit historischen Dichotomien zu brechen und ein differenzierteres Bild aktueller Lebenswelten in Berlin zu zeichnen. Objekte, ob Alltagsgegenstände, kommerzielle Produkte oder andere materielle wie immaterielle Spuren der Geschichte,

wie Worte, Lieder, Erinnerungsfragmente und Oral Historys, fungieren als Mediatoren, um die verflochtene(n) Geschichte(n) zwischen Deutschland, dem afrikanischen Kontinent, China und den kolonialisierten Gebieten im Pazifik zu erzählen.

Das Archiv als Intervention und Plattform

Das Archiv bietet einen Raum zur Dokumentation dieser „silenced history“ sowie zur kritischen Untersuchung von (historischen) Kolonialismen und zeitgenössischen Kolonialitäten (Anibal Quijano, 2010). Der Anthropologe Arjun Appadurai begreift unabhängige nicht-staatliche Archiv- und Dokumentationsprojekte als soziale Werkzeuge und Interventionen.² Ausgehend von diesen Überlegungen und über den Sammlungscharakter hinaus

² „The archive as deliberate project is based on the recognition that all documentation is a form of intervention and thus, that documentation does not simply precede intervention but is the first step. [...] This further means that archives are not only about memory (and the trace or record) but about the work of the imagination, about some sort of social project. These projects seemed, for a while, to have become largely bureaucratic instruments in the hands of the state, but today we are once again reminded that the archive is an everyday tool.“ (Vgl. Arjun Appadurai, „Archive and Aspiration“, in: *Information is Alive*, Joke Brouwer, Arjen Mulder (Hg.), 2003, S. 14–25, (24–25)).



Colonial Neighbours (2017) © Colonial Neighbours Team Berlin



Colonial Neighbours (2018) © Colonial Neighbours Team Berlin

stellt das Archiv den Ausgangspunkt für Auseinandersetzungen unterschiedlicher Natur dar. Als Plattform für Austausch und Dialog ist es gleichsam ein Ort für Kollaborationen mit Künstler*innen und Kulturproduzent*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und anderen Akteur*innen.

Künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum

Um Werkzeuge der Intervention gemeinsam zu erarbeiten hat sich das Projekt Colonial Neighbours bewusst gegen konventionelle Formate des Archivierens entschieden. „Lieblosigkeit als Methode“, um Objekten ihre Unantastbarkeit zu nehmen, Workshops mit Schulklassen und Nachbarschaftsaustausch oder Performances waren wichtige Interventionen, um kollektiven Austausch und gemeinsame Abhandlung der Vergangenheit zuzulassen. Eines dieser Versuche

wurde in der **FRAGMENTS** Serie aufgegriffen. Hier wurden Akteur*innen eingeladen, mit ihren unterschiedlichen Praxen in das Archiv zu intervenieren. Das Projekt „Demystologize That History and Put It to Rest“ beschäftigte sich mit Orten öffentlicher Erinnerung in Berlin und Lissabon. Beispiele wie Statuen von Bismarck zeigen, dass in beiden Städten Denkmäler eine vergleichbare Rolle bei der Verherrlichung deutscher und portugiesischer kolonialer Errungenschaften spielen. Aufgrund mangelnder Kontextualisierung werfen solche Orte und Objekte einen Schatten auf BPOC-Communitys und deren Wissenssysteme, während eine romantisierte eurozentrische Geschichtsschreibung weitergetragen wird. Das Projekt umfasste die Entwicklung und Präsentation künstlerischer Interventionen an öffentlichen Plätzen in Lissabon und Berlin. Ziel war es, die Narrative und Einflüsse, die diese Orte umgeben, zu demythologisieren und Formen entgegenzusetzen, die zeigen, wie sie bis heute unser Denken, Erleben und Imaginie-



ren prägen. Durch Gegenformen sollte der Einfluss dieser Narrative auf das heutige öffentliche Erinnern und Vergessen sichtbar gemacht und widersprochen werden.

BPUP Projekt

2021 kollaborierten wir mit Künstler*innen-duo **Various & Gould** im Rahmen eines mehrteiligen Formats. Inspiriert von der FRAGMENTS Reihe war der Ausgangspunkt abermals die Bismarck Statue im Berliner Tiergarten. Durch die Förderung des Projektfonds Urbane Praxis war hier auch ein Rahmen gegeben in dem Interventionsformate im öffentlichen Raum gemeinsam gedacht und umgesetzt werden konnte.

Während des ersten Kapitels wurde besonders deutlich, wie wichtig es ist, Prozesse zu wiederholen, um sie zu kultivieren und nicht im Experimentierstadium zu belassen. Für das kollaborative Kunstprojekt „Monumental Shadows – Koloniales Erbe neu denken“ arbeiteten und diskutierten wir gemeinsam mit Passant*innen, Künstler*innen und Performer*innen direkt neben der Statue, um das Andenken an Kolonialfiguren zu dekonstruieren und die Schatten von Geschichte und Gegenwart zu verschieben. Auch wenn immer mehr europäische Länder beginnen, sich mit ihrer kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen, prägen ihre weitreichenden Auswirkungen weiterhin die Erinnerungskultur. Die komplexe, gewaltvolle Vergangenheit zwischen ehemals kolonisierenden und kolonisierten Ländern klingt bis in die Gegenwart nach.

Ansatz und Arbeitsweise

Bei dem Projekt „Monumental Shadows“ war uns wichtig, zwischen den einzelnen Kapiteln Zeit für Reflektion und Erholung zu erlauben. Im ersten Kapitel stellte das Künstler*innen-duo Various & Gould gemeinsam mit einem Team eine Abformung einer Statue her. Während des mehrtägigen Prozesses war ein Team von Colonial Neighbours für Austausch und Rücksprache vor Ort. Schilder, Fragen und auch Begleittexte in leichter Sprache waren für Passant*innen ausgelegt. Bei

Projekten im urbanen Raum ist es wichtig zu verstehen, dass man seine Komfortzone verlässt, und sich an einen Ort begibt, der sich abhängig vom Gegenüber ständig verändert. Inspiration, Überforderung, Kritik, aber vor allem Fragen waren ständige Begleiter in diesem ersten Kapitel.

Erinnerungskultur ist nicht abstrakt, einige Menschen hatten eine klare Vorstellung von ihrer Verortung und wem es „zustehe“, diese zu hinterfragen oder auch nicht. Diese künstlerische Zusammenarbeit hatte über historische und inhaltliche Debatten in öffentlichen Diskussionen im Park den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und heutigem Rassismus durchaus sichtbar gemacht.

Ganzheitliche Praxis

Im zweiten Kapitel kollaborierten wir mit dem Kulturagentinnenprogramm und Schulklassen gemeinsam, um Lücken in unserer Geschichtsschreibung und Aneignung des öffentlichen Raumes mit jungen Menschen zu behandeln. Monumente und deren Bedeutung für die Schüler*innen standen bei dem mehrteiligen Workshop im Vordergrund. Die nächste Intervention fand im Wedding an einem öffentlichen Platz statt. Teile der Abformung lagen verstreut auf dem **Matha-Ndumbe Platz** (ehem. Nettelbeckplatz), die ein paar Stunden vor der Performance und kollektiver Poetryreading mit Besucher*innen auch modifiziert wurden. Im letzten Kapitel luden wir abschließend zu einer Paneldiskussion ein, um Architektur, Pädagogik und Poesie als öffentliche Interventionsformate von Geschichtsschreibung zu diskutieren.

Gegenwart und Ausblick

In der aktuellen Realität werden viele Fördermittel, die diese partizipativen Formate erst ermöglichen, zunehmend gekürzt. Somit ist es essenziell, sich bewusst zu machen welche Konsequenzen die zunehmende Abwesenheit demokratischer Räume nach sich ziehen wird und wie sie uns gesamtgesellschaftlich nach hinten wirft. Das Innere bedingt das Äußere – und somit auch unsere Art, Geschichte zu erinnern und zu gestalten.



Colonial Neighbours (2021) © Raisa Galofre M. Cortés

Das kollektive Gedächtnis ist nicht statisch, unser Wirkungsfeld beeinflusst unser Denken und Handeln und dieses manifestiert sich auf lange Sicht in unserer Gesellschaft und unserer Kultur. Abschließend sei mit einem Zitat von Achille Mbembe darauf hingewiesen: „Man darf die Geschichtsschreibung nicht den Historiker*innen überlassen.“ Wir brauchen Künstler*innen, Pädagog*innen und Akteur*innen aus allen Gebieten, um gegen das Korsett einer einseitigen Leitkultur über uns selbst zu schreiben.

Lynhan Balatbat-Helbock ist Kuratorin und co-managing Director bei SAVVY Contemporary in Berlin und leitet dort ein partizipatives Archivprojekt. Sie studierte Romanistik in Wien und absolvierte ihren Master in Postkolonial Cultures and Global Policy an der Goldsmiths University of London. Seit 2014 lebt sie in Berlin und arbeitet unter anderem an dem permanenten Archivprojekt Colonial Neighbours. In ihrer Arbeit in der ständigen Sammlung von SAVVY Contemporary sucht sie nach kolonialen Spuren, die sich in unserer Gegenwart manifestieren. Das kollaborative Archiv widmet sich der Diskussion vergessener Geschichten und der Dekanonisierung des westlichen Blicks. In enger Zusammenarbeit mit Künstler*innen, Initiativen und Aktivist*innen wird in einer hybriden Praxis ihre jeweilige Arbeit durch eine kritische Auseinandersetzung mit den Objekten des Archivs bedingt.



Let's claim space – together Free Open Airs als kollektive Planungspraxis

Zwischen Clubkultur und Stadtpolitik

Elena Pitscheider und Rosa Räthel

Berlin ist laut, wild, lebendig. Und Berlin ist auch: umstritten, verkauft, verplant. Zwischen Abriss und Aufwertung, Kulturrasch und Kapitallogik bleibt kaum Platz für das Ungeplante. Doch genau dort, wo Planung aufhört, fängt gelebte Stadt an.

Berlin war schon immer Seismograf für soziale, ästhetische und politische Bewegungen – und seine Clubkultur eines ihrer sensibelsten Messinstrumente. **Free Open Airs (FOAs)** sind eine besonders fluide Ausprägung davon: spontane, kollektive Veranstaltungen im öffentlichen Raum, oft nicht-kommerziell, meist jenseits institutioneller Strukturen. Sie bieten einen Raum, in dem Menschen niederschwellig zusammenkommen, gemeinsam tanzen und für einen Moment etwas Eigenes erschaffen können. FOAs sind mehr als Events – sie sind eine Praxis. Eine Technik der Aneignung, eine improvisierte Form der Stadtgestaltung, eine kollektive Moderation dessen, was Stadt noch sein könnte. Sie reagieren auf das Jetzt, aber sie stellen auch Fragen an die Zukunft:

Was macht Stadt aus und für wen wird sie gemacht?

Wie kann eine urbane Praxis wie das FOA ihre emanzipatorische Kraft bewahren, ohne vereinbart zu werden?

Und was heißt es, wenn sich Stadtgestaltung nicht in Plänen, sondern in Momenten vollzieht?

Diesen Fragen geht der Text nach – mit der These: Free Open Airs sind keine bloßen Zwischenräume. Sie sind konkrete, temporäre und widersprüchliche Formen urbaner Praxis: produktiv, politisch, real.

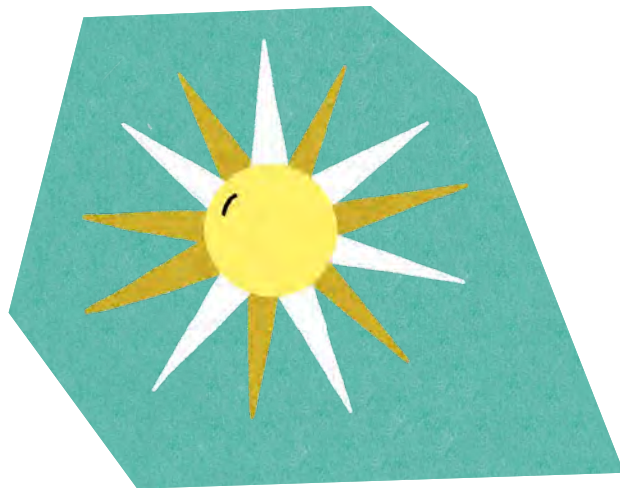
Temporäre Urbanität: FOAs als Praxis der Aneignung – Wir bespielen die Lücke, die ihr nicht geplant habt

Free Open Airs sind keine Reaktion auf bestehende Infrastrukturen, sie sind ein kreativer Umgang mit deren Abwesenheit. Brachen, Wiesen, Verkehrsinseln, Schneisen am Stadtrand: Für kurze Zeit verwandeln sie sich in soziale Räume. Nicht durch Bebauung, sondern durch Begegnung.

Diese Räume sind nicht fest, sondern flüchtig. Sie entstehen im Moment – durch situatives Wissen, durch gemeinsames Tun, durch kollektive Verantwortung. Urbanität wird hier nicht verwaltet, sondern hervorgebracht. Henri Lefebvre beschreibt in *Die Produktion des Raums*, dass Raum nicht einfach da ist, sondern gesellschaftlich produziert wird, durch Körper, Alltag und Praxis. Für ihn ist das „Recht auf Stadt“ nicht bloß ein Anspruch auf Teilhabe, sondern das Recht, Stadt zu machen.

FOAs nehmen dieses Recht in Anspruch – nicht als Petition, sondern als Handlung. Sie beanspruchen Raum nicht durch Besitz, sondern durch Präsenz. Sie schaffen keine Orte im klassischen Sinne, sondern Situationen – offen, beweglich, provisorisch. In Lefebvres Triade von Raum (*espace perçu, conçu, vécu*)¹ sind FOAs vor allem gelebter Raum: sie folgen keiner architektonischen Planung, keinem Master-

¹ Lefebvre beschreibt die gesellschaftliche Produktion des Raums mithilfe einer sogenannten Raumtriade, die aus drei miteinander verflochtenen Dimensionen besteht: dem wahrgenommenen Raum (*espace perçu*), also dem physischen, sinnlich erfahrbaren Raum des Alltags; dem konzipierten Raum (*espace conçu*), dem Raum der Planer:innen, Architekt:innen und Bürokrat:innen; sowie dem gelebten Raum (*espace vécu*), der die symbolischen, emotionalen und erfahrungsbezogenen Bedeutungen umfasst, die Menschen mit Orten verbinden. Diese drei Dimensionen stehen in einem ständigen Wechselverhältnis und produzieren gemeinsam den sozialen Raum. Lefebvre, Henri (1974); *Die Produktion des Raums*, in: Dünne, Jörg/ Günzel, Stephan (Hrsg.); *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*; Suhrkamp; Frankfurt am Main, 2006; S. 330.



plan. Stattdessen entstehen sie aus dem Alltäglichen, aus Beziehungen, aus kollektiver Imagination.

So werfen sie eine grundlegende Frage auf: Was könnte Stadt sein, wenn wir sie nicht als Ware denken, sondern als sozialen Prozess?

Raumproduktion von unten: Stadtgestaltung als kollektive Praxis

Free Open Airs zeigen: Raum wird nicht nur genutzt, sondern gestaltet, von Menschen, deren Interessen in der offiziellen Stadtplanung oft nicht vorgesehen sind. Ihre Bedürfnisse nach gemeinschaftlich nutzbaren Freiräumen, nach kollektiver Gestaltung und kultureller Selbstorganisation finden im bestehenden Planungs- und Verwaltungsapparat selten Platz.

Doch Raum ist eine Ressource – eine begrenzte, umkämpfte, sozial aufgeladene. Seine Nutzung lässt sich nicht vollständig durch institutionelle Verfahren steuern. FOA-Kollektive betreiben eine Praxis des Commoning: Sie eignen sich Räume nicht als Eigentum an, sondern teilen Verantwortung, Zugang und Nutzung. Dabei wird geplant, verhandelt, geprobt, aufgebaut, gepflegt, aufgeräumt. Es schafft Stadtgestaltung im Modus der Sorge, nicht der Verwertung. Die Planung beginnt nicht beim Bauamt,



Visionen für Free Open Air Kultur, Konferenz *stadt_formen* (2025) © Ivo Hänisch

sondern bei der Entscheidung, Musik aufzulegen. Und sie endet nicht mit dem letzten Track um 22 Uhr, sondern mit dem gemeinsamen Abbau. Diese Prozesse machen sichtbar: Urbane Gestaltung ist nicht exklusives Fachwissen, sondern eine kollektive, geteilte Praxis. Sie zeigt, wie Stadt von unten entstehen kann, jenseits von Besitzlogik, Planrecht und Nutzungskategorien.

DIY ist Arbeit: Von der Praxis zur Sichtbarkeit

Free Open Airs werden oft als Ausdruck jugendlicher Unbeschwertheit, als Event oder sogar als Störfaktor wahrgenommen. Doch sie sind weit mehr als das: Sie sind Ausdruck kollektiver, selbstorganisierter Kulturarbeit und damit Arbeit im eigentlichen Sinn. Die Organisation eines FOAs erfordert Booking, Technik, Sicherheit, Kommunikation, Aufbau, Moderation von Gruppenprozessen und Kon-

flikten, Care Work, Müllentsorgung und vieles mehr. All das geschieht meist ehrenamtlich, mit begrenzten Ressourcen und unter hohem persönlichem Einsatz.

Nicht alle in der Szene streben eine Professionalisierung an – doch sie fordern, dass diese Arbeit endlich als solche anerkannt wird. Denn solange sie unsichtbar bleibt, bleibt auch ihre gesellschaftliche Bedeutung unsichtbar. Die FOA-Praxis zeigt, was es bedeutet, unter Bedingungen von Repression, Flächenmangel und finanzieller Unsicherheit dennoch Räume für Begegnung, Teilhabe und musikalischen Ausdruck zu schaffen. Diese Leistung braucht Sichtbarkeit und Anerkennung – als Teil einer solidarischen, urbanen Praxis.

Denn wer Kultur möglich macht, gestaltet nicht nur Räume, sondern stärkt den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt, deren soziale Infrastruktur zunehmend zur Ware wird.

Zwischen Institutionalisation und Widerstand: Das Paradox der Anerkennung

Immer wieder wird gefordert, die Clubkultur- und auch Free Open Airs- besser abzusichern: durch Förderprogramme, rechtliche Rahmenbedingungen und die Integration in Stadtentwicklungsprozesse. Die Forderung ist berechtigt, denn sie zielt auf Sichtbarkeit, Rechtssicherheit und faire Bedingungen. Doch genau hier beginnt ein Dilemma: Was passiert mit einer widerständigen Praxis, wenn sie institutionalisiert wird?

FOAs machen erfahrbar, wie urbane Praxis den öffentlichen Raum belebt und verteidigt. Ihre spontane Nutzung ist Ausdruck einer Stadt, die sich nicht vollständig planen lässt. Sie sind Ausdruck einer Kritik an bestehenden Stadtordnungen: an der Ungleichverteilung von Raum, der Kommodifizierung von Kultur und einer Stadtpolitik, die vieles regelt, aber wenig ermöglicht. Wenn diese Kritik in die Logiken der Verwaltung überführt wird, droht sie an Schärfe zu verlieren. Wird Clubkultur dann zur Imagepflege? Wird die subversive Kraft einer kollektiven Raumaneignung zur Standortstrategie?

FOAs leben von ihrer Offenheit, ihrer Flexibilität, ihrer Unabhängigkeit. Ihre Stärke liegt gerade darin, auf das zu reagieren, was nicht vorhersehbar ist – auf neue Orte, neue Bedarfe, neue Allianzen. Eine radikale Praxis kann nicht dauerhaft im institutionellen Rahmen stattfinden, weil sie die Ordnung, in die sie eingebettet würde, infrage stellt. Ihre Stärke liegt in der Irritation, nicht in der Planung. Ihre Form ist temporär – weil sie so Veränderung anstoßen kann, ohne sich selbst zu verfestigen.

Deshalb ist es zentral, Formate zu entwickeln, die Schutz durch Autonomie ermöglichen. Die rechtliche Anerkennung von FOAs darf nicht in einer kulturellen Zählung enden. Und es braucht ein Verständnis in Politik und Verwaltung, dass Urbanität dann entsteht, wo sie nicht geplant war, oft gerade dort.

Stadtgestaltung braucht Widerspruch

Free Open Airs sind keine Ausnahmerecheinung, sie sind Ausdruck einer städtischen Realität, in der Menschen selbst zu Planer*innen werden. Sie zeigen, wie Stadt auch aussehen kann: kollektiv, widersprüchlich, im Fluss. Als Technik der urbanen Praxis führen sie uns vor, dass Aneignung, Sorge und Gestaltung keine Gegenmodelle zur Stadt sind, sondern ihre Voraussetzung.

FOAs sind nicht nur kulturelle Veranstaltungen, sie sind gelebte Auseinandersetzung mit Raum, Verantwortung, mit Gemeinschaft. Sie eröffnen Handlungsspielräume für Menschen, die in klassischen Stadtentwicklungsprozessen oft nicht vorkommen. Sie sind konkrete Praxis politischer Teilhabe – niedrigschwellig, kollektiv, erfahrbar. Und sie tragen dazu bei, kulturelle Vielfalt jenseits von Institution und Marktlogik sichtbar und erfahrbar zu machen.

Die Frage ist also nicht, ob FOAs in die Stadt passen, sondern: Was wird aus einer Stadt, die diese Praxis nicht mehr zulässt?

Elena Pitscheider und **Rosa Räthel** studieren beide im Bereich Kultur und Soziologie und setzen sich theoretisch wie praktisch mit Fragen zu Stadtraum, DIY, Subkultur und (Frei)Raum auseinander. Sie engagieren sich in verschiedenen Projekten und Kollektiven, u.a. in der FOA-Initiative der Clubcommission und arbeiten an einer Kulturpraxis, die kollektiv, solidarisch und zugänglich ist.

Juristische Situation für Draußenkulturveranstalter*innen

Was ist zu beachten?

Tjade Elix

Von spontanen Raves über urbane Kunstfestivals bis zu lokalen DJ-Formaten prägt Draußenkultur das Stadtbild und die kulturelle Teilhabe in Berlin. Gleichzeitig stoßen Initiativen auf bürokratische Hürden, intransparente Genehmigungsverfahren und rechtliche Unsicherheiten, die das Potenzial solcher Formate begrenzen.

Der nächste kurze Textabschnitt richtet sich an urbane Praktiker*innen sowie Draußenkulturveranstalter*innen, die sich einen Überblick über die aktuelle Rechtslage verschaffen wollen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Recht über Grün- und Erholungsanlagen regelt das **Berliner Grünanlagengesetz (GrünanlG)**. Hierin geht es um die zulässige Benutzung, Verbote und Genehmigungspflichten. Bei Straßenland greifen straßenrechtliche Instrumente zum Gemeingebrauch und zur Sondernutzung, insbesondere das **Berliner Straßengesetz (BerlStrG)** ist hier relevant. Immissionschutzrecht beschäftigt sich mit der Zulässigkeit von Geräuschen bei Veranstaltungen im Freien und ist u.a. nach dem **Landes-Immissionschutzgesetz Berlin (LImSchG Bln)** und der **Berliner Veranstaltungslärmverordnung (VeranstLärmVO)** zu beurteilen. Auch sind Instrumente wie die DIN 45680, zur Messung und Bewertung tieffrequenter Geräuschimmissionen in der Nachbarschaft, in der Beurteilung von Relevanz.

Allein dieser Aufriss verdeutlicht die komplizierte Situation für Berliner Veranstalter*innen. Ein wilder Paragrafendschungel, der auch für Jurist*innen nicht immer ganz einfach zu durchdringen ist.

Grünanlagengesetz Berlin (GrünanlG): Nutzung, Ausweisung, Genehmigungsregime

Im Grünanlagengesetz finden sich die Regelungen zur Nutzung von Grünanlagen. Im Rahmen von Draußenkultur geht es hier insbesondere um Parks.

§ 6 GrünanlG bestimmt die zulässige Benutzung öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen; zentral sind die „schonende Nutzung“ (§ 6 Abs. 1 Satz 2) und Verbote, u. a. übermäßigen Lärms. Live-Musik und andere



nicht-kommerzielle Kulturveranstaltungen dürfen dabei nur auf ausgewiesenen Flächen stattfinden (§ 6 Abs. 2). Eine Nutzung welche über den Maßstab des § 6 Abs. 1 hinausgeht ist genehmigungspflichtig (§ 6 Abs. 5). Die Ausweisung solcher Flächen liegt bei den Bezirken (§ 6 Abs. 2 Satz 2) und erfolgt bisher nur sporadisch in den Bezirken. Das volle Nutzungspotenzial von Grünflächen für Draußenkultur in Berlin ist daher noch nicht ausgeschöpft.

Praktisch könnten konsequente Ausweisungen durch die Bezirksämter genehmigungsfreie Nutzung für nicht-kommerzielle Veranstaltungen bei Einhaltung des § 6 Abs. 1 ermöglichen. Die Bezirksämter sehen sich jedoch diesbezüglich mit Problemen konfrontiert, da sie angeben, entweder nicht über geeignete Flächen zu verfügen oder, dass Ausweisungen zu Nutzungskonflikten führen würden.

Der Senat könnte hier bspw. die Bezirksämter anweisen (§ 12 AZG), Grünflächen zur Nutzung durch Draußenkultur auszuweisen, soweit eine Ausweisung rechtlich geboten wäre. Weitere Möglichkeiten lägen hier in verschiedenen gesetzgeberischen Möglichkeiten. So wäre es etwa möglich eine Verordnung zu erlassen um die Nutzung von Grünflächen zu kulturellen Zwecken zu stärken oder das GrünanlG (Grünanlagengesetz) an sich zu ändern.

Zur Nutzung von Grünanlagen zur kulturellen Nutzung gibt es bereits ein Konzeptpapier der Clubcommission (juristisch begleitet durch **HÄRTING Rechtsanwälte**), welches sich mit der aktuellen Gesetzeslage auseinandersetzt. Dabei werden praxisnahe Reformen vorgeschlagen, um die bestehenden Freiräume simpel und rechtssicher nutzen zu können.



Straßenrecht

Draußenkultur findet oft im öffentlichen Straßenraum statt. Differenziert wird zwischen Gemeingebrauch (bestimmungsgemäße Nutzung) und Sondernutzung (zweckfremde Nutzung mit Erlaubnispflicht). Bspw. wäre ein Straßenfest auf einer üblicherweise befahrenen Straße eine Sondernutzung, die einer Erlaubnis bedürfte.

Grundsätzlich wird dies in Berlin über die **Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)** und das Berliner Straßengesetz (BerlStrG) geregelt. Gemäß § 11 Abs. 1 BerlStrG ist jeder Gebrauch der öffentlichen Straßen, der über den Gemeingebrauch hinausgeht, eine Sondernutzung und bedarf unbeschadet sonstiger Vorschriften der Erlaubnis der Straßenbaubehörde. Eine solche Erlaubnis wird üblicherweise in Form einer Ausnahme-genehmigung nach § 46 StVO erteilt, da diese in Berlin die Sondernutzung mit abdeckt und

relevant wird, wenn die geplante Sondernutzung auch Hindernisse auf der Straße herbeiführt oder aber bei der Sondernutzung Lautsprecher betrieben werden sollen.

Wenn also der öffentliche Straßenraum zwecks einer kulturellen Veranstaltung genutzt werden soll, braucht es eine Sondernutzungserlaubnis bzw. eine Ausnahmegenehmigung.

Hier spielen sich die Probleme in der Praxis häufig nicht im Bereich von Veranstaltungen ab, sondern eher bei der Außengastronomie, wenn es um Beschränkungen von Öffnungszeiten der Außengastronomie geht oder aber Flächen nicht genutzt werden dürfen.

Baurecht

Der Vollständigkeit halber soll hier auch das Baurecht angesprochen werden.

Für Kulturveranstaltungen gilt baurechtlich: Eine Nutzungsänderung i. S. d. § 29 Abs. 1 **Baugesetzbuch (BauGB)** und damit meist auch eine Baugenehmigung, ist dann erforderlich, wenn der Charakter eines Grundstücks oder Gebäudes dauerhaft in Richtung Veranstaltungsbetrieb verändert wird – etwa durch regelmäßige Nutzung als Eventstätte oder bauliche Anpassungen. Temporäre Veranstaltungen, die das Grundstück oder die bauliche Anlage lediglich kurzfristig als Veranstaltungsort nutzen, ohne dauerhafte infrastrukturelle Veränderungen vorzunehmen, lösen in der Regel keine formale Nutzungsänderung aus. Sie sind meist verfahrensfrei, müssen aber sicherheitsrechtliche Vorgaben wie etwa die Versammlungsstättenverordnung (zumindest entsprechend) einhalten.

Das bedeutet, solange Veranstaltungen nur vorübergehend stattfinden und keine wesentliche, dauerhafte Umgestaltung oder Nutzungsumwidmung erfolgt, bleiben sie meist baugenehmigungsfrei. Erfolgt jedoch eine auf Dauer angelegte Nutzungsänderung hin zum Veranstaltungszweck, ist stets ein entsprechendes Genehmigungsverfahren einzuleiten.

Orte finden

Ein hilfreiches Tool, um geeignete Standorte zu finden und die notwendigen Genehmigungen einschätzen zu können bietet die **Raumsonde Berlin**. Die Raumsonde ist ein digitales Online-Tool, mit dem Anträge für Genehmigungen für Kulturveranstaltungen vereinfacht werden sollen. Das Tool informiert über Flächen, Genehmigungsarten und Veranstalter*innenwissen. Ein weiteres Digitaltool ist das **Kulturkaster Berlin**. Auf der Onlinekarte sind verschiedene Orte und Räume von Kulturinstitutionen eingezeichnet. Auch Potenzialflächen für mögliche neue Orte sind beim Kulturkataster zu finden.

Immissionsschutzrecht

Nach § 7 Abs. 1 des Berliner Landes-Immissionsschutzgesetzes (LImSchG Bln) besteht für Veranstaltungen im Freien grundsätzlich eine Genehmigungspflicht, sofern mit Geräuschemissionen zu rechnen ist, die festgelegte Richtwerte überschreiten, oder wenn laut DIN 45680 ein besonderes Störpotenzial vorliegt. Werden die einschlägigen Vorgaben eingehalten, entfällt die Genehmigungspflicht, wovon insbesondere kleinere und ruhigere Veranstaltungen profitieren. Gerade in dicht bebauten Stadtgebieten kommt es allerdings, bedingt durch die unmittelbare Nähe der Immissionsorte, deutlich schneller zu einer Genehmigungspflicht.

Die **Veranstaltungs-Lärmverordnung (VeranstLärmVO)** der Senatsverwaltung sieht hierzu einen differenzierten Veranstaltungstypenkatalog vor, der das jeweilige Störpotenzial im Hinblick auf die Lautstärke berücksichtigt (§§ 9–11). Im Rahmen der Prüfung einer möglichen Genehmigungsfreiheit einer Veranstaltung spielen jedoch weitere Kriterien wie die Zahl der Teilnehmenden, der zeitliche Rahmen sowie technische Vorgaben eine Rolle.

Perspektivisch könnten die rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend weiterentwickelt werden, dass nicht-kommerzielle Veranstaltungsformate größere Handlungsspielräume erhalten, ohne bestehende Schutzstandards für Anwohnende zu reduzieren.

Im Zusammenhang mit dem Immissionschutzrecht ist die **TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm)** eine ständige Begleiterin.

Die TA Lärm ist primär für genehmigungsbedürftige technische Anlagen und somit für gleichförmigen technischen Lärm, bspw. von Maschinen oder Industrieanlagen, konzipiert. Musikveranstaltungen wie Festivals fallen formal nicht in ihren direkten Anwendungsbereich. Dennoch greifen Behörden und Rechtsprechung auf die TA Lärm als Orientierungsmaßstab zurück – entweder unmittelbar oder über landesspezifische Freizeitlärm-Richtlinien, die sich an ihren Vorgaben ausrichten.

Die TA Lärm definiert den maßgeblichen Immissionsort als den Ort, an dem die Lärmeinwirkung auf schutzwürdige Räume zu beurteilen ist. Dieser ist 0,5 Meter vor dem geöffneten Fenster von meist Wohn- oder Schlafräumen in der Nachbarschaft. Dieser Punkt ist entscheidend für alle Lärmmessungen und -prognosen. Darüber hinaus werden in der TA Lärm Messverfahren definiert und Immissionsrichtwerte für verschiedene Baugebietstypen oder für seltene Ereignisse aufgestellt.

Mithin dient die TA Lärm in der Praxis – vor allem für Veranstalter – als wichtiger Orientierungsmaßstab, um zu beurteilen, wie viel „Lärm“ durch die eigene Veranstaltung zulässig sein kann. Auch das Thema Immissionsschutzrecht wird im Free Open Air Konzeptpapier adressiert.

Ausblick

Um die Draußenkultur zu stärken, wäre – rechtlich gesehen – also etwa die Einführung einer eigenen Kategorie für Free Open Airs in der VernstLärmVO diskutabel, um die Möglichkeit für zusätzliche genehmigungsfreie Veranstaltungstypen zu schaffen. Ziel könnte es sein, die bestehenden Regelungen praxisorientiert weiterzuentwickeln, den bürokratischen Aufwand zu verringern und zugleich den Interessenausgleich zwischen Veranstaltenden und Anwohnenden zu gewährleisten.

Nach wie vor bleibt auch die TA Lärm ein Problembereich, der angegangen werden muss, um Kultur- und Soziallärm fairer beurteilen zu können. Die unflexiblen Immissionsrichtwerte sind häufig der Grund, warum Veranstalter und bspw. auch Gastronomiebetreibende in Städten erhebliche Einschränkungen erfahren. Dies obwohl die TA Lärm eigentlich nicht direkt anwendbar ist. Bestrebungen, die TA Lärm zu ändern, sind bisher jedoch nicht von Erfolg gekrönt, da hierfür Änderungen auf Bundesebene notwendig wären.

Derzeit kommt jedoch etwas Bewegung in die Thematik Lärm und Sperrzeiten in der Außengastronomie und in diesem Zusammenhang auch in die grundsätzliche Frage, inwieweit vor allem Soziallärm in Städten mehr Akzeptanz erfahren muss. Gerade die aktuell ergangenen Entscheidungen in Köln und in Berlin machen Hoffnung, dass ein Umdenken – jedenfalls in der Rechtsprechung – stattfindet. Hier wurde sich für den Schutz von Gastronomie in etablierten Ausgehkiezen ausgesprochen.



Operation Himmelblick von Stadtgewitter e.V. (2021) © Raquel Gómez Delgado



HÄRTING ist eine Berliner Kanzlei mit Schwerpunkten im IP-/IT- und Datenschutzrecht. Neben diesen Schwerpunkten betreut die Kanzlei über das Team Event viele Mandate aus der Entertainment-, Event- und Kulturbranche. Rechtsanwalt Tjade Elix berät insbesondere Veranstalter*innen und Gastronomiebetriebe in allen Bereichen des öffentlichen Rechts, darunter etwa Immissionsschutzrecht, Straßenrecht oder Baurecht. Dabei begleitet er bspw. Genehmigungsverfahren oder vertritt in behördlichen und gerichtlichen Verfahren.



5 Elements von KTB © Rae Mee-jin Tilly



Kreislaufwirtschaft und Urbane Praxis – Wie zirkuläres Handeln Stadt, Kultur und Gesellschaft verbindet

Dr. Birte Jung

Städte sind zentrale Orte gesellschaftlicher Transformation. Hier überlagern sich ökologische, soziale und wirtschaftliche Fragen, und hier entstehen neue Formen nachhaltigen Handelns. Projekte der Urbanen Praxis an der Schnittstelle von Kunst, Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft zeigen, wie ressourcenschonendes Handeln sichtbar, gemeinschaftlich und kulturell wirksam werden kann.

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit besteht darin, Produktion und Lebensweisen innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten. Die Kreislaufwirtschaft bietet dafür einen wichtigen Rahmen: Produkte, Materialien und Ressourcen sollen durch Wartung, Reparatur, Wiederverwendung und Recycling möglichst lange im Umlauf bleiben.¹ Je länger etwas genutzt oder geteilt wird, desto geringer ist der Bedarf an Primärrohstoffen und desto stärker sinken Energieverbrauch und Emissionen. Damit trägt zirkuläres Wirtschaften maßgeblich zum Klima- und Ressourcenschutz bei.

Der Europäische Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft (CEAP)² und die **Nationale**

Kreislaufwirtschaftsstrategie³ der Bundesregierung setzen den politischen Rahmen, während das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) die rechtliche Grundlage bildet. Auf kommunaler Ebene verfolgt Berlin unter anderem mit seiner Zero-Waste-Strategie 2030⁴ das Ziel, Abfälle zu vermeiden und Stoffkreisläufe durch Wiederverwendung und Recycling zu schließen. Damit treibt die Stadt den Übergang von einer linearen zu einer zirkulären Wirtschaftsweise voran und verbindet Abfallwirtschaft mit aktivem Klima- und Ressourcenschutz.

Doch eine wirklich zirkuläre Zukunft erfordert mehr als in biologischen und technischen Stoffkreisläufen zu denken, sie braucht

1 vgl. Europäisches Parlament: Kreislaufwirtschaft: Definition und Vorteile (2023): <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20151201STO05603/kreislaufwirtschaft-definition-und-vorteile>

2 vgl. Europäische Kommission. (2020). A New Circular Economy Action Plan: For A Cleaner And More Competitive Europe. Communication From The Commission To The European Parliament, The Council, The European Economic And Social Committee And The Committee Of The Regions (COM(2020) 98 final): https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:9903b325-6388-11ea-b735-01aa75ed71a1.0016.02/DOC_1&format=PDF

3 vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. (2024). Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (2024): https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Abfallwirtschaft/nationale_kreislaufwirtschaftsstrategie_bf.pdf

4 vgl. Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Verbraucher- und Klimaschutz Berlin: Abfallwirtschaftskonzept und Zero Waste Strategie 2020–2030 (2021): <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/kreislaufwirtschaft/strategien/abfallwirtschaftskonzepte/abfallwirtschaftskonzept-2020-bis-2030/>

gesellschaftliche Veränderung. Hier setzt das Konzept der **Circular Society**⁵ an. Es versteht Zirkularität auch als sozialen und kulturellen Prozess, der Kooperation, Teilhabe und kollektives Lernen in den Mittelpunkt stellt. Eine Circular Society fragt nicht nur, wie Materialien im Kreislauf gehalten werden, sondern auch, wie Menschen, Wissen und Werte miteinander verbunden sind. Urbane Praxisprojekte greifen diese Perspektive auf: Sie übersetzen Kreislaufprinzipien in gemeinschaftliches Handeln, schaffen Orte des Lernens und Experimentierens und machen sichtbar, wie Kreisläufe auch sozial wirken können.



Artistic Ecologies © station urbaner kulturen

Beispiele einer zirkulärer Urbanen Praxis

Die folgenden Projekte der Urbanen Praxis zeigen, wie sich Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und Circular Society im städtischen Alltag umsetzen lassen: beim ressourcenschonenden Bauen, der Wiederverwendung von Materialien, beim Upcycling, Teilen von Ressourcen und in der ökologischen Bildung.

Der **Leuchtturm im Meer der Zeit** in Marzahn-Hellersdorf nutzt ein ehemaliges Pflöner*innenhaus und verbindet so Bestandserhalt mit kultureller Wiederbelebung: als Ort für Erinnerungskultur und Begegnung. Auf dem **Campus Kippe / Platz*Da!** in Lichtenberg entstehen aus Containern flexible Räume für Kunst und Nachbarschaft, ohne zusätzliche Flächen zu versiegeln. Hier erproben Anwohner*innen neue Formen der Nutzung und des Miteinanders.

Der **21er Tower**, ein von und für Jugendliche errichteter Pavillon aus Holz und wiederverwendeten Bauteilen in Moabit zeigt, wie gemeinschaftliches Bauen und Lernen zu einem Teil der Kreislaufwirtschaft werden kann.

Projekte wie der **BAUPALAST** am Dragoner-Areal verdeutlichen, dass das Teilen von Werkzeugen, Materialien und Wissen ma-

terielle wie soziale Kreisläufe fördert. Auch der **Kiosk of Solidarity** trägt mit seiner modularen Bauweise dazu bei: Er schafft in verschiedenen Berliner Stadtteilen temporäre Räume für Austausch und Beteiligung und reduziert durch wiederholten Auf- und Abbau den Materialeinsatz.

Mit der **Modellfläche TXL** entsteht seit 2023 auf dem ehemaligen Flughafen Tegel eine Open-Air-Fläche für Clubkultur, Kunst und Urbane Praxis. Künftig sollen auch die Innenräume des denkmalgeschützten Cateringgebäudes genutzt werden. Hier wird ein Betriebsmodell erprobt, das ökologische Verantwortung mit Inklusion und kultureller Teilhabe verbindet.

Zirkuläres Denken prägt auch kulturelle Ausdrucksformen. Mehrere Projekte machen ökologische Verantwortung sichtbar und regen neue Formen gemeinschaftlicher Gestaltung an. Das Projekt **KNOT** hinter dem Haus der Statistik verwandelt gebrauchte Stoffe in neue textile Landschaften – ein sichtbarer Kreislauf von Material, Wissen und Nachbarschaft.

Beim **Karneval für die Zukunft** entstehen aus Reststoffen Kostüme und Objekte, die ökologische Themen mit kollektiver Feier verbinden. Und der **Garbage Catwalk** macht Abfälle zu Mode und Konsumkritik öffentlich erfahrbar. Diese Projekte zeigen: Zirkularität ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine kulturelle Praxis und eine neue Ästhetik des Teilens und Wiederverwendens.

⁵ vgl. social design lab, Hans Sauer Stiftung, BTU: Roadmap to a Circular Society (2023): https://www.hanssauerstiftung.de/wp-content/uploads/Roadmaptoa-circularSociety_Stand09_2023-.pdf



Kiosk of Solidarity © Monika Keiler



KNOT © Ort schafft Material

Auch soziale Praktiken spielen eine zentrale Rolle. Der **Laden der unbezahlbaren Dinge** in Treptow verwandelt eine ehemalige Ladenfläche in einen Ort des Tauschens, Gestaltens und Nachdenkens über Konsum. Die **PlantSeed Swap Party** bringt Menschen zusammen, die Pflanzen, Samen und Wissen rund um Anbau und Pflege austauschen und so ökologische Vielfalt und kulturellen Dialog fördern.

Folgende Projekte stehen exemplarisch für das, was als **Circular Literacy**⁶ bezeichnet wird: das Wissen, Kreisläufe zu verstehen, anzuwenden und weiterzugeben. Sie übersetzen ökologische Prinzipien in soziale und kulturelle Praktiken. Bei **Artistic Ecologies*** in Hellersdorf wurde ein ehemaliger Messpavillon zum Lern- und Begegnungsort im Grünen. In Workshops und Filmprogram-

men erforschten Schüler*innen und Nachbar*innen ökologische Zusammenhänge und entwickelten Ideen für nachhaltige Stadtgestaltung. Das **Freiraumlabor Dammweg** in Neukölln kombiniert künstlerische, ökologische und soziale Arbeit. Eine mobile „multi-sensorische Bibliothek“ dient als Raum für Begegnung, Forschung und Austausch. Das Projekt ist barrierearm, offen und steht für eine inklusive Form ökologischer Bildung.

Herausforderungen und Voraussetzungen für eine zirkuläre Urbane Praxis

Wie diese Beispiele zeigen, wird Kreislaufwirtschaft bereits in der Urbanen Praxis erprobt. Durch Wiederverwendung, gemeinschaftliches Bauen und kreative Upcycling-Prozesse bleiben Materialien im Umlauf und zugleich entstehen soziale Räume, in denen Teilhabe, Bildung und kulturelle Innovation zusammenwirken.

⁶ vgl. Zwiers, J., Jaeger-Erben, M., & Hofmann, F. (2020): Circular literacy. A knowledge-based approach to the circular economy. *Culture and organization*, 26(2), 121-141, <https://doi.org/10.1080/14759551.2019.1709065> und vgl. social design lab, Hans Sauer Stiftung, BTU: *Roadmap to a Circular Society* (2023)



Karneval für die Zukunft © Johanna Fisher

Es wird deutlich: Eine Circular Society erweitert die technologische und wirtschaftliche Perspektive der Kreislaufwirtschaft um soziale und kulturelle Dimensionen. Sie fragt, wie Menschen, Materialien und Wissen in nachhaltige Beziehungen treten. Urbane Praxis kann hier als Reallabor dienen – als Ort, an dem zirkuläre Prinzipien gemeinsam gelebt werden.

Damit materielle, soziale und kulturelle Kreisläufe dauerhaft funktionieren, muss zirkuläres Handeln über das einzelne Projekt hinausgedacht werden. Es braucht verlässliche Strukturen: Räume, Ressourcen und politische Rahmenbedingungen, die Wiederverwendung, gemeinschaftliche Nutzung und langfristige Kooperation ermöglichen.

Herausforderungen bestehen in linearen Verwaltungs- und Förderlogiken, unzureichenden Materialinfrastrukturen, befristeten Nutzungen und fehlendem Wissen zu zirkulären Prozessen und vorhandenen Ressourcen. Förderprogramme und Regulierungen fokussieren bislang hauptsächlich auf technologische Bereiche, während kulturelle Akteur*innen oft unberücksichtigt bleiben. Um die Potenziale der Urbanen Praxis zu entfalten, braucht es institutionelle Unterstützung und Raum für gemeinsames Lernen

und Experimentieren.⁷ Chancen liegen darin, bestehende Hemmnisse abzubauen, etwa Fördermechanismen auf Wiederverwendung auszurichten, rechtliche Vorgaben zu flexibilisieren und lokale Materialkreisläufe als kulturelle Infrastruktur zu sichern. In einer Zeit begrenzter Ressourcen und öffentlicher Mittel bedeutet Nachhaltigkeit nicht nur weniger zu produzieren, sondern bewusster mit dem Bestehenden umzugehen. Die Urbane Praxis zeigt, wie dies gelingen kann: kreativ, ressourcenschonend und gemeinwohlorientiert.

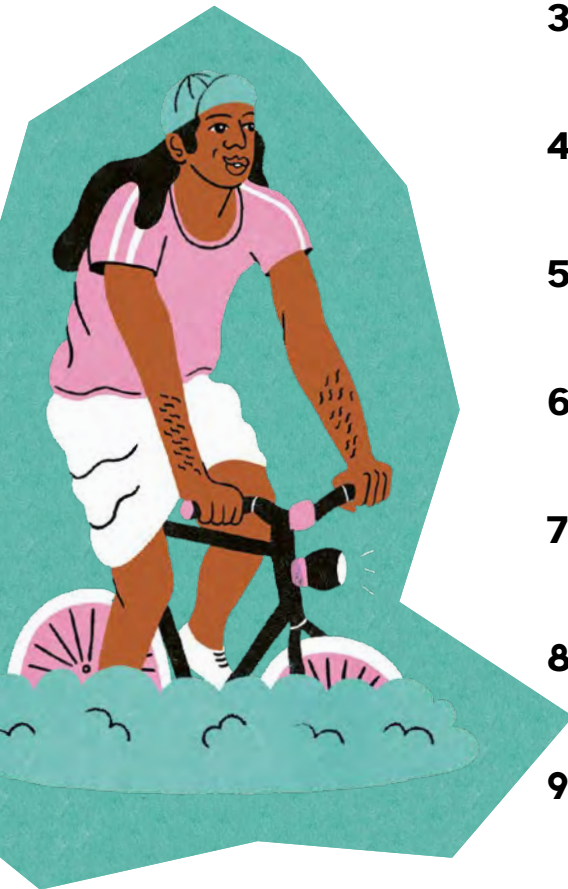
⁷ Weitere Handlungsempfehlungen/-forderungen zur Kreislaufwirtschaft und Circular Society in: Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes (2023): *Kreislaufwirtschaft in der Kultur- und Kreativwirtschaft*, Berlin, *Roadmap to a Circular Society* (S. 9ff.)

Dr. Birte Jung ist promovierte Landschaftsplanerin, zertifizierte Transformationsmanagerin für nachhaltige Kultur und Expertin für nachhaltiges Eventmanagement (ISO 20121). Seit 15 Jahren forscht und berät sie zur Nachhaltigkeit mit Fokus auf Kultur und Veranstaltungen in öffentlichen Räumen. In interdisziplinärer Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur*innen setzt sie sich für eine zukunftsfähige, freiraumverträgliche und nachhaltige Kultur ein.



12 Tipps für zirkuläre Urbane Praxis-Projekte

Die folgenden 12 Tipps zeigen, wie zirkuläre Prinzipien in Projekten der Urbanen Praxis von der Planung bis zur Nutzung praktisch umgesetzt werden können.



1. **Bestehende Gebäude und Flächen nutzen**
2. **Materialien modular und demontierbar planen**
3. **Recycelte und regionale Baustoffe einsetzen**
4. **Upcycling als Gestaltungsmittel nutzen**
5. **Sharing-Modelle für Werkzeuge, Technik und Mobiliar**
6. **Kooperation mit Materialbörsen und Bauteilnetzwerken**
7. **Zero-Waste-Prinzipien anwenden: Mehrweg statt Einweg**
8. **Ressourcenschonende Mobilität und Transporte planen**
9. **Energieverbrauch minimieren und erneuerbare Energien nutzen**
10. **Ökologische Sanitärlösungen prüfen**
11. **Nachhaltige Beschaffungskriterien umsetzen**
12. **Wissen teilen und gemeinsam lernen**

Links zu den Urbane Praxis Beispielen

Leuchtturm im Meer der Zeit:

<https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/leuchtturm-im-meer-der-zeit/>

Campus Kippe/Platz*Da!: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/kulturstrukturelle-entwicklung-der-zobtener-strasse/>

21er Tower: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/younion-21/>

BAUPALAST: <https://www.baupalast.berlin/>

Kiosk of Solidarity: <https://www.kioskofsolidarity.net/de/>

Modellfläche TXL: <https://www.clubcommission.de/txl-im-steigflug-ein-neuer-abschnitt-fuer-die-clubkultur-ab-dem-17-april-koennen-sich-kollektive-zur-bespielung-der-modellflaeche-txl-bewerben/>

KNOT: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/knot/>

Karneval für die Zukunft: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/karneval-fur-die-zukunft-2024/>

Garbage Catwalk: https://www.instagram.com/garbage_catwalk/

Laden der unbezahlbaren Dinge: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/laden-der-unbezahlbaren-dinge/>

PlantSeed Swap Party: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/plantseed-swap-party-berlin/>

Artistic Ecologies*: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/artistic-ecologies/>

Freiraumlabor Dammweg: <https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/projekte/freiraumlabor/>

Weitere Links und Literatur

Übersicht über Materialinitiativen: <https://material-initiativen.org/>

Berliner Sammel- und Weitergabestellen: <https://www.material-mafia.net/>; **Kunst-Stoffe Berlin:** <https://kunst-stoffe-berlin.de/> und weitere **Pionier*innen:** <https://hausdermaterialisierung.org/pionierinnen/>

Haus der Materialisierung (HdM): <https://hausdermaterialisierung.org/>

Gemeinsam Kreislaufen. Roadmap zum zentralen Materialdepot (Urbane Liga und Initiativen für Materialkreisläufe (Hrsg.) (2025): https://urbane-liga.de/wpfiles/wp-content/uploads/2024/09/GEMEINSAM_KREISLAUFEN_Publikation_web_final.pdf

Checkliste und Handlungsempfehlungen im Rahmen eines Leipziger Pilotprojekts zur Etablierung einer „Kreislaufwirtschaft in Kulturbetrieben“ und Unterstützung bei der rechtssicheren Weitergabe nicht mehr benötigter Materialien (2025/Unverzagt Rechtsanwälte): <https://www.greenculture.info/wissen/rechtliche-checkliste-zur-kostenfreien-weitergabe-von-materialien/>

Studie zur materiellen Infrastruktur für Berliner Kultur und Kulturförderung (Vosse&Wohlgemuth) (2022): <https://buendnis-freie-szene-berlin.org/wp-content/uploads/2022/02/Studie-Materielle-Infrastruktur-einzes.pdf>

Zirkuläres Planen und Bauen mit Fokus auf die Wiederverwendung von Bauprodukten. Handlungsempfehlungen für die öffentliche Hand (Concular GmbH) (2024): https://concular.de/wpcontent/uploads/2024/12/2024_Concular_Handlungsempfehlung_oeffentliche_Hand_Wiederverwendung.pdf

Urban Mining Hub Berlin: <https://concular.de/urban-mining-hub/>

Nachhaltige Beschaffung Berlin: <https://www.berlin.de/nachhaltige-beschaffung/>

Zero Waste Agentur Berlin – Vernetzung der Berliner Akteur*innen zu den Themen Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Circular Economy: <https://www.zerowasteagentur.de/index.html>

Labor Tempelhof – als Reallabor für klima- und ressourcenpositive Veranstaltungen: <https://labor-tempelhof.org/>

Einfach! Machen. Ein Kompass für ökologisch nachhaltiges Produzieren im Kulturbereich: https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/fileadmin/user_upload/content_stage/emas/Kompass-fuer-nachhaltiges-Produzieren-im-Kulturbereich-2020-KSB.pdf

Abfallarme Großveranstaltungen: <https://www.abfall-armeveranstaltungen-berlin.de/>

Umfangreiche Informationen zur Circular Economy der Ellen MacArthur Foundation: <https://www.ellenmacarthurfoundation.org/topics/circular-economy-introduction/overview>

Gemeinsam die Stadt gestalten – alle sind gefragt

Dr. Dörte Martens

Berlin besteht aus fast 36% Grün- und Blaflächen. Für einen urbanen Raum ist das erstaunlich viel, vor allem im weltweiten Vergleich. Berlin hat Waldflächen, gesichert durch einen Dauerwaldvertrag sowie zahlreiche Kleingärten, die ursprünglich für die urbane Lebensmittelproduktion zentral waren. Darüber hinaus hat Berlin landwirtschaftlich genutzte Flächen und Wasserflächen, die zu Naherholungsaktivitäten anregen.

Das ist eine sehr komfortable Situation, die zwei kontrastreiche Handlungsmöglichkeiten lässt: Entweder kann noch einiges überbaut werden, bevor der Zustand anderer weltweiter Großstädte erreicht wird – mit allen Nachteilen für Lebensqualität wie etwa der Entfernung zum nächstgelegenen Park oder Wald – oder es können innovative Konzepte entwickelt werden, um die Naturflächen zu erhalten und damit die Lebensqualität aller Bewohnenden weiterhin zu stärken.

Die Antwort ist eigentlich relativ klar: Die zweite Handlungsmöglichkeit schafft ein „menschengerechtes Habitat“.¹

Doch warum ist das so?

¹ Die Umweltpsychologie beschäftigt sich mit der Interaktion zwischen Mensch und Umwelt, beispielsweise mit Fragen, wie die natürliche Umwelt auf die menschliche Gesundheit wirkt. Oftmals wird dies kritisiert, da diese Sicht vermeintlich zwischen Mensch und Natur trennt. Aber dahinter steckt keine Trennung zwischen Mensch und Natur, sondern lediglich der Fokus der Psychologie auf den Menschen als Forschungsgegenstand, der sich immer in einer räumlichen und sozialen Umwelt bewegt. Es wird etwa untersucht, wie Umwelten gestaltet sein können, um die Lebensqualität zu erhöhen und die Wahrscheinlichkeit, sich umweltgerecht zu verhalten, was im nächsten Schritt wieder einen Einfluss auf die Umwelt hat. Das bedeutet noch lange nicht, dass eine Binarität zwischen Mensch und Natur postuliert wird.



I. Natürliche Umwelt wirkt

Es gibt eine breite empirische Basis dafür, dass Natur und Biodiversität einen positiven Einfluss auf den Menschen haben. Der Kontakt zu natürlicher Umwelt vermindert Herzkrankungen, er steigert die kognitive Leistung und Stressreduktion, die positive Stimmung und das Gemeinschaftsgefühl. Auch bei Kindern zeigen sich positive Effekte. Sie erproben ihre motorischen Fähigkeiten, die dadurch stärker entwickelt werden als in urbanen Strukturen. Soziale Interaktionen, auch über verschiedene Altersgruppen hinweg, werden erleichtert.

II. Natürliche Umwelt aktiviert und ermöglicht

Gleichzeitig regt natürliche Umwelt an. Sie hat die Fähigkeit, gleichzeitig eine Kontinuität und einen ständigen Wandel zu repräsentieren. Was zunächst als Widerspruch erscheint, ist nicht nur für Kinder eine optimale Reizumgebung zwischen vertrauten und neuen Strukturen. Tages- und Jahreszeiten führen beispielsweise zu diesem Phänomen: die naturräumliche Struktur bleibt, wird aber durch Licht- und Schattenspiel sowie Vegetation und Niederschlag immer wieder verändert. Denken Sie nur an einen Stadtb Baum, der im Winter kahl ist, möglicherweise mit Schneeformationen auf den Ästen, der sich dann im Frühling mit frischen Knospen und hellgrünen Blättern zeigt. Kontinuität entsteht durch die Präsenz des Baumes. Der Baum bleibt und dennoch wandelt sich das Bild permanent. Das fasziniert Menschen und ermöglicht eine psychische Erholung von alltäglichen Belastungen.

Nun stellt sich die Frage, wer von dieser positiven Wirkung profitiert. Gerade wenn breite Zielgruppen an Menschen erreicht werden sollen, müssen die Zugänge zur



Mitgestalten ist eine entscheidende Motivation für Engagement
© Dörte Martens

” Natürliche Umwelt repräsentiert zugleich Kontinuität und Wandel – genau darin liegt ihre Fähigkeit, Menschen zu faszinieren und psychische Erholung von alltäglichen Belastungen zu ermöglichen.“

Dr. Dörte Martens

Natur vielfältiger werden. Dabei spielt die urbane Praxis eine entscheidende Rolle. Die Naturerfahrung sollte nicht nur exklusiv denen ermöglicht werden, die Interesse an Natur zeigen, z. B. aus Naturschutzmotiven. Sie sollte auch durch viel breitere Zugänge möglich gemacht werden.

Wie aber können Zugänge zur Natur diversifiziert werden? Künstlerische Zugänge zu Natur können gerade Menschen ansprechen, die bisher durch Natur oder Naturschutz wenig erreicht wurden. Es benötigt kein Interesse an der Natur, um deren Wirkung zu spüren und zu nutzen.

Ein Beispiel dafür sind urbane Gemeinschaftsgärten. Inzwischen besteht kein Zweifel mehr daran, dass sie wertvolle Orte sind, in denen ökologisch und gesellschaftlich relevante Aktivitäten auf niedrigschwelliger Ebene stattfinden. Hier wird Stadtnatur erfahrbar gemacht, mitgestaltet, und Artenkenntnis wird erlebt und erlernt. Gleichzeitig ermöglichen sie beiläufige wie auch sich entwickelnde tiefgreifende, oftmals interkulturelle Kontakte. Ganz nebenbei wird dadurch das psychische und das körperliche Wohlbefinden gestärkt. Diese Gesundheitsförderung ist gerade im urbanen Raum von zentraler Bedeutung, um alltägliche Belastungen und Stress abzubauen.

Ein Gemeinschaftsgarten, zunächst als befristete Pioniernutzung, wurde auf dem Tempelhofer Feld begonnen, der **Allmende-Kontor-Garten**. Als Schnittstelle zwischen einem Top-Down-initiierten Verfahren diente eine Initiativegruppe von 13 Personen als Brückenbauende für Menschen, die sich im Bottom-Up-Ansatz in der Nachbarschaft fanden. Teilweise haben die Menschen, die sich in Gemeinschaftsgärten engagieren, bis dahin kaum Berührungspunkte mit Natur oder Naturschutz. Genau darin liegt das Spannende, einen anderen Zugang zu den Berliner Grünflächen zu erhalten: über die Gemeinschaft das gemeinsame Gestalten. Eine Gärtnerin der ersten Stunde des Allmende-Kontor-Gartens fragte beispielsweise nach dem Bau eines Hochbeets: „Ich möchte gar nicht gärtnern, aber das Bauen macht mir Spaß – könnte ich noch ein weiteres Hochbeet für andere bauen?“ Das verdeutlicht, dass es vielfältige

” Urbane Gemeinschaftsgärten fungieren als brückenbauende öffentliche Flächen, die über niedrigschwellige Zugänge Naturerfahrung, soziale Begegnung und beiläufige Umweltbildung ermöglichen.“

Dr. Dörte Martens



Zugänge zur Naturerfahrung geben kann, hier die bauliche Gestaltung.

Urbane Gemeinschaftsgärten fungieren als brückenbauende öffentliche Flächen. Durch einen niedrigschwelligen Ansatz auf Augenhöhe ermöglichen sie, dass Menschen mit unterschiedlichen Motivationen – wie der Gestaltung oder dem sozialen Kontakt – im Garten erste Berührungspunkte mit Themen wie torffreiem Gärtnern, gebietsheimischem, vermehrbarem Saatgut und einer hohen Biodiversität erreicht werden können. Damit setzen sie beiläufig Umweltbildung um.

Lernen funktioniert hier niederschwellig und auf Augenhöhe – ohne „moralischen Zeigefinger“, so dass sich die Menschen langsam, aber dafür langfristig für Natur- und Naturschutz-Themen begeistern können, gleichzeitig aber auch interkulturelle soziale Begegnungen ermöglicht werden. Inzwischen hat sich der Garten sogar zu einem Stadtklima-Erlebnis entwickelt. Im Sommer aus engen, heißen Häusergassen kommend, fühlt sich bereits die Weite des Tempelhofer Feldes kühl an: Im Garten, der inzwischen auch Bäume beherbergt und damit Schatten spendet, gibt es eine weitere merkbare Abkühlung.

Solche offenen Begegnungsräume müssen in einer lebendigen Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt werden, um zivilgesellschaftliches Engagement, Bildung, gemeinsames Gestalten, und auch mal einen gepflegten Dissens auszutragen. Dazu werden verschiedene Perspektiven und Zugänge zu Natur benötigt, um Menschen dort abzuholen, wo sie stehen. Gemeinschaftsgärten sind hier nur eines von vielen Beispielen, eine wichtige Rolle spielen hier auch künstlerische Ansätze, die Menschen ermuntern, die Stadtnatur kennenzulernen.

Die gesundheitliche Wirkung stellt sich ganz nebenbei ein. Wir brauchen die Natur in der Stadt – zugänglich für alle und aus den verschiedensten Motivationen heraus – um Naturerfahrungen für alle Menschen zu ermöglichen und damit die Lebensqualität und eine gesundheitsfördernde und nachhaltige

Stadt zu erhalten. Und nicht zuletzt auch, um durch die Naturerfahrung einen Zugang zu Naturschutz und umweltgerechtem Verhalten anzuregen.

Was das für die Stadtentwicklung bedeutet? Keinen Wohnraum mehr schaffen? Aber nein, wohl eher die Grünflächen wertschätzen und vielleicht neue Konzepte prüfen, wie brachliegende Büroflächen und ihre Potentiale oder den Wohnflächenverbrauch zu überprüfen. Dies tut beispielsweise der Architekt Jan Gehl, der postuliert, dass kleinere Wohnräume immer dann ein guter Weg sind, wenn sie zugunsten von mehr Raum für gemeinschaftlich genutzte Naturräume in der Stadt geschaffen werden und somit Lebensqualität fördern: Eine gute Möglichkeit, die reiche Ausstattung an Grün- und Blauflächen in Berlin zu erhalten und damit öffentliche Gesundheitsförderung zu betreiben. Vielleicht auch, um ein weltweites Vorbild für hohe Lebensqualität und gleichzeitig hohe Biodiversität im urbanen Raum zu werden.

Als Umweltpsychologin beschäftigt sich **Dr. Dörte Martens** mit der Wirkung räumlicher Umwelten auf Gesundheit und Lebensqualität. Seit 2017 ist sie Mitherausgeberin der Fachzeitschrift *Environmental Psychology Open* (ehemals Umweltpsychologie). Sie begleitete zahlreiche urbane Gemeinschaftsgärten, forschte an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung zur Wirkung von Naturerfahrungen im Kindes- und Jugendalter und ist aktuell in der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Berlin Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung tätig.

Impressum

Herausgegeben von

Berliner Projektfonds Urbane Praxis
Teil der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung
und Kulturberatung

Stiftung öffentlichen Rechts
Spandauer Damm 19, 14059 Berlin
Vertreten durch: Florian Stiehler, Vorstand

Kontakt

Tel. +49 30 30 30 444 51
Mail: urbanep Praxis@stiftungkwk.berlin
Website: www.projektfonds-urbane-praxis.berlin

Stiftungsratsvorsitzende

Cerstin Richter-Kotowski

Redaktion und Konzeption

Team des Berliner Projektfonds Urbane Praxis
Franziska Münz, Hany Trần Hoàng, Jennifer Meiser, Larissa Krause,
Mandana Nazeri, Dr. Yann Kersaint, Zora Günther

Texte und Interviews

Adela Taleb, Berliner Projektfonds Urbane Praxis (Hany Trần Hoàng,
Larissa Krause, Mandana Nazeri, Dr. Yann Kersaint), Dr. Birte Jung,
Carolin Huth, Clubcommission (Elena Pitscheider, Rosa Räthel),
Dr. Dörte Martens, Dr. Friederike Landau-Donnelly, MINCE e.V.
(Vanessa Houndji, Prince Ofori), Karame e.V. (Momo), HÄRTING
Rechtsanwälte (Tjade Elix), Initiative Barrierefrei Feiern (Franziska
Lammers, Martin Schienbein), Kristin Lazarova, Lynhan Balatbat-
Helbock, Dr. Mary Dellenbaugh-Losse, Prof. Renée Tribble, Urbane
Praxis e.V. (Dana Schneider, Elisabeth Knoblich, Merve Değirmenci,
Sharmila Sharma)

Gestaltung

anschlaege.de

Illustrationen

EL BOUM www.elboum.com

Lektorat

Desz Debreceni www.desz-debreceni.de

Druck

Druckhaus Sportflieger, Berlin

Stand

Dezember 2025

Eine Publikation vom Berliner Projektfonds
Urbane Praxis (1. Auflage)



Stiftung für
Kulturelle Weiterbildung
und Kulturberatung

Gefördert von der Senatsverwaltung für Kultur
und Gesellschaftlichen Zusammenhalt



Das Dossier behandelt unter anderem die Fragen:

Was ist Urbane Praxis?

Wer hat Zugang zu Kultur und Stadt?

Welche Barrieren müssen wir abbauen?

Welche Geschichten erzählen wir?

Was braucht Draußenkultur?

Wie sieht eine nachhaltige Urbane Praxis aus?



Barrierefreies PDF:

www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/de/stadtformen/dossier